Landtag von Baden-Württemberg

45. Sitzung **14. Wahlperiode**

Stuttgart, Mittwoch, 4. Juni 2008 • Haus des Landtags

Beginn: 10:07 Uhr Mittagspause: 13:32 bis 14:32 Uhr Schluss: 18:15 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 3065

Eintritt der Abg. Sabine Fohler 3065

Würdigung und Verabschiedung des Abg. Dr. Christoph Palmer 3065

Eintritt des Abg. Thomas Bopp 3065

Wahl in den Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern 3065

Wahl in den Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater 3065

Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen 3065

Begrüßung des Botschafters der Republik Kasachstan, Herrn Dr. Nurlan Onzhanov, und seiner Begleitung . . . 3076

Begrüßung des ehemaligen Präsidenten des Kantonsrats des Kantons Schaffhausen, Herrn Charles Gysel . . 3078

Antrag, Punkt 6 b von der Tagesordnung abzusetzen . . 3066
Abg. Theresia Bauer GRÜNE (zur Geschäftsordnung) . . 3066
Beschluss 3066

1. **Zustimmung des Landtags zur Berufung von**
   – Herrn Minister Willi Stächele MdL zum Finanzminister und
   – Herrn Minister Professor Dr. Wolfgang Reinhart MdL zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums 3066

   Ministerpräsident Günther Oettinger 3066, 3071
   Abg. Claus Schmiedel SPD 3066, 3072
   Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE 3067, 3074
   Abg. Stefan Mappus CDU 3068
   Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 3069

   Beschluss 3075

2. Aktuelle Debatte – **Innovationskraft der baden-württembergischen Wirtschaft erhalten und ausbauen** – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP 3076

   Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 3076, 3082
   Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU 3077
   Abg. Dr. Rainer Prewo SPD 3079
   Abg. Edith Sitzmann GRÜNE 3081
   Minister Ernst Pfister 3083

3. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – **Massensterben von Honigbienen in der Rheinebene und Pestizideinsatz** – Drucksache 14/2698

   b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – **Bienensterben im Land im Jahr 2008** – Drucksache 14/2722

   c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – **Bienensterben in Baden-Württemberg** – Drucksache 14/2742 3087

   Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE 3087, 3101
   Abg. Christoph Bayer SPD 3089, 3101
   Abg. Karl Rombach CDU 3090
   Minister Peter Hauk 3093
   Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 3099

   Beschluss 3102

4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Heimgesetz für Baden-Württemberg (Landesheimgesetz – LHeimG)** – Drucksache 14/2535

   Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 14/2708 3103

   Abg. Werner Raab CDU 3103

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Abg. Katrin Altpeter SPD 3104
Abg. Bärbl Mielich GRÜNE 3105
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 3106
Ministerin Dr. Monika Stolz 3108

Beschluss 3110

5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg** – Drucksache 14/2595

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/2703 3113

Beschluss 3113

6. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Ausführungsgesetz zum Verbraucherinformationsgesetz (AGVIG)** – Drucksache 14/2596

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft – Drucksache 14/2754

b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – **Neuorientierung der Verbraucherinformation in Baden-Württemberg** – Drucksache 14/2530

c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – **Nährwertkennzeichnung bei Lebensmitteln – Instrument gegen gesundheitsschädliches Einkaufsverhalten** – Drucksache 14/2566

d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – **Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln** – Drucksache 14/2726 3113

Abg. Elke Brunnemer CDU 3113
Abg. Birgit Kipfer SPD 3114
Abg. Reinhold Pix GRÜNE 3115
Abg. Monika Chef FDP/DVP 3116
Minister Peter Hauk 3117

Beschluss 3120

7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 26. Mai 2008 – **Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen** – Drucksachen 14/2751, 14/2757 3121

Beschluss 3121

8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – **Sperrzeitverkürzung in baden-württembergischen Biergärten** – Drucksache 14/1420 3121

Abg. Walter Heiler SPD 3121, 3126
Abg. Ulrich Lusche CDU 3122
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE 3123
Abg. Beate Fauser FDP/DVP 3124
Ministerin Tanja Gönner 3125

Beschluss 3127

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP (zur Abstimmung) . . 3127
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP (zur Abstimmung) 3127

9. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Windkraftblockade aufheben – Energieoffensive starten** – Drucksache 14/1840

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Umsetzung des Energiekonzepts 2020 in der Windkraftnutzung** – Drucksache 14/2297

c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum Ausbau der Windenergienutzung in Baden-Württemberg** – Drucksache 14/2487 . . 3127

Abg. Thomas Knapp SPD 3127, 3137
Abg. Franz Untersteller GRÜNE 3129
Abg. Paul Nemeth CDU 3132
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 3133
Minister Ernst Pfister 3134

Beschluss 3138

10. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – **Produktsicherheit von Kinderspielzeug** – Drucksache 14/1841 3138

Abg. Jürgen Walter GRÜNE 3138, 3144
Abg. Karl Traub CDU 3140
Abg. Alfred Winkler SPD 3141
Abg. Monika Chef FDP/DVP 3142
Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch 3143

Beschluss 3145

11. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften** – Drucksache 14/2705 . . 3145

Beschluss 3145

12. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – **Bundesratsinitiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger/-innen** – Drucksache 14/2046 3145

Beschluss 3145

Nächste Sitzung 3145

Anlage 1
Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen 3146

Anlage 2
Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen 3147

Anlage 3
Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Umbesetzung im Finanzausschuss 3148

Protokoll

über die 45. Sitzung vom 4. Juni 2008

Beginn: 10:07 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 45. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Gall erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Oelmayer und Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Herr Minister Professor Dr. Goll entschuldigt.

Am 1. Mai 2008 haben Sie, Frau Kollegin Sabine Fohler, die Mandatsnachfolge von Frau Carla Bregenzer angetreten, die wir bereits in der letzten Plenarsitzung verabschiedet haben. Ich begrüße Sie sehr herzlich in unseren Reihen und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Christoph Palmer hat mir mitgeteilt, dass er mit Ablauf des Monats Mai 2008 sein Mandat niederlegt. Herr Dr. Palmer gehörte dem Landtag seit April 2001 an. Als Staatssekretär und Minister diente er unserem Land vom 12. Juni 1996 bis zum 10. November 2004, zuletzt als Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten. Seit Beginn dieser Wahlperiode war er Vorsitzender des neu gebildeten Europaausschusses.

Herr Dr. Palmer hat Politik mit hoher Kompetenz und großer Leidenschaft betrieben. Er genoss über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus großen Respekt und Anerkennung. Die parlamentarische Auseinandersetzung um der Sache willen war ihm wichtig. Sein Stil war geschliffen, nie verletzend. Das kam hier im Plenum des Landtags besonders zum Ausdruck, wo er wesentlich zu unserer Debattenkultur beigetragen hat.

Für sein prägendes Wirken im Dienst unseres Landes danke ich ihm namens des Landtags sehr herzlich und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Am 2. Juni 2008 haben Sie, Herr Kollege Thomas Bopp, die Mandatsnachfolge von Herrn Dr. Christoph Palmer angetreten. Ich begrüße Sie sehr herzlich in unserer Mitte und wünsche auch Ihnen für Ihre parlamentarische Arbeit viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, nach § 4 Abs. 2 der Satzung des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern in Tübingen gehören dem dortigen Verwaltungsrat zwei Abgeordnete an, die vom Landtag am 26. Juli 2006 für eine Amtsdauer von fünf Jahren gewählt wurden.

Der ehemalige Abgeordnete Klaus Tappeser war Vertreter des Landtags in diesem Verwaltungsrat. Er hat dieses Amt mit Ablauf des 7. Januar 2008 niedergelegt.

Die CDU-Fraktion hat als Nachfolger für den Rest der Amtszeit im Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern in Tübingen Frau Abg. Monika Bormann vorgeschlagen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, nach dem Theatervertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart gehören dem Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater Stuttgart sechs Abgeordnete an, die vom Landtag am 26. Juli 2006 für eine Amtsdauer von fünf Jahren gewählt wurden.

Die ehemalige Abgeordnete Carla Bregenzer gehörte diesem Gremium an. Sie hat ihr Amt mit Ablauf des 30. April 2008 niedergelegt.

Die SPD-Fraktion hat als Nachfolgerin für den Rest der Amtszeit im Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater Frau Abg. Sabine Fohler vorgeschlagen.

Es werden keine weiteren Vorschläge unterbreitet. Dann stelle ich fest, dass Frau Fohler Nachfolgerin von Frau Bregenzer im Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater wird. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP für Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen *(Anlagen 1 bis 3)*. – Ich stelle fest, dass Sie diesen Vorschlägen zustimmen.

Eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen ebenfalls vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Auch dagegen gibt es keinen Widerspruch.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 17. April 2008, Az.: 1 BvR 2857/07 und 2858/07 – Verfassungsbeschwerden der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und des Erzbistums Berlin gegen Vorschriften des Berliner Ladenöffnungsgesetzes

   Überweisung an den Ständigen Ausschuss

(Präsident Peter Straub)

2. Mitteilung der Landesregierung vom 6. Mai 2008 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten des Landes Baden-Württemberg zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen – Drucksache 14/2706

   Überweisung an den Sozialausschuss

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 30. April 2008, Az.: 2 BvE 1/08 – Organstreitverfahren von 47 MdB gegen den Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestags vom 9. November 2007 betr. Vorratsdatenspeicherung und Verwendung von Telekommunikationsverkehrsdaten nach §§ 113 a und b TKG und § 100 g StPO

   Überweisung an den Ständigen Ausschuss

4. Antrag der Landesregierung vom 26. Mai 2008 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 14/2751

   Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE meldet sich zur Geschäftsordnung.)

– Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ich beantrage, den unter Punkt 6 b aufgeführten Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2530, von der Tagesordnung abzusetzen.

Präsident Peter Straub: Es ist beantragt, Punkt 6 b von der Tagesordnung abzusetzen. Wie ist die Haltung der übrigen Fraktionen zu diesem Antrag?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wir treten dem entgegen!)

– Es erhebt sich Widerspruch. Dann müssen wir über den Antrag abstimmen.

Es ist beantragt, Punkt 6 b von der Tagesordnung abzusetzen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Der Antrag ist abgelehnt. Es bleibt also bei der bisherigen Tagesordnung.

(Lebhafte Unruhe – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Zustimmung des Landtags zur Berufung von

– Herrn Minister Willi Stächele MdL zum Finanzminister und

– Herrn Minister Professor Dr. Wolfgang Reinhart MdL zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aufgrund von Artikel 46 Abs. 2 der Landesverfassung habe ich Herrn Minister Professor Dr. Wolfgang Reinhart zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums und Herrn Minister Willi Stächele zum Finanzminister berufen. Herrn Minister Dr. Reinhart bestelle ich zum Bevollmächtigten des Landes Baden-Württemberg beim Bund. Ich darf den Landtag bitten, diesen Berufungen gemäß Artikel 46 Abs. 4 unserer Verfassung zuzustimmen.

Ferner gebe ich dem Hohen Haus bekannt, dass ich Herrn Gundolf Fleischer im Einvernehmen mit dem Finanzminister wieder zum politischen Staatssekretär im Finanzministerium ernennen werde.

Ich danke Ihnen und bitte Sie weiterhin um eine gute Zusammenarbeit mit den neu berufenen Ministern.

An dieser Stelle danke ich dem ausscheidenden Finanzminister, Herrn Kollegen Gerhard Stratthaus, für die langjährige, erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich spreche ihm meinen persönlichen Dank und die Anerkennung für die im Land geleisteten erfolgreichen Dienste aus. Für seine künftigen Aufgaben und persönlich wünsche ich ihm alles Gute für viele Jahre.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Kabinettsumbildung zur Mitte der Legislaturperiode, die Schwachstellen beseitigt, die die Regierungsmannschaft stärkt und neue Impulse in die Regierungsarbeit bringt, ist in Ordnung.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Aber das, was Sie, Herr Ministerpräsident, heute vorlegen und wofür Sie um Zustimmung bitten, erfüllt keinen dieser Ansprüche. Sie schicken Ihren stärksten Mann in den Ruhestand. Sie schwächen die Interessenvertretung des Landes, und Sie sorgen für einen Wirrwarr bei der Medienzuständigkeit. Diese Kabinettsumbildung ist Murks, und deshalb werden wir ihr nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

In Berlin, liebe Kolleginnen und Kollegen, schüttelt man den Kopf.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Über sich selber, ja!)

Frau Schavan, die Bundesbildungsministerin, bezeichnet Herrn Stratthaus unter heftigem Applaus insbesondere der Mitglieder Ihrer Partei, Herr Ministerpräsident, als den besten Finanzminister der Bundesrepublik.

(Claus Schmiedel)

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Während Sie nicht mitgeklatscht haben!)

Sie sagt, der Weggang von Herrn Stratthaus sei nicht nur ein Verlust für Baden-Württemberg, sondern auch ein Verlust für die Politik insgesamt. Sie führt ferner aus, dass sie, seit sie in Berlin arbeitet, richtig erlebe, welch hohes Ansehen Finanzminister Stratthaus in der Bundeshauptstadt habe.

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Weshalb schicken Sie jetzt diesen hoch angesehenen Finanzminister aus dem Kabinett, wo es ernst wird mit der Feudalismusreform, wo es zur Sache geht, wo es darum geht

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt wird's wirklich ernst! Das ist aber ein SPD-internes Thema! „Feudalismus in der SPD" ist Ihr Thema!)

– Föderalismusreform; ich komme auf die feudale Gutsherrenart noch zu sprechen; das war jetzt ein kleiner Vorgriff –, wie die Länder und damit auch das Land Baden-Württemberg in den nächsten Jahren gegenüber dem Bund aufgestellt sind? Weshalb ziehen Sie einen Finanzminister aus dem politischen Geschäft, von dem das „Handelsblatt" schreibt, dass er gerade der Minister aus Baden-Württemberg sei, der Reputation auf Bundesebene habe? Sie schwächen damit die Stellung Baden-Württembergs im Bund.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ausgangspunkt der Fehlentwicklung ist die Koalitionsvereinbarung mit dem an sich guten Versprechen, das Kabinett zu verkleinern. Dabei hat Sie aber der Mut verlassen, die Ministeriumsstrukturen einem verkleinerten Kabinett anzupassen. Deshalb ergab sich die Notwendigkeit, für Herrn Reinhart ein neues Ministeramt zu suchen. Das haben Sie in Ihrem Hause, im Staatsministerium, gefunden. Dadurch ergab sich die Notwendigkeit, für Herrn Stächele eine neue Aufgabe zu suchen. Das führte dann zur Reise nach Jerusalem. Und am Ende hatte der Finanzminister keinen Platz mehr.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Haben Sie etwas gegen Jerusalem?)

Sie haben ihm dann in einer Pressekonferenz mitgeteilt, dass seine Zeit abgelaufen sei. Wir halten das für inhaltlich völlig falsch und in der Sache und im Stil auch für völlig unangemessen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Mappus, hat gesagt, diese Kabinettsumbildung sei Sache des Regierungschefs; dazu sage er nichts. Er spricht wohl auch heute nicht. – Das spricht für sich.

(Heiterkeit – Zurufe der Abg. Dr. Ulrich Noll und Michael Theurer FDP/DVP)

Ich finde es schade, Herr Mappus, dass es bei dieser Distanz, die mit dieser Nichtkommentierung zum Ausdruck kommt, geblieben ist und dass Sie nicht Ihren Einfluss geltend gemacht haben, um diese Fehlentwicklung zu stoppen;

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

denn es ist ein offenes Geheimnis, dass es gerade in Ihrer Fraktion wenig Sympathie für die gefundene Lösung gibt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Was Sie alles wissen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wenn das bei Ihnen Sympathie fände, würde es uns stutzig machen!)

Wir haben eine klare Prioritätenfolge, die unsere Verfassung und auch der Amtseid gebieten: Zuerst sind die Interessen des Landes zu berücksichtigen; erst danach kommen Koalitions- und Parteiinteressen. Wir sind Realisten; wir wissen, dass diese Kabinettsumbildung gelaufen ist. Aber wir appellieren an Sie, Herr Ministerpräsident, bei künftigen Regierungsentscheidungen diese Reihenfolge wieder einzuhalten, die angemessen ist:

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU schüttelt den Kopf. – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Zuerst Einbindung der SPD!)

erst die Interessen des Landes, dann die der Koalition und dann die der Partei.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Welches positive Signal geht von dieser Kabinettsumbildung aus? Keines!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ein landes- und bundesweit angesehener Finanzminister wird entlassen, obwohl er gar nicht amtsmüde ist, sondern außerordentlich amtsmunter. Derjenige, der Finanzminister wird, wollte es gar nicht werden – sondern Innenminister.

(Heiterkeit bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Derjenige, der es werden wollte, durfte es nicht werden, weil die Fraktion ihn nicht als Finanzminister wollte.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Quatsch!)

Das ist eine merkwürdige Kabinettsumbildung, aber man muss sie sich nicht merken.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Fehlen bloß noch Krokodilstränen von Herrn Kretschmann! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: 60 Jahre und kein bisschen weise!)

Man braucht sich nur in der vorgestrigen Ausgabe der „Stuttgarter Zeitung" das Interview mit dem – jetzt ehemaligen –

Finanzminister Stratthaus durchzulesen. In diesem Interview werden alle seine positiven Eigenschaften deutlich. Er hat das Amt mit Leidenschaft in der Sache geführt. Besonders habe ich bewundert, dass man das auch in einer ganz ruhigen, unaufgeregten, bescheidenen und humorvollen Weise tun kann. Er war ein ganz ehrlicher Finanzpolitiker.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wird er nach wie vor bleiben!)

Er hat nämlich zugegeben, dass der zukunftstaugliche Etat, auf den wir zugehen, nicht nur wegen seiner eigenen Verdienste so gut dasteht, sondern auch deshalb, weil er Glück hatte. Welcher Politiker gibt schon zu, dass auch Faktoren eine Rolle gespielt haben, die gar nicht an ihm lagen?

Drittens: Er hatte sehr klare ordnungspolitische Vorstellungen. Er hat z. B. über die Steuerpolitik gesagt, die Einnahmen, die der Staat erlange, müssten so gestaltet sein, dass sie nicht wirtschaftsschädlich seien. Das ist eine wirklich ganz wunderbare Leitlinie.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Für Sie!)

Wir haben deswegen auch vorgeschlagen, dass man das Wirtschaftsministerium, das ohnehin nur ein Vierundsechzigstel des Haushalts verwaltet, eigentlich einsparen und als Abteilung in das Finanzministerium eingliedern kann.

(Heiterkeit bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Der Kollege Stratthaus – ich sehe leider nicht, wo er sitzt – war nicht einfach nur ein Kassenwart, sondern wirklich ein Finanzpolitiker.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er lebt aber noch! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Seine Mitwirkung in der Föderalismuskommission hat ihm großes Ansehen eingebracht. Er war vorausschauend, konservativ und seriös. Er hat in dem erwähnten Interview gesagt, dass strukturelles Sparen angemahnt ist und dass die Aufgaben, die auf uns zukommen, beachtlich sind. Er hat sich klar gegen Steuersenkungen in dieser Situation ausgesprochen.

Der Finanzminister war auch selbstkritisch und gab in diesem Interview zu, dass er wesentliche Aufgaben bei der Bereinigung struktureller Haushaltslücken noch nicht erledigt hat und dass dies gefährdet sei, wenn die Steuereinnahmen sänken. Jedenfalls haben Sie und auch Ministerpräsident Oettinger mit der Linie, dass jetzt nicht die Zeit für Steuersenkungen ist, sondern für die Sanierung der Haushalte und eine Schuldenbremse, unsere volle Unterstützung.

Ich glaube, dass Finanzminister Stratthaus mehr erreicht hätte, wenn er einen anderen Koalitionspartner gehabt hätte,

(Unruhe)

und zwar einen, der nicht vor allem zwischen den Haushaltsberatungen Sparvorschläge macht,

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

und wenn er einen MP hinter sich gehabt hätte, der nicht nur in der Gegend herumläuft und allen alles verspricht, sondern auch bereit ist, unangenehme strukturelle Einsparungen zu tätigen.

(Beifall bei den Grünen)

Jedenfalls, Herr Kollege Stratthaus, haben Sie sich redlich für solide Finanzen stark gemacht und dabei wichtige Teilerfolge erzielt. Sie haben uns allen klargemacht: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen, und solide Finanzen heißt, mehr Netto für unsere Kinder zu haben. Solide Finanzen sichern unsere Gestaltungsmöglichkeiten und sind Grundlage unseres politischen Handelns.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es ist allen in diesem Haus eigentlich unerklärlich, warum Sie einen solchen Finanzminister entlassen, Herr Ministerpräsident.

Nun will ich, was den neuen Finanzminister betrifft, kein Prophet schlechter Nachrichten sein. Aber es ist klar, dass wir in einer solchen Situation die Messlatte nicht senken, sondern erhöhen. Jedoch bekommt jeder auch von der Opposition seine Chance, und diese Chance haben Sie bei den nächsten Haushaltsberatungen, Herr Stächele. Da wird die Messlatte, über die Sie springen müssen, sehr, sehr hoch liegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Der arme Schmiedel!)

Die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP/DVP sieht vor, dass die Landesregierung um einen Minister verkleinert wird. Diese Koalitionsvereinbarung trägt u. a. auch meine Unterschrift, und ich sage ganz offen: aus Überzeugung. Die Koalitionsfraktionen haben dieser Vereinbarung nahezu einstimmig zugestimmt – auch aus Überzeugung –, und der Ministerpräsident dieses Bundeslandes setzt diese Personalentscheidung jetzt plangerecht und vereinbarungsgemäß um.

Ich möchte einmal wissen, was Sie denn gesagt hätten, wenn er das nicht getan hätte.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Insofern ist es alles andere als ehrlich, wenn Sie das, was über zwei Jahre hinweg angekündigt war, jetzt mit Krokodilstränen beweinen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist das gute Recht der Opposition, Personalentscheidungen der Regierung zu kritisieren. Weil es in Baden-Württemberg besser läuft als in jedem anderen Bundesland, bleibt Ihnen auch nicht arg viel anderer Raum, als das bei Personalentscheidungen zu tun.

Nur, meine Damen und Herren: Es war bisher guter Stil auch dieses Hauses, jedem Minister mindestens die berühmten ers-

(Stefan Mappus)

ten 100 Tage zu geben, um zu belegen, dass er für dieses Amt geeignet ist und dort gute Arbeit leisten kann. Ich hätte einfach die herzliche Bitte, diesen guten Stil jetzt und auch in Zukunft einzuhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, in der Finanz- und Haushaltspolitik beendet Gerhard Stratthaus eine verdienstvolle Zeit mit bleibenden historischen Erfolgen. Ich will ihm bei dieser Gelegenheit namens der gesamten CDU-Landtagsfraktion von ganzem Herzen Dank und Anerkennung für diese glänzende Leistung sagen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Winfried Kretschmann und Theresia Bauer GRÜNE)

Das Land Baden-Württemberg macht zum ersten Mal seit 35 Jahren keine neuen Schulden mehr. Das Land Baden-Württemberg ist das erste Bundesland überhaupt, das Schulden zurückzahlt. Wir haben dabei einen Konsens mit allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen erzielt. Das ist das Ergebnis einer beharrlichen Konsolidierungspolitik, für die der Finanzminister, der Ministerpräsident und die Koalitionsfraktionen Hand in Hand gearbeitet haben. Dies werden sie auch in Zukunft tun. Insofern, lieber Herr Schmiedel, würde mich Ihr Lob für den Kollegen Stratthaus freuen, wenn ich davon überzeugt wäre, dass es wirklich ehrlich gemeint ist.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Ich hätte mir gewünscht, dass das Lob u. a. auch bei früheren Haushaltsdebatten so gekommen wäre. Bei der Durchsicht der Protokolle aus den letzten Jahren habe ich ganz andere Dinge gelesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, viel spannender ist die Betrachtung der Frage: Äußert Herr Schmiedel dieses Lob aus voller Überzeugung? Sie haben den Kollegen Stratthaus mit Blick auf seine Konsolidierungspolitik gelobt. In der „Südwest Presse“ vom 7. Mai dieses Jahres ist Herr Kollege Schmiedel allerdings mit folgendem Satz zitiert:

Mit Haushaltssolidität gewinnt man am Ende keine Wahlen.

Was denn jetzt, Herr Schmiedel?

(Heiterkeit bei der CDU)

Diese Aussage zeigt doch, dass Sie der Letzte sind, bei dem es um die Konsolidierungspolitik des Finanzministers geht. Sie machen das Übliche. Aus Ihrer Sicht schießen Sie im Moment ohnehin auf alles, was sich bewegt:

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber er trifft nicht! – Abg. Thomas Blenke CDU: Zum Glück kann er nicht zielen!)

in Berlin auf die Gesundheitsministerin und damit auch auf die Kollegin Vogt, die das gut findet, während ihr Fraktionsvorsitzender es mies findet. Jetzt haben Sie den Finanzminister in Baden-Württemberg entdeckt. Aber ehrlich ist Ihre Kritik nicht, wenn man lesen kann, was Sie sonst in Hinterzimmerveranstaltungen der SPD so sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ablenkung! – Abg. Jörg Döpper CDU: Schmiedel kriegt Saures!)

Meine Damen und Herren, ich plädiere dafür, dass wir alle gemeinsam, auch bei allem Dissens, den wir haben – – Herr Kollege Kretschmann, es ist wohl nicht Ihr Ernst gewesen, dass man am Wirtschaftsstandort Nummer 1 der Bundesrepublik Deutschland ausgerechnet das Wirtschaftsministerium abschaffen solle. Gestern Abend haben wir alle ein bisschen länger gefeiert; insofern sollten wir die Aussagen von heute nicht auf die Goldwaage legen. Aber allein dieser Satz verrät doch, worum es Ihnen geht und dass Sie eigentlich keine Argumente gegen diese Kabinettsumbildung haben.

Wir sind der Überzeugung: Wir haben gute Minister. Ich halte es übrigens mit Adenauer:

Ein guter Minister muss in jedem Ressort einsetzbar sein.

Wir haben gute Minister; und wir stehen hinter dieser Kabinettsumbildung. Ich hätte die herzliche Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen: Tragen Sie mit uns gemeinsam dazu bei, dass wir mit dem neuen Kabinett weiterhin eine so glänzende Politik haben, wie wir es in der Vergangenheit hatten. Wir tun dies. Helfen Sie mit!

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dieser Entscheidung des Ministerpräsidenten – Berufung neuer Minister und Verabschiedung des Finanzministers – setzen wir den zweiten Teil einer Koalitionsvereinbarung um, die wir – unsere Parteien, unsere Fraktionen – vor gut zwei Jahren fast einstimmig beschlossen haben.

Hintergrund war, dass wir, die Liberalen, nach dem Motto „Nicht nur bei den Indianern, sondern auch bei den Häuptlingen sparen“ eine Verkleinerung des Kabinetts gefordert haben. Das können Sie gern in unserem Regierungsprogramm nachlesen. Selbstverständlich – daraus muss man keinen Hehl machen – hatten wir Vorstellungen, die dahin gingen, nicht das Wirtschaftsministerium abzuschaffen, sondern es als Infrastrukturministerium zu stärken,

(Minister Ernst Pfister: Nur Vorteile!)

indem man über einen Neuzuschnitt unter Einbeziehung der Bereiche ländlicher Raum und Verkehr redet,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was ja Gott sei Dank nicht gekommen ist! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Guter Vorschlag!)

was als Infrastruktur für die Wirtschaft zwingend notwendig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch eine Zusammenlegung der Ressorts Wissenschaft und Kultus wäre, wenn wir den Schulen und den Universitäten mehr Autonomie geben, nur logisch.

(Dr. Ulrich Noll)

Wir waren uns einig, dass wir, wenn dieser Prozess fortgesetzt wird – das wollen wir –,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ob die CDU das will, ist die Frage!)

im Jahr 2011 erneut – ich bin mir da sicher; lieber Kollege Kretschmann, Sie haben gestern selbst gesagt, Sie wollten fröhliche Opposition weitermachen – dieses Thema „Verkleinerung der Regierung und Neuzuschnitt von Ressorts“ zur Sprache bringen werden. Jetzt ist es in der Tat gelungen, eine Verkleinerung, deren reale Umsetzung wir heute verabschieden, durchzusetzen.

Nun weiß ich auch, dass man fragen kann: Na ja, ist das so eine gigantische Tat? Aber ich darf schon einmal daran erinnern, dass immer, wenn in Berlin sowohl bei Rot-Grün als auch bei Schwarz-Rot Regierungen gebildet worden sind, nachweislich regelmäßig die Zahl der Regierungsmitglieder erhöht worden ist. Die Zahlen können Sie alle nachlesen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt kann man sagen: „Ihr seid zu kurz gesprungen.“ Aber immerhin sind wir gesprungen. Das zum Thema Verschlankung und zu unserer Forderung, auch bei den Häuptlingen zu sparen und nicht nur bei den Indianern.

Nun zu den persönlichen Anmerkungen. Lieber Kollege Kretschmann, man hatte schon das Gefühl, Ihre heutige Rede war die Dankesrede für die Veranstaltung gestern Abend.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Während der Rede des Kollegen Schmiedel hatte man auch manchmal das Gefühl, dass Krokodilstränen geweint werden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ist der auch 60?)

Dies hat der Kollege Mappus ja mit Zitaten belegt. Auch vom Kollegen Schmid habe ich während der Haushaltsberatungen nicht sehr viel Lob für den Finanzminister gehört.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? Integer gesprochen!)

Daher sollten wir, glaube ich, alle ein bisschen auf dem Teppich bleiben. Das soll nicht heißen, dass wir dem Kollegen Stratthaus als Finanzminister für seine Arbeit nicht dankbar sein sollten. Aber jeder weiß doch, dass ein Finanzminister nur dann erfolgreich sein kann, wenn das Parlament hier sein Königsrecht verantwortungsvoll wahrnimmt – natürlich unter Vorgabe des Finanzministers und des Ministerpräsidenten – und bereit ist, diesen Weg zu gehen, den Sie aber immer kritisiert haben. Es lohnt schon, noch einmal die großen Erfolge dieser Koalition unter Finanzminister Stratthaus zu repetieren, nämlich dass wir die Nullnettoneuverschuldung früher erreicht haben, als es uns manche zugetraut haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Lieber Herr Stratthaus, ich tue Ihnen, glaube ich, nicht weh, wenn ich erwähne, dass Sie sich anfänglich skeptisch gegenüber unseren Vorschlägen geäußert haben. Nun kann man sagen, dass wir Glück gehabt haben; das ist dann ehrlich.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oder NSI! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Hunderte von Millionen verschwendet!)

Wir haben in nicht unerheblicher Höhe Rücklagen gebildet. Wir haben einen Pensionsfonds gegründet. Und – was noch nicht erwähnt worden ist und was für die Nachhaltigkeit noch viel wichtiger ist – wir haben uns verpflichtet, in der Zukunft für jeden neu eingestellten Beamten diesen Pensionsfonds zu speisen. Wir haben es also in der Tat mit Ihnen, lieber Herr Stratthaus, mit den Fraktionen, mit dem Kabinett zusammen geschafft, auch strukturelle Einsparungen zu erreichen.

Ich bin sehr sicher, dass dieser Kurs der Fraktionen und des Kabinetts mit dem neuen Finanzminister fortgesetzt wird. Ich möchte gern die Oppositionsfraktionen aufrufen, auch dann, wenn wir über strukturelle Einsparungen reden – das sind Themen wie weitere Privatisierungen –, den Sparkurs dieser Koalition mitzutragen. Da ist es unerheblich, ob derjenige, der diesen Kurs vertritt, Stratthaus oder Stächele heißt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Also, Flughafen privatisieren!)

Ich bin sicher, dass wir, die Koalitionsfraktionen, diese strukturellen Defizite weiterhin nicht nur in den Haushaltsberatungen angehen, sondern dies auch als Daueraufgabe ansehen.

Noch eine kleine Anmerkung: Ich finde schon, dass der gute Stil es gebietet, bei allem Respekt vor der großen Leistung des scheidenden Finanzministers demjenigen, der ihm nachfolgt, einen Vertrauensvorschuss zu geben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir sollten nicht so tun, als würde das alles an einer Person hängen.

Der Kollege Kretschmann hat Herrn Stratthaus einen „ehrlichen Finanzminister“ genannt. Ich habe mich einmal in einer Wahlkampfanzeige als „ehrlichen Schwaben“ bezeichnet. Daraufhin habe ich einen bitterbösen Brief bekommen, in dem gefragt wurde, ob die anderen Menschen nicht ehrlich seien. Ich bitte Sie, auch allen Nachfolgern das Prädikat, ehrliche Politik zu machen, nicht abzusprechen. Das gebietet der Stil in diesem Hause.

Noch einmal: Herzlichen Dank, lieber Gerhard Stratthaus, für die gute Zusammenarbeit, die auch und gerade mit unserer Fraktion bei der Durchsetzung von Einsparungen stattgefunden hat!

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Herzlich willkommen, lieber Willi Stächele, als Finanzminister, der diesen Konsolidierungskurs fortsetzt, den wir den künftigen Generationen schuldig sind!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den vier Rednern aufmerksam zugehört. Ich danke dem Kollegen Mappus und dem Kollegen Dr. Noll für eine objektive und sachliche Darlegung der Abläufe seit Anfang 2006.

Die Kollegen Schmiedel und Kretschmann haben, glaube ich, ein bisschen zu viele Krokodilstränen vergossen. Wenn das rot-grüne Projekt in Baden-Württemberg darin besteht, die Politik eines Christdemokraten zu loben, dann können wir damit leben; kein Problem.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir loben mit!)

Blicken wir zurück: Vor der Landtagswahl gab es eine breite Stimmung im Land, dass die Haushaltspolitik endlich in den Mittelpunkt des Landtags geraten solle. Dies nahmen wir ernst. Es gab Forderungen, zu beschließen, die Nullneuverschuldung zu einem verbindlichen Datum zu erreichen. Auch dies nahmen wir ernst. Und es wurde gesagt, man dürfe nicht nur bei den Bürgern und den Indianern sparen, sondern man müsse auch in der Politik, in der ersten Reihe, zusammenrücken. Die Verkleinerung des Kabinetts war angesagt.

Kollege Schmiedel, wenn man weniger Ministerien hat, hat man auch weniger Minister.

(Unruhe – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das heißt doch nicht, dass Stratthaus gehen muss!)

Wir haben sorgfältig aufgepasst: Der Steuerzahlerbund wollte Ressorts zusammenlegen, der Beamtenbund verlangte eine schlankere Regierung, die FDP/DVP und die Junge Union wollten weniger Ministerien. Die Verschlankung der Regierung war allenthalben eine Forderung, auch in den Reihen der Wirtschaft und bei den Kammern.

Deswegen haben wir in der Koalitionsvereinbarung eine Verschlankung bei den Ministerien und eine Verringerung der Zahl der Köpfe festgelegt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ja, aber wie! – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist doch gar nicht das Thema!)

Ich möchte behaupten: Egal, wen wir heute entlassen würden, Ihre Krokodilstränen würden in jedem Fall fließen. Denn wir haben in dieser Regierung keinen Schwachpunkt. Ich glaube, dass jede Frau und jeder Mann in unserer Regierung eine hervorragende Arbeit geleistet hat und gegenwärtig leistet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vor zwei Jahren habe ich der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass Gerhard Stratthaus noch zwei Jahre lang seine Aufgaben als Finanzminister wahrnehmen soll. Damals sagten Sie: „Lame Duck“. Das Gegenteil war der Fall!

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Ihr Vorwurf war: Wer nur noch zwei Jahre lang das Amt ausübt, hat keine Autorität. Heute dagegen singen Sie Hymnen ob der Stärke der Arbeit von Gerhard Stratthaus. Beides ist nicht auf einen Nenner zu bringen. Sie widersprechen sich.

Wir haben in den letzten beiden Jahren gute Erfolge erzielt. Daran hat der Kollege Stratthaus eine entscheidende Mitverantwortung. Seine Vorarbeit, seine Klugheit und Konsequenz, der Rückhalt in der Regierung und der Rückhalt durch mich, die Vorgaben der Koalition insgesamt, Abgeordnete, die bewusst zurückhaltend gewesen sind – all dies macht den Erfolg der Haushaltspolitik in Baden-Württemberg aus.

Lieber Herr Kretschmann, wenn Sie mir vorwerfen, ich würde jedem alles versprechen, nehme ich Ihnen dies etwas übel. Ich behaupte: Es gab noch nie einen Regierungschef in diesem Land, der so wenig Haushaltsrelevantes versprochen hat. Ich bin hier noch nie mit irgendeinem neuen Projekt aufgetreten, weder mit einem neuen Museum noch mit einen neuen Programm – gar nichts.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das machen Sie außerhalb des Parlaments!)

Nein, ich lege großen Wert darauf, dass man mir nicht nachsagen kann, Politik durch Freigebigkeit zu machen. Ich will bei den Menschen ankommen – auch ohne mehr Geld.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Und was ist mit Stuttgart 21?)

Gerhard Stratthaus fügt sich in eine Riege von großen Finanzministern in Baden-Württemberg ein; sie alle übten ihr Amt als Mitglied der Christlich-Demokratischen Union aus.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Und Hermann Müller?)

Ich erwähne Robert Gleichauf, der im Alter von 66 Jahren nach zwölf Amtsjahren ging, ich erwähne Guntram Palm, der im Alter von 60 Jahren nach elf Amtsjahren ging, ich erwähne Gerhard Mayer-Vorfelder, der im Alter von 65 Jahren nach acht Amtsjahren ging. Ich finde, dass die knapp zehnjährige Amtszeit von Gerhard Stratthaus, der nun im Alter von 66 Jahren geht, auch eine Ära war, die sich in die Reihe großer Minister für Finanzen in Baden-Württemberg einreiht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Gemeinsam kümmern wir uns bundesweit um die Schuldenpolitik. Ich spreche den Kollegen Drexler und Schmiedel erneut meinen Dank hierfür aus. Wir wollen einen Erfolg der Föderalismuskommission. Gerade in Bezug auf das Thema Schuldenschranke ist uns das wichtig. Lieber Herr Kollege Drexler, ich sage Ihnen voraus: Wir bekommen eine stringente Schuldengrenze mit den unionsregierten Ländern und mit unserer Fraktion hin, mit Herrn Steinbrück auch. Aber mit Frau Nahles würde das in keinem Fall gelingen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Sie ist auch keine Finanzministerin!)

Die sozialdemokratisch regierten Länder Bremen, Berlin, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern tun sich weit schwerer als jedes unionsgeführte Bundesland. Das wissen Sie. Deswegen ist meine Bitte, Kollege Schmiedel: Wenn Sie mithelfen wollen, dann tun Sie das bitte nicht durch das Vergießen von Krokodilstränen im Landtag von Baden-Württemberg,

(Abg. Ute Vogt SPD: Jetzt hören Sie doch auf!)

sondern durch einen Auftritt in der SPD in Deutschland, in anderen Ländern, in der Bundestagsfraktion. Es liegt an Ihnen, ob diese Große Koalition, die in Berlin eher ein Moratorium der Innenpolitik pflegt, hier ein großes Werkstück hinbekommt. Diese Reform hängt entscheidend von den Sozialdemokraten in den Ländern und im Bund ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die kennen den Schmiedel doch gar nicht!)

Der Kollege Schmiedel sprach im Zusammenhang mit diesem Amtswechsel die Themen Qualität, Qualifikation und Stil an und meinte, Letzterer sei völlig unangemessen. Ich sage nur: Dieter Spöri, Ulrich Maurer, Wolfgang Drexler, Ute Vogt, Claus Schmiedel. Ob das bei Ihnen je eine Qualitätssteigerung war, stelle ich anheim.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wird sich noch erweisen!)

Dass bei Ihnen aber der Stil und der Umgang unangemessen waren und sind, ist landesweit allemal bekannt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Deswegen hat Ihre Partei bei diesem Thema keinen Grund, Schiedsrichter über uns zu spielen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie sind getroffen!)

Vor einer Stunde hat mich das Ergebnis der aktuellen Umfrage des „Stern“ erreicht: „SPD stürzt auf 20 % – Die SPD steckt im Rekordtief.“

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Bald bei 18 %! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Projekt 18!)

20 %! Bei den Wahlabsichten der Männer, Kollege Schmiedel, liegt die SPD mit 17 % fast gleichauf mit den Linken. Das „Projekt 18“ haben Sie bald erreicht.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wer spielt hier Schiedsrichter?)

Meine Vermutung ist: Wenn Ihr Politikstil so bleibt, wie er ist, dann werden für Ihre Partei die 20 % bei der nächsten Landtagswahl auch in Baden-Württemberg ein ehrgeiziges Ziel sein.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Einen letzten Satz möchte ich zu den Aussagen des Kollegen Dr. Noll sagen, der gerade eben eine weitere Verkleinerung der Regierung in wenigen Jahren angedacht hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Getroffene Hunde bellen!)

Ich schlage vor, dass wir darüber in aller Ruhe zusammen einmal ein Glas Wein trinken. Dann fragen Sie Ihre Minister: Wenn sie kleiner wird, wird aus zwei eins? Wenn das so weiterginge, hätten wir in wenigen Jahrzehnten erreicht, dass die Regierung abgeschafft werden könnte.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Schauen wir einmal!)

Dann wäre der „Feudalismus“ des Kollegen Schmiedel in der Tat auch in Baden-Württemberg erreicht.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Abg. Schmiedel, das Wort.

(Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe, u. a.: Feudal-Schmiedel!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Ministerpräsident,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das heißt nicht „Förderalismusreform“, sondern „Föderalismusreform“!)

es ist schön, dass Sie in Ihren jetzigen Einlassungen die Kabinettsumbildung auf das reduziert haben, was es tatsächlich ist: Sie haben einen Minister weggespart. Das ist es.

(Abg. Andrea Krueger CDU: Ja! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Applaus!)

Ich frage mich, ob das Ziel tatsächlich erreicht ist, indem man sich hinstellt und sagt: Ich habe einen Minister weggespart.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Er hat ja noch mehr gesagt!)

Sie haben nicht nur gespart.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Besser als aufgestockt!)

Sie haben auch gesagt, Sie sparen bei Indianern, und Sie langen auch kräftig zu.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

In der Koalitionsvereinbarung steht nicht nur, dass ein Minister weggespart werden soll, sondern auch, dass die CDU Anspruch auf einen Bevollmächtigten in der Landesvertretung erhebt. Dafür musste Herr Freudenberg gehen. Dann sagt die FDP/DVP aber: Wenn unser Herr Freudenberg wegmuss,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Professor Reinhart bleibt Bevollmächtigter!)

dann erheben wir Anspruch auf eine B-3-Stelle.

(Unruhe bei der CDU)

Es ist ein einmaliger Vorgang, dass in einer öffentlichen Koalitionsvereinbarung jetzt schon dokumentiert ist, dass Parteien Zugriff auf Referatsleitungen in der Landesverwaltung haben.

(Claus Schmiedel)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Da sollten Sie sich einmal die SPD-regierten Länder anschauen!)

Was wir kritisieren, Herr Ministerpräsident, geht in die Richtung, die auch Herr Noll vorgetragen hat, nämlich dass nach solchen Entscheidungen auch die Strukturen geändert werden müssen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das kann man nachlesen! Jeder!)

und dass es natürlich Sinn machen würde, z. B. ein Infrastrukturministerium oder ein Bildungsministerium zu schaffen und dann die Zahl der Minister anzupassen. Das haben Sie nicht in Angriff genommen. Das zeigt, dass das Ziel, das Sie verfolgen, wirklich mehr als bescheiden ist.

Sie werfen mir Krokodilstränen vor, aber ich habe gar nicht richtig geweint.

(Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ach so! Sie haben nur so getan! – Zuruf: Simulant!)

Sie machen einen entscheidenden Fehler, Herr Ministerpräsident, wenn Sie glauben, dass Sie auf Bundesebene in der Föderalismusdiskussion erfolgreich sein können, indem Sie die Länder nach Schwarz und Rot trennen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Hat er doch gar nicht gemacht!)

Der Vorteil, den Ihr Finanzminister Stratthaus hat, ist, dass er hohen Respekt und großes Ansehen quer durch alle Regierungskonstellationen im Bundesgebiet genießt. Da geht es nicht um Schwarz oder Rot, sondern um die Länder und den Bund. Da hat er eine hohe Reputation. Wir werfen Ihnen die Strukturentscheidung vor – da kritisiere ich gar nicht die Qualifikation von Herrn Stächele; das habe ich nicht gemacht, ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen; aber es ist doch völlig klar, dass Herr Stächele diese Reputation natürlich noch nicht haben kann –,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann helfen Sie doch mit, dass er sie bekommt! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So machen Sie den Rest Ihrer eigenen Reputation kaputt!)

in dieser entscheidenden Phase jetzt Herrn Stratthaus herausnehmen. Das beklage doch nicht nur ich. Das beklagen doch auch CDU-Finanzminister aus anderen Bundesländern. Ich habe ja extra auch die Bundesbildungsministerin angeführt, die auch Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg ist. Das ist eine falsche Strukturentscheidung. Wenn ich zudem sehe, dass Herr Reinhart jetzt einen Schreibtisch in Stuttgart hat, einen Schreibtisch in Brüssel und einen Schreibtisch in Berlin – man könnte ja noch darauf kommen, dass man ihm auch noch einen Schreibtisch zur UNO in New York stellen kann; das kann er alles miteinander machen –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber nur, wenn der Dollarkurs so gut ist!)

dann heißt das doch, dass wir in Berlin künftig strukturell schwächer vertreten sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Das ist der Punkt. Das ist etwas, was bundesweit für Kopfschütteln sorgt, und zwar nicht nur bei uns, sondern insbesondere auch bei der CDU.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

– Tun Sie doch jetzt nicht so, als sei alles Friede, Freude, Eierkuchen und als sei das alles auf Wohlgefallen gestoßen! Vielmehr hat das auch für erheblichen Unmut in Ihren eigenen Reihen gesorgt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bei Ihnen ist gerade nur noch Eierkuchen! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wie die Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden bei Ihnen!)

Jetzt komme ich zu Herrn Stratthaus. Wir haben Respekt vor Herrn Stratthaus. Wir kritisieren seine Finanzpolitik da, wo wir Anlass zu Kritik haben, z. B. bei diesem völlig missratenen Projekt NSI, wo Hunderte von Millionen versenkt wurden.

(Beifall bei der SPD)

Tun Sie doch nicht so, als hätten Sie hier nur Wohlgefallen ausgelöst! Es gab gravierende Fehler. Ich glaube, auch er sieht heute selbst, dass das ein gravierender Fehler war. Aber trotzdem bleibt doch der Respekt vor der Person. Und trotzdem gibt es etwas, was ins Überparteiliche geht, nämlich dass man sagt: Da macht einer seinen Job anständig.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Und dann kommt vor allem eines dazu – das ist nicht nur eine Wertung von uns –: Wenn man sich das Kabinett anschaut und fragt, wer denn da die nötige Ausstrahlung hat, dann sieht man: Er gehört zu denjenigen, die diese Ausstrahlung haben. Es ist doch eine Frage an Sie, weshalb Sie jetzt ausgerechnet den, der die höchste Ausstrahlung hat, wegnehmen. Man hat ja den Eindruck, er stört Sie mit seiner guten Ausstrahlung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Jörg Döpper, Michael Föll und Dr. Dietrich Birk)

Deshalb bleibt der Vorwurf: Eine Person aus dem Kabinett zu schicken, das war eine Operation auf niedrigstem Niveau. Es fehlt der Anspruch, zu fragen: Was braucht das Land? Welche Aufstellung braucht die Regierung, und zwar strukturell? Da haben Sie nichts geboten und haben auch nichts vor.

Es bleibt natürlich die Erwartung – dazu habe ich überhaupt nichts gesagt und werde auch keine Vorbehalte äußern – an die Kollegen, die jetzt die neuen Ämter antreten, dass sie sich anstrengen. Das erwarte ich. Aber das strukturelle Defizit, das Sie mit dieser Kabinettsumbildung geschaffen haben, werden sie auch durch ihre persönliche Anstrengung nicht beheben können. Da sind Sie gefordert, und da fehlt Ihnen leider der Mut.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Kretschmann das Wort.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Gibt's das auch?)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP! Es gibt bei Kritik eine schöne Figur: Ist das Glas halb leer oder halb voll?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Dabei ist natürlich klar: Aufgabe der Opposition ist es, auf das halb volle Glas zu verweisen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP und Abg. Michael Föll CDU: Nein, das halb leere!)

– Richtig, Herr Kollege Föll. – Es ist nicht unsere Aufgabe, Sie zu loben. Jetzt haben wir einmal gesagt: Das Glas ist halb voll. Wenn Sie es nicht ertragen können,

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

dass wir Ihren Minister auch einmal loben – – Das müssen wir nicht machen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP und Dr. Dietrich Birk CDU)

Aber Sie können davon ausgehen, dass es, wenn wir es einmal machen, auch ehrlich gemeint ist.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ist sonst nicht alles ehrlich gemeint?)

Ich meine, wir hatten mit dem Finanzminister Ihres Kabinetts die geringsten Differenzen. Minister Stratthaus war überhaupt der erste erfolgreiche Finanzminister, Herr Ministerpräsident Oettinger. Die Vorgänger haben in diesem Land Schulden bis zum Gehtnichtmehr angehäuft.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Außer Dr. Hermann Müller!)

Ministerpräsident Teufel ging mit 20 Milliarden Schulden rein, mit 20 Milliarden raus, nur rein mit Mark, raus mit Euro.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Als die FDP/DVP den Finanzminister gestellt hat, war der Haushalt schuldenfrei!)

Das war die Politik, die hier gemacht wurde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Das heißt, die CDU kann ganz im Gegensatz zu ihrem weitverbreiteten Image überhaupt nicht auf eine erfolgreiche Finanzpolitik zurückschauen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der Kronzeuge dafür ist der scheidende Finanzminister. Ich lese jetzt einmal aus seinem Interview vor. Frage:

Sie haben die Konjunktur genutzt und Rückstellungen gebildet für Eventualitäten. Trotzdem hinterlassen Sie gewaltige Deckungslücken. Wie kann Ihr Nachfolger die schließen?

Stratthaus antwortet:

Wenn man anfängt, einen Haushalt aufzustellen, gibt es immer Deckungslücken. Wir werden sicher in der Größenordnung von etwa 400 Millionen noch mal die Ressorts heranziehen müssen.

Das habe ich übrigens in der letzten Haushaltsdebatte angesprochen. Da kam natürlich überhaupt keine Antwort auf die Frage, wie die Deckungslücken geschlossen werden sollen. Ihre Haushaltsstrukturkommission ist ja im Dauerschlaf und hat dazu noch nichts vorgelegt.

Dann sagt Stratthaus weiter:

Es muss auch weiterhin und vielleicht noch mehr als bisher strukturell gespart werden. Doch unsere große Leistung war, dass wir nicht mehr Geld ausgegeben haben, als die Einnahmen besser wurden. Das richtige strukturelle Sparen, also das Abbauen von Aufgaben, bedarf sicher noch weiterer Anstrengungen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Binsenweisheit!)

Man kann ja nicht erwarten, dass der scheidende Finanzminister da riesig auf den Putz haut. Wer das liest, weiß, dass das heißen soll: Es ist überhaupt nichts in Ordnung mit dem Haushalt im Land Baden-Württemberg, das heißt, es sind massive strukturelle Haushaltslücken da, es müssen Aufgaben abgebaut werden. Das haben wir bei der Verwaltungsreform dauernd gesagt. Davon sieht man überhaupt nichts.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Helft uns doch einmal beim Aufgabenabbau! Kritisiert doch nicht dauernd! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ihr macht doch keinen Aufgabenabbau!)

Auch das hat Minister Stratthaus im weiteren Verlauf des Interviews zugegeben: Ein Großteil der Erfolge, die Sie jetzt feiern, beruht darauf, dass Sie die Mehrwertsteuer erhöht haben, dass die Konjunktur brummt und dass wir Steuereinnahmen hatten wie noch nie. Das ist der Hauptgrund. Aber jeder weiß, dass das nicht dauerhaft so bleibt. Wenn die Steuereinnahmen zurückgehen, haben wir genau die gleichen Probleme, wie wir sie vorher hatten.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Sie haben überhaupt noch kein Konzept, diese Haushaltslücken nachhaltig zu schließen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Dann wird Stratthaus noch gefragt:

Wenn man nach Berlin schaut und die diversen Steuersenkungs- und anderen Diskussionen betrachtet, muss

(Winfried Kretschmann)

man da nicht feststellen, dass Haushaltskonsolidierung als politische Leitidee mausetot ist?

Darauf antwortet er:

Die Idee ist quicklebendig – zumindest was die Verkündung betrifft. Weder die CSU noch die CDU noch die FDP noch die SPD haben bisher gesagt, dass sie die Haushaltskonsolidierung aufgeben wollten. Ich weiß nur nicht, ob alles, was sie wollen, gleichzeitig vereinbar ist mit solider Finanzierung.

Ich meine, das spricht doch Bände.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das geht doch bei den Grünen auch nicht! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Warum ist denn der Metzger bei Ihnen gegangen? Das war genau der gleiche Punkt!)

Ich finde, das ist eine ganz ehrliche Anmahnung, und das ist wirklich Wahrheit und Klarheit, was hier gesagt wird.

Das, was sich gegenwärtig abspielt, läuft dem massiv zuwider, insbesondere was die FDP/DVP tut. Es ist ja toll, dass Sie jetzt die von Ihnen immer als „Luftbuchungen der Grünen“ bezeichneten Vorschläge übernehmen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das ist doch Quatsch! Unser Konzept ist seriös!)

Ihr wollt jetzt eure gigantische Steuersenkung um über 30 Milliarden € hauptsächlich

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ihr nehmt das „Liberale Sparbuch“ nicht zur Kenntnis!)

mit der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs finanzieren. Wenn das so einfach wäre, hätten das alle schon gemacht. Glauben Sie mir, da kommen keine solchen Größenordnungen heraus.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Unserem Antrag hätten alle im Bundestag zustimmen können!)

Das klingt alles nicht nach Seriosität.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sie haben es noch nie verstanden! Unser Konzept ist seriös!)

Ich kann nur noch einmal zusammenfassen: Ich bin seit vielen Jahren Mitglied des Finanzausschusses. Glauben Sie mir: Ich weiß, was ich dort mache. Ich weiß, wer dort sparen will und wer nicht. Ich weiß, wie oft Vorschlägen des Rechnungshofs von den Regierungsfraktionen nicht gefolgt wurde, und ich weiß auch, dass der Finanzminister dabei gute Miene zum bösen Spiel machen musste.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Jedenfalls brauchen wir da überhaupt keine Belehrungen von Ihnen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Theurer ist immerhin auch Mitglied des Finanzausschusses!)

Wir werden weiterhin auf eine konsequente Haushaltskonsolidierung pochen. Selbstverständlich gab es diesbezüglich auch mit dem Finanzminister massive Differenzen. Denn bei der Konsolidierung, beim Sparen ist entscheidend, ob man die richtigen Prioritäten und die richtigen Posterioritäten setzt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Auch eine Binsenweisheit!)

Jedenfalls ist es keine richtige Priorität, Milliarden für das Vergraben von Bahnhöfen auszugeben,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ach! – Unruhe bei der CDU)

Kollege Noll. Vielmehr sind die Universitäten und die Schulen unsere Leuchttürme. Da müssen die Prioritäten gesetzt werden.

(Beifall bei den Grünen)

Sie sind falsch gesetzt worden.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Sie sind auch von Finanzminister Stratthaus falsch gesetzt worden. Aber schließlich ist er ja in der CDU und nicht bei den Grünen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Auch nicht bei der FDP/DVP!)

Wir wollen hier also keine grundlegenden Unterschiede verwischen, wenn wir jemanden auch einmal würdigen und seine Leistungen anerkennen. Dies verwischt noch lange nicht die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Fraktionen, was die politischen Ansätze betrifft. Auf unsere Vorstellungen werden wir weiter pochen, und wir werden Sie auch bei den Fragen der Bildungspolitik weiter vor uns hertreiben. Dafür werden wir die notwendigen Haushaltsmittel frei machen, dies aber immer bei dem gleichzeitigen Gebot, den Haushalt insgesamt zu konsolidieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, in der Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung über den Antrag des Ministerpräsidenten nach Artikel 46 Abs. 4 der Landesverfassung. Wer der Berufung von Herrn Minister Willi Stächele zum Finanzminister und der Berufung von Herrn Minister Professor Dr. Wolfgang Reinhart zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Enthaltungen? – Der Landtag hat damit der Berufung von Herrn Minister Willi Stächele und von Herrn Minister Professor Dr. Wolfgang Reinhart mehrheitlich zugestimmt.

Meine Herren Minister, im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen für Ihr neues verantwortungsvolles Amt viel Glück und Erfolg.

Dem ausscheidenden Minister Gerhard Stratthaus darf ich an dieser Stelle ebenfalls im Namen des ganzen Hauses für sein langjähriges, engagiertes Arbeiten herzlich danken. Die Wür-

digung seiner politischen Tätigkeit wird später erfolgen, da uns Herr Kollege Stratthaus als Abgeordneter erhalten bleibt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit beendet.

Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem Botschafter der Republik Kasachstan, Herrn Dr. Nurlan Onzhanov.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Er wird begleitet von Herrn Generalkonsul Beibut Atamkulov und Frau Honorarkonsulin Dorothea Haller-Laible sowie Mitarbeitern der Botschaft und des Generalkonsulats.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Botschafter Dr. Onzhanov, der seit März 2008 im Amt ist, stattet dem Landtag heute seinen ersten offiziellen Besuch ab. Während seines Aufenthalts in der Landeshauptstadt führt er außerdem Gespräche mit Vertretern der Landesregierung.

Herr Botschafter, ich darf Sie und Ihre Begleitung im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen und Ihnen einen angenehmen und erfolgreichen Aufenthalt in unserem Land wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Innovationskraft der baden-württembergischen Wirtschaft erhalten und ausbauen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Es gelten die für Aktuelle Debatten üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Ausführungen in der zweiten Runde. Ich darf die Vertreter der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diesen Zeitrahmen zu halten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

(Minister Willi Stächele und Minister Dr. Wolfgang Reinhart nehmen Glückwünsche entgegen.)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gratulationscour ist in vollem Gang. Man kann sich den Glückwünschen auch vom Rednerpult aus anschließen. Das will ich gern tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Unser Land Baden-Württemberg war bis in die Sechzigerjahre hinein im europäischen und auch im bundesweiten Vergleich in wirtschaftlicher Hinsicht kein Spitzenstandort. Wir sind noch zu Zeiten des Wirtschaftswunders der Entwicklung im Vergleich zu den industriellen Kernen etwa in Nordrhein-Westfalen hinterhergehinkt. Dies hat sich in den letzten 40 Jahren nachhaltig verändert. Die Situation hat sich nachhaltig gebessert. Baden-Württemberg ist heute ein wirtschaftlich außerordentlich starkes Land. Baden-Württemberg ist eines der ganz großen Zugpferde innerhalb der Europäischen Union.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gibt eine Reihe von Daten, die das immer wieder deutlich machen. Ich nenne aktuell den Erfolg im Spitzenclusterwettbewerb: Fünf von zwölf Spitzenclustern, die in der Endausscheidung dieses Wettbewerbs sind, kommen aus Baden-Württemberg.

Ein anderes Beispiel – schon länger bekannt – ist der Innovationsindex, der deutlich macht, dass Baden-Württemberg mit seiner Wirtschaft einer der innovativsten und stärksten Standorte im europäischen Vergleich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Thomas Blenke CDU)

Das Wachstum in unserem Land weist nach wie vor hervorragende Werte auf, und – das ist vor allem für die Menschen in diesem Land ganz wichtig – die Arbeitslosenquote ist mit 4,1 % bundesweit spitze. Dass wir dabei jetzt von Bayern sozusagen eingeholt wurden, zeigt einerseits, dass in Bayern bald Wahlen sind. Es zeigt zum Zweiten, dass die bayerische Wirtschaft stärker mit Saisonarbeitskräften ausgestattet ist, als das in Baden-Württemberg der Fall ist. Es zeigt aber vor allem auch, dass sich die baden-württembergische Wirtschaft der Vollbeschäftigung nähert. Das ist, denke ich, die entscheidende Botschaft.

Aus unserer Sicht sind zwei Gründe für diese hervorragende Entwicklung verantwortlich: Zum einen ist es uns seit den Sechzigerjahren gelungen, den Energiebedarf, den die baden-württembergische Wirtschaft hat, zu decken. Früher war das nicht der Fall. Das macht auch deutlich, dass wir aufgerufen sind, die politischen Weichen so zu stellen, dass dieser Energiebedarf auch in der Zukunft gedeckt ist und keine Stromlücke in unserem Land entsteht.

Zum Zweiten – und das ist der eigentliche Anlass dieser Debatte – ist auf die Innovationskraft der Wirtschaft in Baden-Württemberg hinzuweisen. 4,2 % des Bruttoinlandsprodukts werden für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Damit liegt Baden-Württemberg weltweit an der Spitze, so gut sind nur noch Finnland und Israel.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sagen aber auch – es wurde ja vorhin viel von Ehrlichkeit gesprochen –: 80 % dieser Investitionen werden von der Wirtschaft selbst vorgenommen. Die verbleibenden 20 % weisen Baden-Württemberg nicht einmal einen Spitzenplatz zu. Das macht deutlich, dass auch wir gefordert sind, in dieser Innovationspolitik aktiv zu bleiben.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass Forschung und Entwicklung im Wesentlichen von den Großbetrieben, von den großen Unternehmen in Baden-Württemberg betrieben werden. Wir haben ein eindeutig erkennbares Problem bei den KMUs, den kleinen und mittleren Unternehmen im Mittelstand. Es wird deutlich, dass die kleinen und mittleren Unternehmen eben nicht so forschungsnah sind, wie sie eigentlich sein sollten, weil es eben offensichtlich nicht ausreichend gelingt, den Zusammenhalt zwischen Wissen-

schaft und Forschung auf der einen Seite und den kleinen und mittleren Unternehmen auf der anderen Seite herzustellen. Hier sind wir als baden-württembergische Landespolitiker gefordert, wenn wir unseren hervorragenden Wirtschaftsstandort und die hervorragenden Daten, die ich vorhin geschildert habe, auch für die Zukunft erhalten wollen. Es müssen also für die kleinen und mittleren Unternehmen der Zugang zur Forschung und die Forschungsintensität noch stärker gewährleistet werden.

Wir haben in diesem Zusammenhang ein deutliches Defizit bei den wirtschaftsnahen Forschungsinstituten. Da ist ein Investitionsstau aufgelaufen. Unsere politische Herausforderung wird sein, bei diesen wirtschaftsnahen Forschungsinstituten – bei Steinbeis, bei Fraunhofer – stärkere Investitionen in die Zukunft vorzunehmen.

Da stellt sich natürlich die Frage: Woher soll dieses Geld kommen? Ich sage ganz deutlich, dass wir stärker als bisher EFRE-Mittel für diesen Bereich bereitstellen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die rund 170 Millionen €, die für einen Förderzeitraum von sieben Jahren zur Verfügung stehen, müssen stärker auf die wirtschaftsnahe Forschung fokussiert werden. Das Forschungsprogramm, das Impulsprogramm Hochschule ist gut, wir brauchen aber auch ein Impulsprogramm „Wirtschaftsnahe Forschung“.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jawohl!)

Wir brauchen in den nächsten Jahren mindestens 82 Millionen € für diese Forschungsinstitute. Der Landesanteil wird bei etwa 45 Millionen € liegen. Das heißt, wir müssen in jedem der nachfolgenden drei Jahre aus dem Haushalt mindestens 15 Millionen € für diese Institute zur Verfügung stellen.

Weitere Ausführungen zur Innovationspolitik des Landes folgen in der zweiten Runde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im pietistischen Schwabenland gehört Enthusiasmus allenfalls zu den Sekundärtugenden.

(Heiterkeit der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Sind aber – wie beim Stuttgarter Ideenpark – Tüfteln und Technik im Spiel, dann kennt die Begeisterung keine Grenzen. Über 280 000 Besucher wollten beim Ideenpark auf der Landesmesse dabei sein. Gut: Der Eintritt war frei, was der schwäbischen Mentalität entgegenkommt.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Aber es kamen mehr Menschen als zur Touristikmesse CMT.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht nur ehrlich, sondern auch sparsam!)

Technik zum Anfassen, Experimentieren und Ausprobieren war für viele Jugendliche aufregend und vielleicht auch eine Motivation für eine berufliche Perspektive. Weitere Veranstaltungen mit diesem Konzept werden folgen. Dafür hat sich unser Ministerpräsident Günther Oettinger ausgesprochen. Das ist auch richtig so, denn gerade haben im kroatischen Split junge Forscher aus Baden-Württemberg zum wiederholten Mal den Physik-Weltcup gewonnen. Den jungen Naturwissenschaftlern auch von dieser Stelle herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Auf diesem Ideenpark haben wir die Erfinder von morgen gesehen. Wir brauchen sie auch. Wir konkurrieren nicht mit Billigstandorten, sondern mit allen global agierenden Vorreitern, die Spitzentechnologie vorantreiben. Die Fähigkeit unserer Unternehmen zur Innovation ist nicht nur eine Kernbedingung unternehmerischer Wettbewerbsfähigkeit, sie ist der Schlüssel für unser volkswirtschaftliches Wachstum und den Wohlstand unseres Landes. Das gilt gleichermaßen für Produktinnovation, für neue Fertigungsverfahren und für Prozessoptimierungen. Die daraus entstehenden Beschäftigungsimpulse sind besonders effizient und nachhaltig.

In unserem Land hat die Generation der Bastler – diejenigen, die noch leuchtende Augen bekamen, als unter dem Weihnachtsbaum der Fischer-Technik-Baukasten lag – zum wiederholten Mal deutschlandweit die meisten Patente in Anspruch genommen. Dafür unseren Dank und unsere Anerkennung!

(Beifall der Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Auch wenn dabei die Firmen Robert Bosch und Daimler zu den Spitzenanmeldern zählen: Erfindungen werden von Menschen gemacht, nicht von juristischen Personen.

(Beifall der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! Sehr richtig! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr richtig!)

Ein ausgeglichener Haushalt, Nullneuverschuldung, wachsende Exportumsätze und die niedrigsten Arbeitslosenzahlen sind Erfolge, um die uns viele beneiden. Wenn jemand die Rolle der Wirtschaftslokomotive in Deutschland und Europa übernommen hat, dann ist es Baden-Württemberg. Darauf dürfen wir im Land mit Recht stolz sein. Das ist ein Markenzeichen der Landesregierung.

Im Unterschied zur Opposition reden wir nicht einer defensiven Wirtschaftspolitik das Wort. Wir setzen nicht auf protektionistische Maßnahmen wie ein Tariftreuegesetz oder Wertgrenzen im Vergaberecht.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Herr Kollege Drexler – er ist leider nicht mehr da –: Mit Ihrer Ludwigsburger Erklärung liegen Sie grottenfalsch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Werner Pfisterer CDU: Wie immer!)

(Dr. Reinhard Löffler)

Innovationen im Land sind kein Zufall und keine Eintagsfliegen. Sie haben einen Grund. Hinter dem wirtschaftlichen Erfolg des Landes steht ein strategischer Masterplan, den wir konsequent verfolgen und erfolgreich ausbauen. Die Exzellenzinitiative im Land hat Früchte getragen. Vier von neun Eliteuniversitäten forschen in Baden-Württemberg. Ein Zufall? Wohl kaum. Das ist vielmehr das Ergebnis guter Arbeit der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Innovationskraft in unserem Land ist das Resultat des starken Engagements von Wirtschaft und Wissenschaft in Forschung und Entwicklung. Während sich der Bund und die Europäische Union noch das Ziel setzen, bis zum Jahr 2010 mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, haben wir dieses Ziel mit 4,2 % längst übertroffen. Neben vielen projektbezogenen Förderinstrumenten unterstützen wir Innovationen mit Mitteln der Landesstiftung und aus dem Darlehensprogramm der L-Bank. Am Geld darf die Umsetzung einer guten Idee nicht scheitern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Verbundforschung, Kompetenzzentrum, Netzwerke und Clustermanagement sind Elemente einer Forschungsinfrastruktur, die wir zu einem hohen Perfektionsgrad ausgebaut haben. Mit Instrumenten wie Technologietransfer, Wissenstransfer, aber auch Humantransfer sorgen wir dafür, dass Erkenntnisse der Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung unserer Hochschulen, der Max-Planck- und Fraunhofer-Institute in wirtschaftliche Ergebnisse umgesetzt werden. Bei diesem Innovationsindikator nehmen wir weltweit mit Abstand den Spitzenplatz ein. Dem Zufall wird hier nichts überlassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Auch wenn die meisten Innovationen aus dem Fahrzeug- und Maschinenbau kommen, zählt bei uns die Umwelttechnik ebenso zu den Innovationstreibern, wie Neuerungen auf dem Agrarsektor dazu gehören. Von den Angeboten der Steinbeis-Stiftung mit ihren 350 Transferzentren profitiert der Mittelstand. Selbst kleine Firmen mit weniger als 50 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 10 Millionen € können durch Innovationsgutscheine, Innovationsassistenten sowie Beratungs- und Coachingmaßnahmen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Mit den Kammern, die Existenzgründer beraten, bilden sie ein wirkungsvolles Tandem.

Es gibt kein Land, das horizontal und vertikal eine so engmaschige Innovationsvernetzung aufweist wie Baden-Württemberg.

Wir wissen: Dem gewerblichen Rechtsschutz kommt dabei eine große Bedeutung zu. In vielen Ländern ist der Schutz von geistigem Eigentum nur schwach entwickelt. Geistiger Diebstahl ist vielerorts eher ein Kavaliersdelikt als ein Straftatbestand. Aber auch dagegen sind wir gerüstet; die Europäische Kommission hat unlängst unser Patentinformationssystem ausgezeichnet.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Der erfolgreiche Ausbau der Innovationskraft wird aber auch davon abhängen, dass wir die Rahmenbedingungen und die weichen Standortfaktoren stärken. Wir brauchen mehr Fachkräfte, eine noch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine offene Tür für qualifizierte Kräfte aus dem Ausland, eine Erweiterung unserer Konzepte zur frühkindlichen Bildung, und es gilt, die Dauer der Zyklen von der Idee bis zur Markteinführung weiter zu reduzieren, auch wenn uns darin im internationalen Vergleich niemand das Wasser reichen kann.

Wir machen unsere Hausaufgaben. Der Bund muss noch mehr Finanzmittel für Forschung und Entwicklung bereitstellen. Ich würde mir auch wünschen, dass der Bund vermehrt Innovationsforen als zentrale Anlaufstellen für forschende Unternehmen gründet und im Bereich Risikokapital das amerikanische Modell übernimmt. Leider werden betriebliche Forschungsausgaben im Vergleich zu anderen Ausgaben bei uns steuerlich eher stiefmütterlich behandelt. Das muss sich ändern. Mit einer gezielten steuerlichen Begünstigung von Forschungsaktivitäten könnten wir die Unternehmensbesteuerung weiter senken sowie Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Also doch Steuersenkungen?)

Darauf müssen wir im Bund hinwirken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! Steuersenkungen!)

„Hälingerweise“ freut sich der Schwabe dann doch über seine Erfindungen. Mehr Lebensfreude bringt mehr Erfindungen. So einfach ist das.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gut!)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt jetzt mein besonderer Gruß dem ehemaligen Präsidenten des Kantonsrats des Kantons Schaffhausen, Herrn Charles Gysel.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Kollege Gysel hat sich in den letzten Jahren große Verdienste um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere zwischen dem Kanton Schaffhausen und dem Land Baden-Württemberg erworben. In der Parlamentarierkommission Bodensee hat er immer wieder wichtige Impulse für konkrete Kooperationsmöglichkeiten gegeben. Ich möchte den heutigen Besuch von Herrn Altkantonspräsidenten Gysel dazu nutzen, ihm für sein außergewöhnliches Engagement in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sehr herzlich zu danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich nun Herrn Abg. Dr. Prewo.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Technologiepolitik des Landes ist richtungslos.

(Lachen bei der FDP/DVP)

Sie ist träge, sie ist in der Reichweite völlig kümmerlich,

(Zuruf von der CDU: Oh!)

und sie ist ordnungspolitisch weitgehend falsch.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir sind nicht im Bundestag!)

Einer der bedeutendsten Unternehmer des Landes, Menno Harms, hat unlängst dazu gesagt:

Niemand weiß, was die Landesregierung in der Innovationspolitik will.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da hat er recht!)

Er fügte hinzu:

Wenn Sie heute Unternehmer fragen, welche wirtschaftspolitischen Ziele das Land verfolgt, werden Sie außer allgemeinen Bemerkungen nichts hören.

Richtungslos – die Richtung ist nicht erkennbar.

Es war einmal anders. In den Sechzigerjahren hat Ministerpräsident Kiesinger zusammen mit Minister Hahn fünf neue Universitäten gründen lassen,

(Zuruf von der FDP/DVP)

damals mithilfe der Opposition.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

In den Siebzigerjahren kamen die Berufsakademien dazu – das war ein guter Aufschlag –, in den Achtzigerjahren – immerhin unter Späth – die Transferzentren. Sie sehen, wir wollen dem, was geschehen ist, schon gerecht werden. Aber seither herrscht Windstille in der Technologiepolitik des Landes.

Damit wir uns richtig verstehen: Wir sind ein sehr starkes Land. Baden-Württemberg hatte als stärkstes Industrieland schon immer die Technologieführung in Deutschland: Benz, Daimler, die beiden Maybachs, Ernst Heinkel, Graf Zeppelin, Felix Wankel usw. Die stärksten Erfinder seit 150 Jahren waren aus Baden-Württemberg. Wir könnten ein ganzes Pantheon von Erfindern und Ingenieuren von Badenern und Württembergern in Deutschland nennen und auch präsentieren. Wir könnten uns übrigens überlegen, ob wir anstatt der Darstellung nur von Dichtern oder manchmal Staatsmännern eine Art „Hall of Fame“ in Baden-Württemberg errichten, wo wir unsere Ingenieure und unsere Erfinder aus Baden-Württemberg ehren. Da würde eine Menge zusammenkommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gute Idee!)

Das wäre auch für die Jugend ein großer Ansporn. Wir könnten die Erfindungen auch öffentlich präsentieren.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr gut!)

Auf diese Idee kommt in der Regierung niemand. Man könnte von Philipp Matthäus Hahn über den Freiherrn von Drais bis zu Artur Fischer und darüber hinaus eine große Zahl darstellen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Reinhold Würth!)

Nur, meine Damen und Herren, die Stärke des Landes ist nicht die Leistung der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sondern der SPD?)

Die Regierung steht in Wahrheit völlig daneben.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wie bitte?)

Es sind der Mittelstand und natürlich die großen Industrieunternehmen, die die meisten Leistungen der Innovation erbringen. Das rührt auch daher, dass wir in Baden-Württemberg eine sehr schöne traditionelle Stärke haben,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Die große Stärke ist die Schwäche der SPD!)

das, was wir die Flächenstärke nennen. Denn als einziges Bundesland haben wir dicht über die gesamte Fläche starke Unternehmen und übrigens auch starke Erfinder auch auf dem Land. Baden-Württemberg ist so stark, dass das Land auch eine schwache Regierung verzeiht, eine Zeit lang wenigstens.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist ja Unsinn!)

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Land können sich sehen lassen. 4 % des Bruttoinlandsprodukts werden dafür aufgewandt, davon kommen 3,2 % von der Industrie und nur 0,8 % vom Land, von der öffentlichen Seite – trotz vieler Institutionen. Roland Berger hat kürzlich darauf hingewiesen, dass diese Quote der öffentlichen Forschungsförderung besonders im Bereich der Grundlagenforschung bei Weitem zu niedrig ist und mindestens auf über 1 % des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden muss. Darüber besteht Konsens unter den Fachleuten. Das gleiche sagen McKinsey und andere. Festgestellt wird, dass Baden-Württemberg in dieser Hinsicht auf dem Weg zum Mittelmaß sei; das können Sie in der Prognos-Studie vom letzten Jahr nachlesen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Auch bei den Patenten, meine Damen und Herren, sind wir „stattlich“. Logischerweise werden die Patente zu einem Großteil von der Industrie angemeldet. Vor allem werden sie von den größten Unternehmen angemeldet, und die Konzentration der Großunternehmen bei der Anmeldung von Patenten wird immer größer.

Wieder anders sieht es bei den Existenzgründern aus. Heute war wieder über den Brain Drain in die Schweiz und nach Amerika zu lesen. Bei den Existenzgründungen nimmt Baden-Württemberg – offensichtlich sind die Standortbedin-

(Dr. Rainer Prewo)

gungen hier nicht mehr die besten – inzwischen den vorletzten Platz in Deutschland ein; das stellt das Statistische Landesamt fest.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer? Baden-Württemberg?)

– Nach der jüngsten Veröffentlichung des Statistischen Landesamts nimmt Baden-Württemberg den vorletzten Platz ein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Den vorletzten?)

Da argumentieren nun manche, in Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern gebe es viele Arbeitslose, da seien mehr Existenzgründungen gemeldet. Nein, bei der Untersuchung zählen nur Existenzgründungen mit Substanz.

Wenn man genauer hinschaut, sieht man: Die Länder, die uns in den letzten Jahren – von wegen Wirtschaftsstandort Nummer 1 – beim Bruttoinlandsprodukt und bei der Wertschöpfung überholt haben – das ist Bayern, und das ist Hessen; Hessen hat uns bereits vor zwölf Jahren, also noch vor der Regierungsübernahme durch Koch, überholt –, weisen heute deutlich mehr Existenzgründungen als Baden-Württemberg auf. Dann machen Sie doch, bitte schön, nächstens bei der Umsetzung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie eine liberale Regelung zugunsten von Gewerbeanmeldungen, und errichten Sie nicht ein neues Gebietsmonopol mit den Kammern; das nur nebenbei.

So viel zu der Frage der kümmerlichen Substanz.

Der Ministerpräsident hat im Jahr 2005 erklärt, er werde bald einen Innovationsbeauftragten berufen. Daraus ist praktisch nichts geworden. Im Jahr 2006 hat er dann bei seiner Regierungserklärung angekündigt, in wenigen Wochen werde ein Innovationsrat einberufen. Nachdem wieder nichts daraus wurde, hat er angekündigt, dass im Frühjahr der Innovationsrat einberufen werde – im Frühjahr 2007, wohlgemerkt!

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ei, ei, ei!)

Schließlich wurde im Dezember 2007 endlich diese „Synode“ von 50 illustren Persönlichkeiten unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten zusammengerufen. Das haben wir jetzt im Bereich der Innovationspolitik geschafft. „Donnerwetter!“, kann ich da nur sagen.

So viel zum Thema „Trägheit der Innovationspolitik des Landes“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Trägheit der Masse!)

Gibt es ein Konzept der Regierung? Gibt die Regierung Ziele vor? Schließt sie eine Zielvereinbarung mit dem Innovationsrat? Nichts davon! In der Substanz kümmerlich, bis jetzt nichts!

(Minister Ernst Pfister: Sind Sie dabei?)

Neben dem Kabinett und neben dem Landtag soll nun eine neue Turmgesellschaft die Dinge richten. Von der Zusammensetzung her könnte dieser Rat genauso in Ethikfragen, in allgemeinen Fragen des Wirtschaftsstandorts, der demografischen Entwicklung oder der Hochschulen tätig sein. Die Zusammensetzung reicht von den Kirchen über die Wirtschaftsverbände bis zu den Gewerkschaften.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bis zum Sport!)

Wenn jeder dieser verdienstvollen Herren – auch die eine oder andere Dame ist dabei –

(Heiterkeit des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

nur drei Minuten spricht – mit Begrüßung –, ist ein halber Tag vorbei, bis man dann zu den Häppchen schreitet, meine Damen und Herren. Das ist der Innovationsrat des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Peter Hofelich SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich! Häppchenrat!)

Ob Persönlichkeiten wie Wilhelm Maybach oder Max Eyth jemals an einer solchen Veranstaltung teilgenommen haben, möchte ich füglich bezweifeln.

Manchem schwant das auch. Menno Harms erklärt öffentlich: „Sollte es ein weiterer Debattierklub werden, wäre ich im nächsten Jahr wieder draußen.“

(Zuruf von der SPD: Club of Rome!)

Meine Damen und Herren, auch die ganze Landespolitik ist ein Spiegel dieser einfachen Feststellung der Substanzlosigkeit der Innovationspolitik, die wir gerade getroffen haben. Die Infrastruktur wird sträflich vernachlässigt; das haben Sie inzwischen erkannt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wie lange redet der?)

Wirkliche Innovationen im öffentlichen Bereich und bei der Infrastruktur – Stuttgart 21 – sind in diesem Haus hauptsächlich von der SPD-Fraktion, vom Kollegen Drexler, vertreten worden.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir haben jetzt eine neue Messe. Das ist prima, und das unterstützen wir. Wir setzen große Hoffnungen darauf. Aber das Messegutachten hat uns ins Stammbuch geschrieben, dass unsere Messelandschaft in Baden-Württemberg international gesehen bedeutungslos ist.

Zum Luftverkehr gibt es kein Konzept der Regierung. Man weiß schon lange, dass man keine weiteren Start- und Landebahnen auf den Fildern bauen kann. Man steckt den Kopf in den Sand. Tatsächlich sollte man einmal überlegen, was man über die gesamte Fläche des Landes hinweg an Koordination schaffen kann, und ein richtiges Luftverkehrskonzept vorlegen. Nichts geschieht.

Die Universitäten sind in den letzten Jahren „ausgehungert“ worden.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Dr. Rainer Prewo)

In den Jahren zwischen 1996 und 2006 sind laut Statistik überall Professorenstellen abgebaut worden; in Baden-Württemberg liegt diese Zahl jedoch am höchsten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

In den naturwissenschaftlichen Fächern sind sogar überproportional viele Stellen weggefallen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich! – Zuruf von der SPD: Ein Skandal ist das!)

Schülerforschungszentren, die aus der Not geboren nun im Land entstehen, müssten mehr gefördert werden. Das geschieht nur ganz, ganz halbherzig.

Wir wollen nicht nur kritisieren, sondern wir wollen auch Vorschläge machen. Dazu werde ich nachher Gelegenheit haben. Denn wenn die Opposition keine Vorschläge macht, dann macht sie niemand.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Er hat schon zehn Minuten gesprochen! Jetzt ist es vorbei! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Es sollten aber auch sinnvolle Vorschläge sein!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind froh, dass wir über die Innovationskraft der baden-württembergischen Wirtschaft und nicht über die Innovationskraft der baden-württembergischen Landesregierung sprechen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Gut!)

Die Innovationskraft der Wirtschaft fällt deutlich besser aus. Bei der Landesregierung ist die Bilanz des Erreichten doch eher mau. Ein schönes Beispiel hierfür war heute Morgen bereits die Kabinettsumbildung, die wir hier miterleben durften.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Da war von Innovationsfähigkeit nichts zu spüren. Am innovativsten sind Sie noch, wenn es um absurde Kampagnen für Muttertagsblumen oder Sonstiges geht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt zum Thema!)

Interessant ist, dass die FDP/DVP für Förderprogramme wirbt. Sie werben für Förderprogramme wie das „Zukunftsprogramm Mittelstand“. Der Herr Minister wird sicherlich gleich einige weitere Förderprogramme vorstellen, die er alle auf den Weg gebracht hat. Andererseits beschließen Sie auf Bundesparteitagen Steuersenkungen für alle. Sie fordern die Abschaffung der Erbschaftsteuer – immerhin 700 Millionen € nimmt das Land Baden-Württemberg hierdurch bislang pro Jahr ein.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die Grünen wollen sie erhöhen! Das sind die Unterschiede! – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Da frage ich mich, wo Sie denn in Zukunft mit solchen Forderungen die Finanzierung für Ihre Wirtschaftsförderung überhaupt hernehmen wollen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wir haben jetzt schon zu einigen Aspekten Ausführungen gehört.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Es wurden vom Kollegen Rülke die Innovationsgutscheine genannt. Deren Start war ein bisschen holprig, aber grundsätzlich haben wir nichts gegen Innovationsgutscheine einzuwenden. Wir haben bei 400 000 Betrieben im Land ein Budget von 3 Millionen € jährlich; dieses Modellprojekt ist zudem auf zwei Jahre begrenzt. Sie sehen also, dass es nicht besonders üppig ausgestattet ist.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Homöopathische Dosis!)

– Ja, das ist nur eine homöopathische Dosis. – Jetzt sollte man meinen, dass es das Bestreben des Wirtschaftsministers sein sollte, das Projekt, wenn es gut läuft, über eine Modellphase von zwei Jahren hinaus zu verlängern und die Förderung zu verbreitern. Was aber erleben wir? Es gibt, wie wir jetzt Ihrer Presseerklärung entnehmen konnten, ein neues Programm, und dieses trägt den Titel „Innovationsassistent“.

(Minister Ernst Pfister: Was? Das gibt es schon lange! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ihre Rede ist auch nicht innovativ!)

Da hat mich doch sehr gewundert, dass Herr Kollege Löffler – er ist leider gerade nicht im Saal – ein Programm lobt, das eigentlich eine Aufgabe der Arbeitsagentur darstellt. Durch dieses Programm werden nämlich Stellen bei Unternehmen mit Landesmitteln subventioniert. Da, denke ich, sollten Sie lieber auf die Innovationsgutscheine setzen und nicht die Arbeit der Bundesagentur übernehmen.

Kollege Prewo hat bereits einiges zum Innovationsrat gesagt. Wir warten bis heute auf Ergebnisse und auf Handlungsempfehlungen dieses Innovationsrats.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er wird sie nachher verkünden! Er ist dabei!)

Klar ist: Wenn die Wirtschaft bei ihren Innovationen das gleiche Schneckentempo wie die Landesregierung vorlegen würde, dann wäre Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort schon längst in die Bezirksliga abgestiegen, meine Damen und Herren.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Auch die Schnecke ist eine Innovation!)

Wie dieser Innovationsrat besetzt ist, ist zudem bedenklich. Es gibt einen dreiköpfigen Vorstand. Einer der Vorstände ist der Ministerpräsident des Landes. Dieser Vorstand ist nur mit Männern besetzt. Es gibt in diesem Innovationsrat 51 Mitglieder. Davon sind exakt sieben Frauen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sehr innovativ!)

(Edith Sitzmann)

Ich kann nur sagen: Wenn sich Europa bis zum Jahr 2010 zu einem wettbewerbsfähigen und dynamischen Wirtschaftsstandort entwickeln will und wenn Baden-Württemberg dazu einen Beitrag leisten will, dann sollten Sie endlich merken, dass Sie auf das Potenzial von Frauen in Bezug auf Innovation auf keinen Fall verzichten können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Bedauerlicherweise haben wir von Ihnen in zwei entscheidenden Punkten,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

die für die Innovationskraft der Wirtschaft ausschlaggebend sind, nichts gehört.

Das ist zum einen die Frage: Wie sollen wir eigentlich mit dem Klimawandel umgehen, der einschneidende Konsequenzen für Mensch, für Umwelt und für die Wirtschaft hat, der Studien zufolge bis zum Jahr 2050 Folgekosten in Höhe von schätzungsweise 800 Milliarden € verursachen wird, der zu klimatischen Veränderungen führen wird, die auch die baden-württembergische Wirtschaft, besonders die Landwirtschaft, extrem beeinträchtigen werden? Forschungsinstitute gehen von Kosten in Höhe von ca. 129 Millionen € allein für Baden-Württemberg aus. Wir haben kein Wort darüber gehört, wie Sie diese Herausforderung bewältigen wollen. Das wäre der entscheidende Punkt, um für eine innovative wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg zu sorgen. Denn Ökonomie hat keine Zukunft, wenn sie nicht ökologisch wird.

Wir Grünen sagen deshalb: Baden-Württemberg hat die besten Chancen, wenn es darum geht, klimaschonend, ressourcenschonend und energieeffizient zu wirtschaften. Wir sind in Baden-Württemberg gut aufgestellt. Wir haben alle Potenziale, um das auszubauen. Auch das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut geht davon aus, dass dieser Sektor der grünen Technologien – ich zitiere – „eine elektrisierende Einladung an kreative Tüftler, neugierige Erfinder, kluge Investoren und mutige Unternehmer“ ist. All die Voraussetzungen sind in Baden-Württemberg gegeben.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Deshalb geht es darum, diese Wachstumschancen auch wirklich auszuschöpfen.

Was Sie, Herr Minister Pfister, und auch Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, dafür tun könnten, wäre, sich z. B. des neuen Projekts „Product Carbon Footprint“ anzunehmen. Daran sind sechs Unternehmen beteiligt,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Was ist das auf Deutsch?)

u. a. die dm-Drogeriemarktkette von Götz Werner. Bei diesem Projekt geht es darum, Herr Kollege Theurer, zu untersuchen, welche Treibhausgasemissionen entlang der Wertschöpfungskette entstehen, diese zu dokumentieren, zu verringern und langfristig auch eine CO_2-Kennzeichnung von Produkten zu erreichen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Bitte mit deutschem Titel!)

Es wäre eine innovative Idee, dazu eine Pilotstudie über Einsparpotenziale zu machen. Wir wissen, dass 40 % der klimarelevanten Emissionen eines jeden Bundesbürgers durch Ernährung und Konsum verursacht werden. Hier erwarten wir Ihre Initiative.

Ein letzter Punkt: Es ist natürlich klar, dass Innovation ohne ein solides Bildungsfundament nicht möglich ist. Es ist auch klar, dass diese Landesregierung in der Bildungspolitik die Entwicklung seit Jahren verschläft. Sie müssen sich mittlerweile harsche Kritik von der Wirtschaft gefallen lassen, dass Sie nicht Sorge dafür tragen, dass das Bildungsfundament der Jugendlichen hier in Baden-Württemberg ausreichend ist. Nicht umsonst fordert der Baden-Württembergische Handwerkstag ein gerechtes Schulsystem mit individueller Förderung. Kürzlich hat auch die IHK Region Stuttgart harsche Kritik an der Landesregierung geübt und gesagt: „Geben Sie doch bitte mehr Geld für Bildung aus. Sie können auf der anderen Seite auch gern Subventionen für die Wirtschaft streichen.“ Das sollten Sie endlich ernst nehmen: Ohne ein gutes Bildungsfundament werden wir in Zukunft, was die Innovationsfähigkeit des Landes betrifft, nicht gut aufgestellt sein.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Sitzmann und Herr Dr. Prewo, da haben wir ja schöne Bilder von unserem Land Baden-Württemberg gezeichnet bekommen.

Frau Sitzmann, zunächst einmal haben Sie über die Erbschaftsteuer gesprochen. Ich habe in meinem ersten Redebeitrag versucht, deutlich zu machen, dass wir durchaus selbstkritisch sehen, dass wir in der Innovationspolitik noch Probleme beim Mittelstand, bei den kleinen und mittleren Betrieben haben. Aber denen helfen Sie ganz bestimmt nicht mit irgendwelchen Fantasien zur Erbschaftsteuer. Denn wenn Sie einmal mit Mittelständlern reden und sehen, wie viele Tausend Betriebsübergaben in den nächsten Jahren anstehen, dann merken Sie: Das ist eines der ganz großen Probleme. Ich denke, wir sind schon auf dem richtigen Weg, wenn wir die Erbschaftsteuer infrage stellen, insbesondere bei den Modellen, über die gerade in Berlin diskutiert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wie finanzieren Sie das denn?)

Dann haben Sie, Frau Sitzmann, den Klimawandel angesprochen. Es freut mich, dass jetzt der Klimawandel angesprochen wird, weil der Klimawandel ein schönes Beispiel dafür ist, was passiert, wenn grüne Politik in die Verantwortung kommt. Denn nun erklärt Ihr ehemaliger Kollege Boris Palmer aus Tübingen – neuerdings könnte man sagen: „CO_2-Bobbele“ – plötzlich: „Wir brauchen Kohlekraftwerke“, und tätigt sogar Investitionen in diese Kohlekraftwerke. Denn die Kernenergie ist ja tabu; ihr hat man sozusagen im grünen Glaubensbe-

kenntnis abgeschworen. In der Realität kommt man dann wieder zur Kohlekraft zurück und muss leise weinend zugestehen, dass alles Geschwätz vom Klimawandel nur so lange taugt, wie man in der Opposition ist und darüber reden kann, aber nicht zu handeln braucht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was das Bild des Landes Baden-Württemberg anlangt, das Sie gezeichnet haben, Herr Kollege Prewo, habe ich mich schon gefragt: Sind wir jetzt im 21. Jahrhundert in Baden-Württemberg, oder sind wir irgendwo mitten im Dreißigjährigen Krieg und hören einen Grabgesang von Andreas Gryphius?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie zeichnen ein Bild des Landes Baden-Württemberg, das mit der Realität nichts zu tun hat, das aber das Bild eines Landes sein könnte –

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

bei dem, was Sie im Moment auf Bundesebene vorbereiten –, in dem Kurt Beck Bundeskanzler und Lafontaine Wirtschaftsminister ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

So wie in den Bildern, die Sie zeichnen, sieht es in solchen Ländern aus.

Sie behaupten, wir wären im Bildungs- und Forschungsbereich irgendwo weitab.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Warum haben wir dann vier von neun Spitzenuniversitäten der Exzellenzinitiative in Baden-Württemberg,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau!)

wenn es so düster aussieht? Diese Frage muss man sich schon einmal stellen. Ich räume aber ein – das habe ich vorhin schon gemacht –, dass wir diese Probleme im Mittelstand haben. Wir sind das Land der Tüftler und Denker. Es gibt viele Patente und viele Erfindungen. Aber gemäß einer Kienbaum-Studie werden leider nur 0,6 % dieser Inventionen, dieser Erfindungen auch zu Innovationen. Warum ist das so? Weil gerade bei den kleinen und mittleren Betrieben die Verbindung zur Forschung fehlt. Da müssen wir – das ist in der Tat richtig – bei den wirtschaftsnahen Forschungsinstituten nacharbeiten. Da müssen wir auch mehr Geld in die Hand nehmen. Das müssen wir finanzieren. Die entsprechenden Vorschläge dazu habe ich schon in der ersten Runde gemacht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bernhard Schätzle CDU – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Prima!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Wirtschaftsminister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe wirklich aufmerksam zugehört und insbesondere auch auf Vorschläge der Oppositionsredner verzweifelt gewartet.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gewartet, ja! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Verzweifelt? – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sind Sie so verzweifelt, dass Sie auf die Opposition warten?)

Ich habe einen hervorragenden Vorschlag gehört – Herr Dr. Prewo, das will ich ausdrücklich sagen –, nämlich dass tüchtige Ingenieure, tüchtige Naturwissenschaftler, tüchtige Techniker, die für unser Land auch in Zukunft wichtig sind, stärker in ein Schaufenster gestellt werden müssen, um ihnen Ehre anzutun. Das finde ich einen hervorragenden Vorschlag. Den will ich auch gern aufnehmen. Ansonsten, wenn es um Vorschläge geht, was die Technologiepolitik des Landes Baden-Württemberg angeht: von dieser Opposition absolute Fehlanzeige!

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Wenn Sie sagen, unsere Innovationspolitik sei richtungslos, dann will ich Ihnen entgegnen, dass es kein anderes Land gibt, das von Anfang an die Richtung so klar festgelegt hat. Das kann man in zwei Sätzen ausdrücken: Erstens: Wir machen Forschung, denn Forschung ist Umwandlung von Geld in Wissen. Zweitens: Wir machen Innovation, denn Innovation ist Umwandlung von Wissen in Geld.

Dieser Dreiklang – Forschung, um Wissen zu generieren, und aus Wissen wieder Geld, das heißt Produkte zu machen – ist die Grundlage für die Innovationspolitik des Landes Baden-Württemberg. Dieses magische Dreieck wird in Baden-Württemberg stärker und konsequenter vorangetrieben. Nur aus diesem Grunde ist es ja auch vorstellbar, dass die Erfolge dieser Innovationspolitik vorhanden sind.

Zwei Dinge sind dafür notwendig – da nenne ich Ihnen noch einige Gründe, weshalb ich auch dankbar bin, dass diese Debatte stattfindet –: Wir brauchen erstens für dieses magische Dreieck – der Wissenschaftsminister ist jetzt da – eine starke Hochschullandschaft, eine Forschungslandschaft. Diese haben wir zweifellos in Baden-Württemberg. Wir sind das mit Abstand hochschulreichste Land in Deutschland. Wir sind nicht an Einwohnerzahl das größte Land; da ist Nordrhein-Westfalen noch größer. Aber wir sind trotzdem das hochschulreichste Land in Deutschland mit einer wunderbar gegliederten Struktur: Universitäten, Fachhochschulen, Berufsakademien – in dieser Form nirgendwo anders erkennbar. Wir werden dies auch in der Zukunft fortsetzen. „Hochschulpakt 2020“ und „Hochschule 2012“ sind die beiden Stichworte, die gewissermaßen die Qualitätsproduzenten, die Qualitätsratgeber für diese Entwicklung sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn das die Qualitätsratgeber sind, dann gute Nacht!)

Diese Hochschulstruktur ist in Baden-Württemberg vorhanden.

Es ist schon zu Recht auf die Exzellenzuniversitäten hingewiesen worden. Meine Damen und Herren, wo leben wir denn eigentlich? Wenn wir jetzt offiziell bestätigt bekommen, dass von unseren neun Universitäten vier zu den besten in der Bun-

desrepublik Deutschland gehören, und Sie sich dann hinstellen und sagen: „Das ist alles Käse“, dann ist das eigentlich ein Anschlag auf das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Alles schlechtreden!)

Entscheidend ist, meine Damen und Herren: Wenn eine gute Hochschul- und Forschungsinfrastruktur dazu führt, dass wir Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt oder beim Europäischen Patentamt haben, und wenn das zur Folge hat, dass, auf die Einwohnerzahl bezogen, das Land Baden-Württemberg nicht nur die höchste Anzahl von Patentanmeldungen in Deutschland hat

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Reicht Ihnen denn die Anmeldung aus? Die Anmeldung reicht nicht aus!)

– passen Sie auf, was ich sage –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Umsetzung ist entscheidend! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wenn ich keine Anmeldung habe, kann ich sie auch nicht umsetzen!)

sondern diese Zahl sogar dreimal so hoch ist wie in den USA oder auch in Japan, dann ist das für sich genommen ein Erfolg. Aber natürlich haben Sie recht, Herr Schmiedel: Allein die Anmeldung von Patenten bringt noch keine neue Wertschöpfung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! Und in der Umsetzung sind wir nicht so stark!)

Es geht darum, dass diese Patente – was etwas über die Innovationskraft aussagt – natürlich auch umgesetzt werden müssen. Erst wenn sie umgesetzt werden, gibt das neue Wertschöpfung, gibt das letzten Endes auch neue Arbeitsplätze.

Genau das ist der zweite Grund, weshalb ich gesagt habe: Allein eine starke Hochschul- und Forschungslandschaft reicht nicht aus, um Marktführer in der Technologiepolitik zu sein. Wir brauchen zusätzlich gewissermaßen Brücken, um diese Grundlagenforschungsergebnisse in neue, marktfähige Produkte und Dienstleistungen umsetzen zu können.

Auch hier ist Baden-Württemberg gut aufgestellt. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Sie kennen den Anteil von 4,2 %. Damit sind wir nun einmal Weltmarktführer. Sie wissen z. B., dass jeder vierte Arbeitsplatz, den die Fraunhofer-Institute in Deutschland vergeben, in Baden-Württemberg angesiedelt ist. Sie wissen, dass im FuE-Bereich inzwischen jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland in Baden-Württemberg angesiedelt ist.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Das alles sind hervorragende Daten, die auch ganz eindeutig beweisen, dass wir da auf dem richtigen Weg sind. Wir brauchen uns da wirklich vor niemandem zu verstecken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nur, meine Damen und Herren, es nützt überhaupt nichts – Kollege Dr. Rülke hat das dankenswerterweise richtig gesagt –, wenn wir als Baden-Württemberger uns heute hier hinstellen und uns loben. Das ist zwar alles richtig, aber unsere Politik muss darauf abzielen, dass wir die Spitzenposition im Technologie- und Innovationsbereich nicht nur im Jahr 2008 haben. Vielmehr wollen wir auch noch in 20 Jahren die Nummer 1 sein. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir können dieses Ziel erreichen, wenn wir genau diese Politik – von wegen „Richtungslosigkeit“! – fortsetzen. Sie war erfolgreich. Ich will Ihnen dies nur mit einer einzigen Zahl verdeutlichen. Sie stammt übrigens nicht von mir, sondern sie ist verbürgt,

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

durch wissenschaftliche Institute abgesichert. 6 % der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland schaffen es innerhalb von zwei Jahren, zu einem völlig neuen Produkt oder zu einer völlig neuen Dienstleistung zu kommen. In Baden-Württemberg sind es aber 15 % der Unternehmen. Sie sehen allein an dieser Zahl, dass die Innovationskraft der baden-württembergischen Unternehmen – bedingt durch die Infrastruktur, von der ich gesprochen habe – zweifellos stärker ist als die von Unternehmen anderswo.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Wenn Baden-Württemberg auch in der Zukunft noch diese Spitzenposition halten will, dann muss genau diese Innovationskraft der baden-württembergischen Wirtschaft erhalten bleiben. Ich will, dass diese auch noch in 20 Jahren vorhanden ist. Ich will, dass Baden-Württemberg auch in 20 Jahren noch die Nummer 1 in diesem Bereich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb haben wir uns überlegt: Was müssen wir eigentlich tun? Welche Voraussetzungen müssen wir schaffen, damit wir dieses Ziel erreichen können?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Jetzt kommt’s!)

Kollege Frankenberg ist anwesend. Er wird vielleicht noch etwas zum Thema Hochschulen sagen. Aber das ist im Augenblick nicht das entscheidende Thema. Mir geht es, wie Sie verstehen werden, um den Technologietransfer. Den Technologietransfer zu bewerkstelligen ist die Aufgabe des Wirtschaftsministers.

Dabei gibt es zwei Punkte, die ich jetzt nur in aller Kürze ansprechen kann.

Der erste Punkt ist: Wir haben in den letzten Jahrzehnten in Baden-Württemberg in der Tat 29 wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen geschaffen, die im Grunde Transferstellen sind, die im Grunde die Brücken sind, über die man gehen muss, wenn man von Grundlagenforschungsergebnissen hin zu neuen Produkten kommen will. Diese 29 Einrichtungen waren

das Saatgut, das wir in der Vergangenheit ausgebracht haben. Das war der Hebel zum Erfolg.

Diese 29 Forschungsinstitute kommen in die Jahre; das muss man wissen. Es wird in der nächsten Zeit darauf ankommen, dass wir diese Forschungsinstitute für die Zukunft fit machen. Das ist mit Kosten verbunden; auch das muss man wissen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wie?)

Es geht im Wesentlichen um die Fraunhofer-Institute, die beim Wirtschaftsministerium angesiedelten baden-württembergischen Forschungsinstitute, die Helmholtz-Institute. Sie kennen sie alle. Das sind hoch qualifizierte Institute, die bei jeder Evaluation hervorragend abschneiden; das ist gar keine Frage. Aber sie kommen auch in die Jahre. Da muss saniert werden, da müssen zum Teil neue Forschungsschwerpunkte gesetzt werden, da müssen neue Akzente gesetzt werden; auch das ist völlig klar.

Wir haben einmal grob ausgerechnet: Wir müssten für die nächsten sieben bis acht Jahre rund 200 Millionen € in die Hand nehmen, um diese Institute fit zu machen. Jetzt bedeutet das nicht, dass die gesamten 200 Millionen € vom Land Baden-Württemberg aufgebracht werden müssten. Sie müssen da natürlich die Anteile des Bundes abziehen. Er ist ja genauso beteiligt. Sie müssen die EFRE-Mittel, von denen wir gesprochen haben, abziehen. Gott sei Dank ist das Wirtschaftsministerium gut mit EFRE-Mitteln ausgestattet. Es kann noch besser werden, aber immerhin, wir haben den größten Teil bekommen. Damit ist deutlich, dass diese EFRE-Mittel in den Forschungsbereich hineingehen. Wenn Sie die EFRE- und Bundesmittel abziehen, dann kommen Sie auf einen Betrag von rund 80 Millionen €, den Baden-Württemberg bis zum Jahr 2014, 2015 an Landesmitteln aufbringen muss. Wir versuchen, bis zum Jahr 2011 jedes Jahr rund 15 Millionen € aus Landesmitteln aufzubringen, um diese Institute fit zu machen.

Das ist unser Problem. Da gebe ich Ihnen recht. Nur, mit Richtungslosigkeit, lieber Herr Dr. Prewo, hat das überhaupt nichts zu tun. Diese Einrichtungen sind fit, sie sind absolut top, gerade auch in ihrer Brückenfunktion. Das wird Ihnen jeder bestätigen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gehen Sie einmal nach Denkendorf!)

Deshalb werden wir diesen Weg gehen müssen. Da kann ich Sie nur um Unterstützung bitten, damit wir diesen Weg tatsächlich gehen können. Das ist das eine, was wir machen müssen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Schmiedel.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Der Herr Präsident wollte es ja eigentlich nicht!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Minister, dass mehr Geld in diese Transfers fließen soll, ist löblich. Wir warten dann auf die konkreten Summen. Aber Geld allein ist es nicht. Es ist auch das notwendig, was Kollege Prewo mit der „mangelnden strategischen Ausrichtung“ angesprochen hat. Dazu möchte ich eine konkrete Frage stellen. Sie haben u. a. die Helmholtz-Gesellschaften gelobt. Ich war neulich im Krebsforschungszentrum in Heidelberg: eine tolle, international renommierte Forschungsinstitution, die nach eigener und auch nach internationaler Einschätzung in der Grundlagenforschung durchaus vergleichbar mit den amerikanischen Forschungsinstituten, möglicherweise sogar besser ist, die in der anwendungsorientierten Forschung allerdings zurückfällt und, was die Umsetzung ihrer Patente anbelangt, zu 100 % auf Amerika angewiesen ist. Ich frage Sie jetzt einmal ganz konkret, was Ihre Strategie ist, um aus dem Potenzial, das wir hier in Heidelberg haben, tatsächlich Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Die Strategie muss ganz eindeutig folgende sein: Wir haben Einrichtungen, die Grundlagenforschung betreiben. Die brauchen wir auch. Wir haben dann die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen. Die machen nichts anderes, als der Wirtschaft – ich will es jetzt einmal verkürzt formulieren –, den Unternehmen zu helfen, die Grundlagenforschungsergebnisse so umzuwandeln, dass daraus ein Produkt bzw. eine Dienstleistung werden kann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es geht zu 100 % nach Amerika! – Gegenruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Genau diese Strategie werden wir fahren. Sie war in der Vergangenheit ja auch richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Es kommt ein zweites Problem hinzu. Wir waren in der Technologiepolitik – ich verkürze jetzt einmal – bisher immer der Meinung: Innovation, Umsetzung, Technologiepolitik ist eine Angelegenheit der großen Firmen und der mittelgroßen Firmen, aber ist keine vornehmliche Angelegenheit der kleinen Unternehmen. Das ist eine falsche Position, wie wir in der Zwischenzeit wissen. Sie kann auch nicht aufgehen. Das hängt schon damit zusammen, dass ein großer Teil der baden-württembergischen Unternehmen eben kleinere Unternehmen sind. Sie wissen das: 95 % der Unternehmen haben weniger als 50 Beschäftigte, 97 % haben weniger als 250 Beschäftigte. Ich sage Ihnen: Wenn wir als Land Baden-Württemberg weiter massiv Innovationspolitik betreiben wollen – und das müssen wir; es bleibt uns gar nichts anderes übrig –, dann wird dies nur möglich sein, wenn wir diese kleinen Firmen mitnehmen. Da darf keine verloren gehen. Wir müssen auch die kleinen Firmen in diese Innovationspolitik mit hineinnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

Deshalb habe ich gesagt: Wir brauchen hier auch neue Instrumente, um diesen kleinen Firmen zu helfen, die in der Regel keine Forschungseinrichtungen haben. Denen müssen wir helfen. Das ist der Grund, weshalb wir neue Instrumente wie z. B. das Innovationscoaching entwickelt haben. Wir bieten kon-

krete Hilfen für diese kleinen Firmen, sei es in Form von Innovationsassistenten – finanziert übrigens aus ESF-Mitteln, das kann man nicht mit Landesmitteln vergleichen –, sei es in Form von Gutscheinen, die wiederum aus originären Haushaltsmitteln finanziert werden. Aber das ist ja letzten Endes auch egal. Wichtig ist, dass wir diesen kleinen Firmen helfen, und das tun wir, und zwar sehr konkret.

Ich bin froh darüber, dass bei den Innovationsgutscheinen immerhin 30 % der jetzt zum ersten Mal ergangenen Bewilligungen dem Handwerk zugutekommen. Wo hat es das jemals gegeben, dass das Handwerk in dieser Größenordnung an der Innovationspolitik beteiligt worden ist?

Das ist also eine weitere wichtige Antwort auf die Frage, die Herr Kollege Dr. Prewo gestellt hat: In welche Richtung wollt ihr gehen? Ich will ausdrücklich, dass auch die kleinen Unternehmen in Baden-Württemberg, dass auch Handwerksbetriebe und kleine Industriebetriebe auf dem Weg in die Innovationspolitik nicht alleingelassen, sondern mitgenommen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Thomas Blenke CDU)

Dritter Punkt: Das Thema Clusterpolitik passt in diesen Zusammenhang natürlich hinein. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen; Sie kennen die Zusammenhänge. Baden-Württemberg ist in der Clusterpolitik deshalb so erfolgreich, weil wir schon in der Vergangenheit Netzwerke geschaffen haben. BIOPRO ist ein Beispiel. Wenn im Wettbewerb der Gesundheitsspitzencluster von 20 Anträgen aus der Bundesrepublik Deutschland etwa acht aus Baden-Württemberg mit von der Partie sind und wenn – morgen wird darüber entschieden – von den bundesweit zwölf Spitzenclustern, die nach der Vorauswahl übrig geblieben sind, fünf aus Baden-Württemberg kommen – Sie kennen das alle –, dann ist das der beste Beweis dafür,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Zahlen lügen nicht!)

dass bei uns Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, große Unternehmen und kleine Unternehmen in einer Art und Weise verknüpft sind, wie es nirgendwo anders in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist. Auch dies ist eine Voraussetzung dafür, dass wir wirtschaftlich so gut dastehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Thomas Blenke CDU)

Es bleibt meine letzte Sorge: Dies alles wird nur funktionieren, wenn wir auch die notwendige Anzahl von Fachkräften haben. Das ist leider wahr. Dabei spreche ich nicht nur von Akademikern, sondern auch von Kräften, die aus der dualen Ausbildung kommen. Wenn sie fehlen, ist das die größte Wachstumsbremse; darauf habe ich hingewiesen.

Wir haben eine Rekordzahl an Ausbildungsplätzen gehabt und werden diese Entwicklung in der Zukunft fortsetzen müssen. Allein schon der demografische Wandel wird dafür sorgen. Schon in 15 Jahren werden in Baden-Württemberg 580 000 Arbeitskräfte weniger zur Verfügung stehen. Wir müssen deshalb jeden nur möglichen Ausbildungsplatz noch zusätzlich generieren. Kein Jugendlicher darf im Grunde mehr ohne eine Ausbildung ins Leben entlassen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir müssen daran denken, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie so gut ausgebildete Frauen gegeben hat. Auch auf dieses Potenzial können wir überhaupt nicht mehr verzichten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das konnten wir noch nie!)

Es muss endlich auch Schluss sein mit dem Jugendwahn. Die Zeiten, in denen mit Milliardenbeträgen über Jahre hinweg alles getan wurde, um 55-Jährige so schnell wie möglich in den Vorruhestand zu befördern, müssen vorbei sein. Das können wir uns in der Zukunft nicht mehr erlauben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Prewo?

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Bitte.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Minister, die Innovationsgutscheine erinnern mich ein bisschen an Kinderbetreuungsgutscheine.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Beides gut! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Haben Sie nicht auch das Gefühl, dass die Landesregierung besser nicht in einer derart gouvernantenhaften Weise auf die kleinen und mittleren Unternehmen zugehen sollte? Wenn ein kleiner oder mittlerer Unternehmer bis zu 7 000 € bekommen will, um Know-how einzukaufen, muss er zum Wirtschaftsministerium gehen und einen Antrag stellen. Die Beamten prüfen, ob er etwas Innovatives macht. Ist das Innovationspolitik? Oder könnte es sein, dass auch der Wirtschaftsminister ab und zu gern einmal die Spendierhosen für die kleinen und mittleren Unternehmen anzieht?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wer soll es denn sonst machen? Der Oberbürgermeister? – Unruhe)

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Lieber Herr Dr. Prewo, Gott sei Dank ist es so, dass der Köder dem Fisch schmecken muss und nicht dem Angler – und erst recht nicht Dr. Prewo.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb: Machen Sie sich da einmal keine Sorgen. Was Sie persönlich denken und was ich persönlich darüber denke, ist überhaupt nicht entscheidend. Entscheidend ist, ob wir ein Instrument gefunden haben, das in diesem Zusammenhang der Innovationspolitik ankommt, und zwar bei denjenigen, die ich beschrieben habe: bei den kleinen Unternehmen. Wir machen das absolut unbürokratisch – ich erkläre es Ihnen nachher –

(Minister Ernst Pfister)

mit ganz, ganz geringem Aufwand. Da entsteht überhaupt keine Bürokratie.

Entscheidend ist, dass es bei den Handwerksunternehmen ankommt. Wir haben ja erst jetzt, am 1. März, begonnen; das Programm ist noch kaum bekannt. Trotzdem hat es auf Anhieb 140 Nachfragen gegeben, von denen wir jetzt in einer ersten Tranche – zum 31. Mai, glaube ich – die ersten knapp 100 Anträge positiv beschieden haben. Das heißt, dieses Programm wird angenommen, und wenn es angenommen wird, dann gehe ich auch davon aus, dass es wirksam ist.

Sie können das auch daran ersehen, dass inzwischen Bayern, Nordrhein-Westfalen und auch andere Bundesländer dieses Programm übernehmen werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir sind das erste Bundesland in Deutschland, das es gemacht hat. Das ist ein über zwei Jahre laufender Modellversuch. Man wird sehen, was dabei herauskommt. Warten wir es einmal ab.

Der entscheidende Punkt ist: Es ist ein deutlicher Hinweis in die richtige Richtung, auch die kleinen Unternehmen mitzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann überhaupt nicht verstehen, wie man sich hier hinstellen und dieses Land Baden-Württemberg, was die Technologiepolitik, die Hochschulpolitik und die Innovationspolitik angeht, so schlechtmachen kann, ohne dass man das mit einem einzigen Satz begründen könnte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war doch der Menno Harms! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich kenne den Kollegen Harms sehr gut. Ich kenne ihn sehr gut!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und nun? Er gehört doch zu Ihnen und nicht zu uns!)

Wenn Sie ihn im Innovationsrat hören würden, würden Sie mir zustimmen, wenn ich Ihnen sage: Niemand arbeitet so begeistert mit, wie es der Kollege Harms tut.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Lesen Sie keine Zeitung?)

Er ist einer der besten Köpfe, die wir haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also! Nicht kritisieren! Das ist ein Europäer!)

Deshalb wird der Innovationsrat auch wegen ihm ein ganz großer Erfolg sein.

Meine Damen und Herren, hören Sie bitte auf, dieses Land so schlechtzumachen! Dafür gibt es überhaupt keinen Grund.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Gerade in der Technologiepolitik und in der Innovationspolitik braucht sich dieses Land absolut nicht zu verstecken. Wir sind spitze, wir haben einen Spitzenplatz, aber wir müssen auch alles tun, damit wir diesen Spitzenplatz für die nächsten 20 Jahre bewahren können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Packen wir es an!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Massensterben von Honigbienen in der Rheinebene und Pestizideinsatz – Drucksache 14/2698

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Bienensterben im Land im Jahr 2008 – Drucksache 14/2722

c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Bienensterben in Baden-Württemberg – Drucksache 14/2742

Zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2722, muss ich noch den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2789, aufrufen.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a bis c jeweils fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wer wünscht von der Fraktion GRÜNE das Wort? – Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir fragen uns alle: Was sind die Ursachen des Bienensterbens, einer veritablen Katastrophe? Wer trägt dafür die Verantwortung, und was sind die tieferen Gründe für diese Katastrophe? Die bisherigen Antworten des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum sind schlicht: Schuld ist die Technik; es hat irgendetwas nicht geklappt beim pneumatischen Ausbringen eines bei richtiger Anwendung ungefährlichen Mittels. Notfalls ist dann noch die Saatgutindustrie mitverantwortlich, weil der Kleber, der das Pestizid am Saatgut halten soll, nicht richtig funktioniert hat. Der Minister selbst spielt den Pontius Pilatus. Ganz zu Unrecht:

(Beifall bei den Grünen)

Bienensterben und Pestizide im Maisanbau, Herr Minister, sind nicht nur irgendeine Panne, nein, das steht exemplarisch für die verfehlte Agrarpolitik des Landes.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben in der „Mittelbadischen Presse“ vom 21. Mai gesagt:

Mit Methoden wie vor 300 Jahren ernähren wir keine 4,5 Milliarden Menschen mehr.

(Winfried Kretschmann)

Abgesehen davon, dass jetzt schon 6,7 Milliarden Menschen auf der Erde leben, fragt man sich: Was soll das eigentlich heißen? Das heißt doch, ein Landbau ohne chemische Pestizide, der Ökolandbau, ist etwas für ein paar Idealisten, die in einer Welt wie vor dreihundert Jahren leben. Die Botschaft lautet: Für die Welternährung braucht man Gift und Gentechnik.

Das ist offensichtlich die wahre Position der Landesregierung und der sie tragenden Parteien. Das zeigt, dass Sie Ihre Agrarpolitik in Jahrzehnten nicht wirklich weiterentwickelt haben.

(Beifall bei den Grünen)

Mit dem Verweis auf die Zeit vor dreihundert Jahren begründen Sie, Herr Minister Hauk, nicht nur die Notwendigkeit des Pestizideinsatzes, sondern „weigern sich," – ich zitiere – „weitreichendere Folgen zum Bienensterben aufzustellen".

Dass Ihre Politik nicht auf der Höhe der Zeit ist, bestätigt der neueste Bericht des Weltagrarrats, den Sie offensichtlich nicht wahrhaben wollen. Der Weltagrarrat, der von der WHO und der Weltbank eingesetzt wurde – man kann also beim besten Willen nicht behaupten, er sei von Grünen besetzt worden –, kam unter Beteiligung von Experten auch aus Europa zu Folgerungen, die mit unseren Folgerungen völlig identisch sind: Mehr Ökolandbau und kleinteilige Landwirtschaft sichern Unabhängigkeit und stabile Strukturen; die industrialisierte Landwirtschaft gefährdet Umwelt und Arbeitsplätze.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Minister, auch das Bienensterben hat eine internationale Dimension, denn im März gab es tote, mit Clothianidin belastete Bienen in Italien, im April gab es dazu heftige Debatten in Slowenien und Frankreich. Während schon entsprechende Untersuchungsergebnisse aus Italien vorlagen, haben Sie offensichtlich daran gezweifelt, dass das Bienensterben darin seine Ursache habe. Es fehlt Ihnen jegliches Gespür dafür, wann ein Frühwarnsystem in Gang gesetzt werden muss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir fordern Sie auf, Herr Minister, das zu tun, was Sie offensichtlich nicht wollen, nämlich endlich weitreichende Folgerungen aus dem Bienensterben zu ziehen. Realisieren Sie, und zwar offensiv, ein Pestizidreduktionsprogramm.

(Beifall bei den Grünen)

Realität im Jahr 2008 ist, dass wir Sie am 7. Mai mit unserem Antrag aufgefordert haben, sich für ein Einsatzverbot des hochgiftigen Clothianidins einzusetzen. Realität ist weiterhin, dass das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit am 15. Mai das Ruhen der Zulassung anordnete. Von Ihnen war dazu in der ganzen Zeit konkret nichts zu hören.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Christoph Bayer SPD)

Noch schlimmer: Es war das Land, das im Kreis Lörrach und im Ortenaukreis wegen des Maiswurzelbohrers die Beizung des Maissaatguts per Allgemeinverfügung gefordert und für andere Kreise dringend empfohlen hat. Den richtigen Weg zeigt übrigens die Schweiz, denn dort setzt man in der gleichen Situation auf die richtigen Fruchtfolgen statt auf Gifteinsatz. Herr Minister, das sind eben die beiden Wege der Agrarpolitik. Gehen Sie, wie Sie es offensichtlich wollen, hin zu Maismonokulturen, oder geht es in die Richtung biologische Vielfalt?

Was Pestizide betrifft, haben wir Grünen bereits 1984, also vor einem Vierteljahrhundert, von der Landesregierung einen Stopp bienengefährlicher Insektizide gefordert. Das war vorgestern DDT, gestern Endrin und Lindan und heute Clothianidin. Es heißt immer, es ist ungefährlich – bis dann die Katastrophe passiert. Es ist immer dasselbe Strickmuster.

Seit Mitte der Neunzigerjahre haben die Beamten Ihres Hauses auf den Fachveranstaltungen durchaus von diesen Bienenschäden durch Nervengifte gehört, die beim Beizen eingesetzt wurden. Es war also klar, dass im Sinne des Vorsorgeprinzips etwas hätte getan werden müssen. In dieser Situation haben Sie einen der wichtigen Eckpfeiler der Umweltpolitik nicht beachtet, der da heißt Vorsorge.

Was bieten Sie jetzt den Imkern an? Zinslose Darlehen. Ich weiß nicht, wer Sie in solchen Fragen berät. Ein total geschädigter Imker braucht Schadensersatz und keine zinslosen Darlehen!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nun droht unter Umständen ein weiterer Schaden im Obstbau wegen fehlender Bestäubungen.

Ich frage Sie: Wollen Sie weiterhin – ich sage das exemplarisch – in Maismonokulturen, Monsanto-Monopole gehen, also einen Weg gegen die Natur gehen? Ist das Ihr Weg? Wollen Sie für Bienen – das heißt ja übersetzt: für biologische Vielfalt – stehen und die Landwirtschaft dorthin entwickeln, oder halten Sie das immer noch für das Konzept von vor 300 Jahren? Das ist die Frage, um die es hier geht. Sie formulieren einen Anspruch auf Genuss und Genießerland und setzen gleichzeitig auf Gentechnik und Gifteinsatz. Ihre CSU-Kollegen haben unter dem Eindruck der drohenden Abwahl schon die richtigen Konsequenzen gezogen und setzen auf ein gentechnikfreies Bayern.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Herr Minister, Ihre falsche Agrarpolitik und Ihr Verhalten beim Bienensterben zeigen exemplarisch auf: Sie wollen an den Symptomen herumkurieren. Damals haben Sie den Imkern empfohlen, sie sollten ihre Bienenstände hoch oben in den Schwarzwald verlagern, statt dass Sie, wie Ihr Vorvorgänger es in einer ähnlichen Situation gemacht hat, das Pflanzenschutzgesetz umsetzen. Das erlaubt Ihnen nämlich, einzelne Wirkstoffe für bestimmte Anwendungen zu verbieten. Das haben Sie nicht gemacht.

Ich zitiere zum Schluss aus der „Badischen Zeitung" vom 31. Mai 2008. Da heißt es:

> *Während der Bund Milliarden für Biovielfalt verspricht, sterben in der Rheinebene die Bienen wie die Fliegen.*

(Winfried Kretschmann)

Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) meistert die Krise wenig souverän. Sie stellt seine Agrarpolitik, die zu sehr auf Chemie setzt, infrage.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Das trifft den Nagel auf den Kopf.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Wir beraten drei Anträge. Als Redezeit sind für die Begründung der Anträge jeweils fünf Minuten und in der Aussprache fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Die Kollegen, die die Gesamtredezeit bereits bei der Antragsbegründung ausschöpfen, haben in der Aussprache keine Redezeit mehr. Darauf wollte ich nur hinweisen.

Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abg. Bayer das Wort.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorsitzende des Landesverbands Badischer Imker hat auf dem Höhepunkt der Krise – es ist noch gar nicht so lange her – im „Deutschlandfunk“ Folgendes gesagt – ich zitiere –:

Wir haben überall ein Massensterben an Honigbienen, eine Umweltkatastrophe Nummer 1, und keiner reagiert, weil gesagt wird, wir müssen jetzt erst mal abwarten, bis wir knallharte Fakten haben. Das heißt, die lassen einfach weitersterben, ... der Minister taucht auch nicht vor Ort auf, sondern gibt Presseerklärungen vom fernen Stuttgart ab, das ist die Tragik, die wir jetzt als Imker breitbändig in der Rheinebene erleben.

Inzwischen – der Minister war inzwischen mehrfach vor Ort – sind zwei Drittel der Bienen zwischen Lörrach und Karlsruhe verendet. Man weiß: Seit Jahren belastet die Varroa-Milbe mit den Infektionen und den Krankheiten, die damit zusammenhängen, die Honigbienen und natürlich die Imker und dezimiert die Bienenbestände Jahr für Jahr über die Wintermonate. Nicht wenige Imker haben sich deswegen überlegt, ob sie überhaupt weitermachen. Die Überalterung bei den Imkern ist dramatisch: 52 % der Imker sind über 62 Jahre. Deswegen hat man überall überlegt, wie die Imkerei zu fördern ist, wie die Bienenhaltung gefördert werden kann.

Ausgerechnet in dieser Situation geschah das, was die Imker mit den Worten „Umweltdrama“, „tickende Zeitbombe“ oder „Naturkatastrophe“ bezeichnet haben. Es ist zu einem Schaden gekommen, wie man ihn sich in diesem Bereich zuvor fast nicht hatte vorstellen können, einem Schaden in zweistelliger Millionenhöhe. Und das, meine Damen und Herren, geschah – das ist der entscheidende Punkt – durch behördliche Anordnung. In der gut gemeinten Absicht, den neu aufgetretenen Maiswurzelbohrer massiv zu bekämpfen und seine Ausbreitung zu verhindern, wurde das Beizmittel Clothianidin beim Maissaatgut eingesetzt, und zwar in einer extrem hohen Konzentration. Nicht nur die Naturschutzverbände in Deutschland hatten schon Wochen zuvor gewarnt. Aber das alles hat die Regierungsstellen nicht angefochten und hat sie nicht davon abgehalten, den Landwirten im Landkreis Lörrach und im Ortenaukreis sogar noch vorzuschreiben, ausschließlich das mit diesem Wirkstoff gebeizte Maissaatgut einzusetzen.

(Zuruf von der SPD: Oje!)

Die Folgen für die Imker: ein Supergau im Oberrheingraben, der doch eigentlich ein Eldorado für Bienen ist. Die Landesregierung antwortete auf diese Katastrophe, indem sie über Wochen hinweg das Bienensterben zu einem „unerklärbaren Rätsel“ erklärte.

Natürlich – das weiß ich auch –: Der nicht fachgerechte Einsatz dieses Mittels hat auch zu beträchtlichen Verwehungen und zur Verteilung des Giftes geführt.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Hört, hört!)

Natürlich waren auch Trockenheit und Windrichtung Problemfaktoren.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ist der Minister dafür auch verantwortlich?)

– Dafür ist er nicht verantwortlich.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Aha!)

Aber ich komme gleich noch dezidiert zu der Frage, in welcher Hinsicht er verantwortlich ist. Es hat nämlich an grundsätzlichen Warnungen schon seit langer Zeit nicht gefehlt. Frankreich hat das Gift bereits 2004 verboten, und aus Italien lagen umfangreiche Problemberichte vor.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Hört, hört!)

Deswegen handelt es sich bei diesem Supergau nicht etwa um höhere Gewalt, sondern es handelt sich um ein konkretes Versagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Erstens war dies ein grundsätzliches Versagen auf der landwirtschaftspolitischen Ebene. Hier geht es um die Frage: Was für eine Landwirtschaft wollen wir? Wollen wir wirklich eine Landwirtschaft, die auf Monokulturen und industrielle Produktion setzt, mit allen hierfür notwendigen Insektizideinsätzen, bei vorhersehbarem ökologischem Risiko?

Zweitens war es ein Versagen auf der technischen Seite; hier waren technische Unzulänglichkeiten maßgeblich. Die Haftfähigkeit des Giftes hat offensichtlich nicht gestimmt, und die Abdrift wurde seitlich herausgeblasen.

Drittens jedoch, Herr Minister, geht es um die konkrete politisch-administrative Verantwortung. Diese Verantwortung liegt bei der Landesregierung, und zu ihr muss sie auch stehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Diese Verantwortung, meine Damen und Herren, bezieht sich nicht nur auf den Honig oder auf die paar Imker, auf die betroffenen Bienen bzw. Bienenvölker, sondern auf gesamtökologische Zusammenhänge. Die Honigbienen sind bekanntlich die entscheidenden Bestäuber in unseren Obstbeständen. Ohne Bienen gibt es keinen Fruchtansatz. Welche Folgeschäden

das Bienensterben an Rhein und Bodensee für die dortigen Obsterzeuger hat, ist derzeit noch völlig unklar. Wenn durch das verdriftete Gift momentan ganze Bienenvölker absterben, dann kann man sich relativ leicht ausmalen, welche Wirkung dieses Gift auf zahlreiche andere Tiere hat – Wildinsekten, Amphibien, Reptilien, Kleinsäuger oder auch Vögel.

(Minister Peter Hauk: Das ist unglaublich!)

Alle Welt und auch Sie haben in den letzten Wochen von Biodiversität und von Artenvielfalt geredet. Das Land gibt schöne Broschüren heraus, und der Minister setzt sich ehrgeizige Ziele. Das ist auch gut so. Besser allerdings wäre es, wenn sich das auch im harten Alltag der Politik wiederfinden ließe.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben, meine Damen und Herren, einen Minister für Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz. Sobald es aber um die Abwägung zwischen divergierenden Ansprüchen und Zielen geht, zeigt sich der klassische Landwirtschaftsminister alter Prägung, fest an der Seite der Agrarlobby und der Wirtschaft. Der Natur- und Verbraucherschutz ist dann relativ zweitrangig. Ich sage es einmal drastisch:

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wie lange hat der noch Redezeit?)

im Zweifel für die Giftspritze, im Zweifel für die Holzhammermethode. Ich erinnere hier nur an die Maikäferbekämpfung bei Karlsruhe, an die Nacht- und Nebelaktion gegen die Kormorane – die noch nicht einmal erfolgreich abgeschlossen werden konnte – oder nun an die völlig verunglückte Aktion gegen den Maiswurzelbohrer.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh!)

Immer wird die Beeinträchtigung der Natur, die mit solchen Eingriffen einhergeht, eher kleingeredet und unterschätzt, und das Naturschutzrecht wird, um Eingriffe überhaupt rechtfertigen zu können, sehr großzügig ausgelegt – ein Vorgehen, das zu den proklamierten Artenschutzzielen definitiv nicht passt.

Albert Einstein wird der Satz zugeschrieben: „Erst stirbt die Biene, dann der Mensch.“ Diese Verknüpfung mit Einstein ist vermutlich falsch.

(Minister Peter Hauk: Genau!)

Richtig ist aber, dass die Bienen ein wichtiger und sehr sensibler Indikator für funktionierende Ökosysteme sind, für Systeme, die wir nicht völlig der Markt- und der Profitlogik unterordnen dürfen. Auch hierzu, meine Damen und Herren, sollte uns das Bienensterben ermahnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Denn eines ist doch auch klar: Im Hintergrund stehen Profitinteressen. Der Präsident des Deutschen Berufs- und Erwerbs-Imker-Bunds, Manfred Hederer, hat das so ausgedrückt:

> *Es geht um Patente und Renditen. Die großen Wirtschaftsunternehmen, die solche Insektengifte herstellen, lenken die Politik und die Forschungsanstalten. Es wird gelogen und geschoben.*

Man mag diese drastische Einschätzung nun in vollem Umfang teilen oder auch nicht; klar ist: Minister Hauk hat definitiv zu spät, nicht ausreichend, fahrig und zaudernd reagiert. Er hat sich nicht aus eigener Kraft dazu durchringen können, im Zweifel Maßnahmen für die Verbraucher und gegen die Chemieindustrie zu ergreifen. Die Notbremse haben andere gezogen.

(Minister Peter Hauk: Wer?)

Man mag ein solches Handeln, wie die Presse das getan hat, „Skandalreigen“ nennen. Ich möchte nicht so weit gehen. Man mag vielleicht auch so weit gehen wie manche Betroffenen – ich habe viele Imker besucht –, die von Minister Hauk als „Bienenkiller“ sprechen. Aber, meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass vonseiten der Regierung so getan wird, als würde man sich auf die Seite der Imker stellen, indem man zinslose Darlehen in Aussicht stellt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das nützt ihnen doch gar nichts!)

wo es doch um den berechtigten Schadensersatzanspruch gehen muss. Das jetzt vernünftig zu managen, Herr Minister Hauk, zumindest das ist Ihre Aufgabe. Hic Rhodus, hic salta! Ich übersetze das jetzt einmal sehr frei: „Hier ist die Herausforderung, jetzt aber ran!“

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir zeigen in unserem Änderungsantrag einige Schritte auf. Wir wollen erreichen, dass der Schaden für die betroffenen Imker so gering wie möglich ausfällt und die Imkerei insgesamt nicht weiter geschwächt wird. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden und beim Schadensersatz in Vorleistung zu treten. Weiter meinen wir, dass Mittel und Beratungskompetenzen aufgewendet werden müssen, um zügig den Wiederaufbau der vernichteten Bienenstände zu ermöglichen. Drittens möchten wir, dass umgehend auch mögliche weitere Schäden ermittelt werden, nämlich Schäden am Obstbau, bei den Wildbienen, Hummeln und sonstigen Wildtieren in den betroffenen Regionen.

Deswegen, Herr Minister Hauk: Hic Rhodus, hic salta!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Immer, wenn man nicht mehr weiter weiß, spricht man lateinisch!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zur Begründung des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2742, erteile ich Herrn Abg. Rombach das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Jetzt kommt der Beste!)

Abg. Karl Rombach CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Herr Bayer, gern knüpfe ich, was die Reihenfolge angeht, nahtlos an Ihre Rede an. Ich sage Ihnen aber deutlich: Weder im Ton noch im Inhalt kann ich mich Ihnen anschließen. Ich kann in der Sache nur ebenfalls auf das

(Karl Rombach)

Zitat von Albert Einstein eingehen. Das war zu Beginn meiner Rede ohnehin geplant. Ich zitiere:

> *Wenn die Biene einmal von der Erde verschwindet, hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben. Keine Bienen mehr, keine Bestäubung mehr, keine Pflanzen mehr, keine Tiere mehr, kein Mensch mehr.*

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! – Abg. Christine Rudolf SPD: Wer hat das gesagt?)

Meine Damen und Herren, Bienen sind also lebenswichtig. Wie positiv sie in unserer Gesellschaft wahrgenommen werden, zeigt sich in unserem Wortschatz an Ausdrücken wie „flotte Biene“ oder „fleißig wie eine Biene“.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wird Zeit, dass wir Mittagspause machen! – Unruhe)

– Meine Damen und Herren, das ist nicht zum Lachen. – Es muss alles, was möglich ist, getan werden, um das Überleben der Bienen zu sichern. Es gilt, das Bienensterben in den letzten Wochen, das nun Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist, rückhaltlos aufzuklären, was im Übrigen – diesen Hinweis habe ich vorhin vermisst – von unserem Landwirtschaftsminister Peter Hauk ausdrücklich zugesichert und bereits veranlasst wurde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Vorweg ein paar Zahlen. Weltweit haben wir Tausende von Bienenarten. Man spricht von 20 000 Arten. In Deutschland sind etwa 500 Arten heimisch. Sie werden von rund 90 000 Imkern in 900 000 Bienenvölkern gehalten. Im Laufe der Entwicklungsgeschichte haben sich Bienen und Blütenpflanzen gemeinschaftlich entwickelt und gegenseitig gefördert. Indem Bienen die Pollen von Pflanze zu Pflanze weitertrugen, verbesserten sie deren Fortpflanzungschancen. Mit der Zeit passten sich die Bienen und Blütenpflanzen immer stärker einander an und haben zu ihrem gegenseitigen Nutzen Lebensgemeinschaften gebildet.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Heutzutage, meine Damen und Herren, sind viele Pflanzen insektenbestäubend, das heißt, sie sind für ihre Bestäubung und damit für ihre Vermehrung auf Insekten angewiesen.

(Zurufe der Abg. Bärbl Mielich und Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Ich möchte anhand dieser Zahlen und Fakten also darauf hinweisen, wie lebenswichtig die Bienen und Insekten für uns Menschen sind. Gerade weil wir als CDU-Abgeordnete in Regierungsverantwortung uns dessen bewusst sind, gehen wir diesem Thema ausschließlich sachgerecht und nicht emotional nach.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist der richtige Weg! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So muss es sein, Karl!)

Nicht nur Wildpflanzen, sondern auch Nutzpflanzen sind auf die Bestäubung ihrer Blüten angewiesen, meine Damen und Herren. Ohne die Bestäubung durch die kleinen geflügelten Helfer würde kein Samenkorn gedeihen

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

und könnten sich keine Früchte bilden, die wir dann nutzen und auch genießen, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Angesichts der stetig wachsenden Weltbevölkerung und der daher gewünschten höheren Erträge sind wir heute – damit sind wir wieder beim Einstein-Zitat – mehr denn je auf unsere Bienen angewiesen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Denn eine künstliche Blütenbestäubung kann nicht bzw. nur unzureichend geleistet werden.

(Zurufe von den Grünen, u. a. der Abg. Dr. Gisela Splett – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hören Sie doch zu, dann können Sie etwas lernen! – Gegenruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Da geht es um Bienen, nicht um Maikäfer!)

Bei der Frage nach den Ursachen des rätselhaften Bienensterbens zeichnet sich zwischenzeitlich eine Klärung ab. Wie die Ergebnisse des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums Augustenberg belegen, besteht ein Zusammenhang zwischen dem Wirkstoff des Pflanzenschutzmittels, mit dem das Maissaatgut gebeizt wurde, und dem Bienensterben in der Rheinebene – nicht, Herr Bayer und Herr Kretschmann, in unserem gesamten Land. Offenbar wurde in der Tat zu wenig Bindemittel verwendet.

(Zurufe der Abg. Bärbl Mielich und Reinhold Pix GRÜNE)

Der erhöhte Abrieb in Verbindung mit pneumatischer Sätechnik kann zu erhöhten Immissionen des Wirkstoffs auf blühenden Pflanzen führen, die von den Bienen besucht wurden. Dies führt zu der Problematik, die wir haben. Diese gilt es heute natürlich anzusprechen. Eines ist nach heutiger Erkenntnis klar und auch festzustellen: Den praktizierenden Landwirt trifft in dieser Situation keine Schuld.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Also doch die Politik!)

– Sie können nachher oder später zu Wort kommen, Herr Pix.

Ich sage weiter: Als jemand, der mit der Natur eng verbunden ist, kann ich persönlich nachfühlen – das möchte ich ausdrücklich erwähnen –, wie schlimm dies für die betroffenen Imker und deren Bewirtschafter ist, obwohl man bei alledem nicht vergessen darf, dass die Bienenvölker – das ist eine Tatsache – auch durch die Varroa-Milbe und unsere milden Winter manchmal geschwächt sind. So hat mir als naturverbundenem Menschen bei dieser Nachricht das Herz geblutet. Dies tut in der Tat weh, meine Damen und Herren. Ich hätte diesbezüglich auch für die Imker gern ein Wort Ihrerseits gehört.

Doch blicken wir auf die Chronologie nach dem Bekanntwerden des Vorfalls, stellen wir eindeutig fest, dass das Ministe-

(Karl Rombach)

rium für Ernährung und Ländlichen Raum unmittelbar nach der Schadensmeldung reagiert und entsprechende Maßnahmen getroffen hat

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

bzw. darauf hingewiesen hat, Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Fakten kann man nicht leugnen. Fakten sind dokumentiert.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So ist es! – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Neben der Entnahme von Proben wurde Anfang Mai eine Expertenrunde durch Minister Hauk einberufen. Die Imkerverbände – da habe ich mich erkundigt – wurden vom Ministerium laufend in Besprechungen über den Sachverhalt informiert und bei Entscheidungen über zu treffende Maßnahmen einbezogen. Auch Telefonhotlines usw., wo Informationen abgerufen werden können, hat das MLR bei der Landesanstalt für Bienenkunde in Hohenheim sowie beim Regierungspräsidium eingerichtet.

Gerade auf Initiative des Landes Baden-Württemberg wurde am 24. Mai per Eilverordnung die Aussaat des gebeizten Maissaatguts mit pneumatischen Geräten usw. verboten. Das sind Fakten, die Sie nicht leugnen können.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt es heraus! Das muss gesagt werden! – Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Da war es schon zu spät!)

Um die Angelegenheit restlos aufzuklären, hat unser Landwirtschaftsminister ferner noch für diesen Monat ein Expertenhearing angesetzt.

(Zuruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle sollten Verständnis für die Betroffenen haben und hier keine hysterischen Schnellschüsse abgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aus meiner Sicht ist es richtig, dass das MLR die betroffenen Gebiete in ein Überwachungsprogramm einbinden bzw. aufnehmen wird.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Was soll man noch mehr machen?)

Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus meiner Sicht wurde alles, was möglich war, getan. Mehr konnte nicht getan werden.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist aber eine Bankrotterklärung! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Entwarnung gab es durch die Ergebnisse auch für die Freunde unseres guten Honigs, meine Damen und Herren. Die Proben bestätigen, dass keine Rückstände vorhanden sind und keine negativen Nachweise erbracht werden konnten. Eine Gefahr für den Verbraucher bestand also zu keinem Zeitpunkt und besteht nach meiner Information auch heute nicht.

Unter Fachleuten herrscht einhellig die Ansicht, dass sich die Ausbreitung des Maiswurzelbohrers – das war und ist letzten Endes ja die Grundursache dieses Problems – auf natürlichem Wege nicht mehr aufhalten lässt, so bedauerlich das ist.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sind jetzt die Landwirte schuld?)

Die Landesregierung hat daher nach ersten Käferfängen die von der EU-Kommission vorgeschriebenen Maßnahmen veranlasst, wozu die Bekämpfung der Käfer und Larven gehört.

Doch wir von der CDU-Fraktion haben auch die Imker und die ihnen entstandenen Schäden im Blick, meine Damen und Herren. Die Imker, die ja dazu beitragen, dass der eingangs von mir beschriebene Naturkreislauf weiterhin funktioniert, müssen in der Tat finanzielle Unterstützung bekommen. Daher wurde vom Ministerium auch schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfe versprochen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Diese Information kennen Sie. Da müssen Sie halt lesen. Ich kann das nicht für Sie übernehmen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Das wird von mir und von der CDU-Fraktion eindeutig befürwortet.

Meine Damen und Herren, insbesondere den Berufsimkern muss bei Gefährdung ihrer Existenz Soforthilfe gewährt werden. Inzwischen hat nach meiner Information auch die Pflanzenschutzmittelindustrie ihre Bereitschaft zu freiwilligen Zahlungen signalisiert. Dieser Weg muss durch Verhandlungen natürlich beschleunigt weiter beschritten werden,

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

um nicht nur genauere Aufschlüsse über die Ursache zu erhalten, sondern damit sichergestellt wird, dass die Schadensregulierung durch diejenigen erfolgt, die als Verursacher in die Pflicht zu nehmen sind.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Zusammenfassend kann ich sagen, meine Damen und Herren: Gefahr erkannt, Gefahr gebannt. Wir setzen alles daran, die Bienen, die aus ökologischen Gründen für das Funktionieren und die Weiterentwicklung des Naturhaushalts von immenser Bedeutung sind und für uns Menschen zu den wichtigsten Nutztierarten dieser Erde gehören, auch in Zukunft zu schützen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Wir sollten uns merken: Bienen brauchen wir. Bienen verbrauchen nichts, was andere benötigen. Sie hinterlassen nichts, was andere beeinträchtigt. Daher werden auch wir in der Gesamtverantwortung alles tun, um der Biene ihren Lebensraum zu gewährleisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hauk das Wort.

(Zurufe: Was ist mit der FDP/DVP?)

– Ich habe vorhin erklärt, dass zuerst die Anträge begründet werden und nach der Begründung die Aussprache erfolgt. Die FDP/DVP hat keinen Antrag gestellt. Deswegen erhält sie nachher das Wort. Kein Mensch würde die FDP/DVP benachteiligen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie hat eine Kleine Anfrage dazu gemacht! Das ist der Unterschied! Es geht um Fachliches, nicht um Ideologie! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gute Erklärung!)

Das Wort hat der Herr Minister.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich auf den Anlass dieser Aussprache eingehen. Ich sage nachher gern noch einige Punkte zum Kollegen Kretschmann, der das Ganze ja in der Ausrichtung der Landwirtschafts- und der Naturschutzpolitik letztlich zu einer Grundsatzfrage gemacht hat.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ist es doch auch!)

Der Anlass liegt ein Jahr zurück. Wir haben in Baden-Württemberg durch Monitoring erstmals den sogenannten Maiswurzelbohrer, einen Quarantäneschädling, entdeckt. Er unterliegt, was die Bekämpfung angeht, dem Regime der Europäischen Union. Die EU sieht hierbei klare Bekämpfungsstrategien vor, u. a. die Beizung des Maises mit dafür zugelassenen Insektiziden. Der Maiswurzelbohrer ist ein Insekt und die Biene ist ebenso ein Insekt. Das für die Beizung zur Verfügung stehende Insektizid wurde vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit im Jahr 2004 zugelassen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Jetzt kommt wieder Künast! Das hätte mich doch auch gewundert!)

Ich erinnere an diese Jahreszahl, damit man weiß, wer in dieser Zeit in Berlin regiert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erinnere an diese Jahreszahl.

Das Insektizid wurde damals vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zugelassen. Dieses zur Verfügung stehende Insektizid heißt Clothianidin. Die Beizung des Maises mit diesem Mittel war zulässig.

Dieses Insektizid wurde in den Jahren 2004 und 2005 bereits in Baden-Württemberg – im Landkreis Lörrach – eingesetzt. Das geschah im Zusammenhang mit Funden des Maiswurzelbohrers auf französischer Seite.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ach, gibt es auch französische Maiswurzelbohrer?)

Bereits damals wurde – „überklappend“ auch auf badischer Seite – dieses Mittel auf ca. 150 ha eingesetzt – ohne negative Folgen. Das ist auch nachvollziehbar und logisch. Denn, meine Damen und Herren, wenn der Einsatz ordnungsgemäß erfolgt, müsste sich die Biene durch den Boden auf das Maiskorn zugraben und am Maiskorn fressen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist dem Wesen der Biene fremd! Selbst grüne Bienen machen das nicht!)

Man kann sich gut vorstellen, dass die Gefährlichkeit eines solchen Einsatzes für die Bienen in der Praxis wahrscheinlich bei annähernd null Prozent liegt.

Wahr ist natürlich, dass das Mittel, wenn es oberflächlich und vor allem in flüssiger Form ausgebracht wird, auf alle Insekten und damit auch auf Bienen hoch toxisch wirkt, weil es ein Insektizid ist.

Das gibt es auch in anderer Form, beispielsweise bei Raps, wo es auch als bienengefährlich eingestuft wird und damit auch eine entsprechende Anwendung erfolgen muss, nämlich zu einer Zeit, in der Bienen nicht fliegen.

Das war die Vorgeschichte des Jahres 2007. In der Tat hat das Regierungspräsidium Freiburg dann den Landwirten zur Maisaussaat 2008 empfohlen, zugelassene Mittel – das war eben Clothianidin – zur Maisbeizung zu verwenden. Das ist dann im Oberrheingraben, am Bodensee und auch, meine Damen und Herren, in der Gegend um Passau auf großer Fläche erfolgt, überall dort nämlich, wo Maiswurzelbohrer im letzten Jahr aufgetreten sind – entsprechend den Quarantänevorschriften der Europäischen Union.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Für die Kernzone!)

Wir haben auch aus Vorsorgegründen empfohlen – lieber Kollege Pix, ich komme gleich noch zum Maisanbau –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So lieb ist der auch wieder nicht!)

dies großflächiger anzuwenden. Dafür habe ich auch gute Begründungen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer wie Sie, Herr Kollege Kretschmann, und andere den Maisanbau ständig verteufelt, muss sich fragen lassen, welche Alternativen er gerade in der Rheinebene, aber auch im Bodenseegebiet, in einem Gebiet, das als großer Wasserspeicher, als Trinkwasserspeicher, in Betracht kommt, hätte. Die Alternative heißt Sonderkulturen, oder sie heißt im Zweifelsfall: Weizen mit deutlich geringerer Ertragsfähigkeit.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Schauen Sie sich einmal die Pflanzenschutzmittelbehandlung von Alternativkulturen an. Der Mais braucht im Regelfall, wenn überhaupt, ein Herbizid in der Normalphase. Damit war’s das. Dann beschattet er sich selbst. Dann passiert gar nichts mehr. Er hat sonst keine pilzlichen oder Insektenfeinde.

(Minister Peter Hauk)

Wenn Sie Weizen anbauen, brauchen Sie im Regelfall ein Herbizid. Sie brauchen zwei bis drei Durchgänge mit Fungiziden, also pilzliche Bekämpfungen,

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

und Sie brauchen unter Umständen noch ein weiteres Insektizid. Jetzt sind im Zweifel alle Mittel zugelassen. Aber ich sage Ihnen auch: Für den Grundwasserkörper Rheinebene und gleichermaßen für den Grundwasserkörper Bodensee ist es mir ein Anliegen, Kulturarten anzubauen, die eine möglichst geringe Belastung mit Pflanzenschutzmitteln – egal, welche – aufweisen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Praktizierter Umweltschutz! – Zurufe von den Grünen)

Deshalb, lieber Kollege Kretschmann, reicht ein sektoraler Blick auf ein Ereignis nicht aus, um einen ökologischen Gesamtzusammenhang herzustellen. Umwelt besteht aus mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Man muss alle Umweltmedien im Auge behalten. Alle sind für Tier und Mensch, für Biodiversität letztendlich, relevant.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Eure Agrarpolitik steckt in der Giftfalle!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt fahren wir in der Chronologie fort. Das Frühjahr, vor allem der April, war in diesem Jahr nass und regnerisch. Das hatte eine Verzögerung der Rapsblüte zur Folge. Das hatte auch zur Folge, dass die Bienen – weil es nass und regnerisch war – erst am ersten schönen Wochenende, Ende April, überhaupt geflogen sind.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt ist noch das Wetter schuld, oder was? – Gegenruf von den Grünen: Künast oder das Wetter!)

Damit trafen Rapsblüte und erster Bienenflug zusammen. Das traf auch mit der Maisaussaat zusammen, die ansonsten in der Rheinebene im Regelfall schon Anfang/Mitte April stattfindet. Aber das ist noch kein Grund, um das auch einmal klar zu sagen. Das ist nur das zeitliche Zusammentreffen.

Hinzu kam – das hat sich auch erst im Lauf der Ermittlungen herausgestellt –, dass sich, wie gesagt, die Maisaussaat auf Ende April/Anfang Mai – am 1. Mai war Christi Himmelfahrt – verzögert hat. In dieser Woche hat sich die Maisaussaat konzentriert. Nach dieser Woche waren über 90 % des Maises bereits gesät. Genau an diesem Wochenende, am 3. und 4. Mai, sind erstmalig gravierende Schäden – ein sogenanntes Massensterben – aufgetreten, nachdem in den Tagen zuvor bereits Einzelfälle gemeldet wurden.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Und wie habt ihr reagiert? – Gegenruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Zuhören!)

Diese Einzelfälle, Herr Kollege Walter, wurden nicht etwa ignoriert, sondern es wurde bereits auf diese Einzelfälle reagiert. Es wurden bereits Untersuchungen und Analysen eingeleitet. Wir haben unmittelbar am Montag, dem 5. Mai, nachdem dem Regierungspräsidium und dem Ministerium bekannt geworden war, dass es zu einem Massensterben von Bienen gekommen ist, umfangreiche Analysen und Untersuchungen eingeleitet, um überhaupt zu wissen, was denn letztendlich die Schadensursache war. Bis dahin waren in dieser Woche vonseiten der Imker zwar Vermutungen geäußert worden, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Rechtsstaat kann nur aufgrund von Fakten und nicht aufgrund von Vermutungen Gebote und Verbote aussprechen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Habt ihr die Fälle in anderen Ländern nicht mitbekommen? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Sofort. Lassen Sie mich gerade noch diesen Gedanken zu Ende führen, Herr Kollege Winkler.

(Zurufe von den Grünen)

Sie, Herr Kollege Kretschmann und Herr Kollege Walter, wären die Ersten, die von Staatswillkür sprechen würden, wenn wir auf Vermutungen reagieren würden. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Minister, bevor die Bienen selbst an ihrem Untergang schuld sind, eine Frage an Sie. Sie haben gesagt, Sie hätten nach den ersten kleinen, lokalen Schäden und dann beim großen Schaden unmittelbar reagiert. Darf ich Sie daran erinnern, dass eine Woche lang tägliche Wasserstandsmeldungen über den Erfolg Ihrer Untersuchungen dazu geführt haben, dass täglich Vermutungen geäußert wurden. Kein einziges Ergebnis Ihrer Untersuchungen wurde konkret bestätigt – über eine Woche lang tagtäglich nur Vermutungen, nicht Wissen.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Lieber Kollege Winkler, wir haben in der Summe – und die Analysen sind komplex – zum Teil bis zu 500 einzelne Wirkstoffe analysiert und untersucht. Das verstehe ich unter einer verantwortungsvollen Analyse.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Bevor gehandelt wird, brauchen wir erst einmal klare Fakten. Zur Beschaffung der klaren Fakten wurden unmittelbar Untersuchungen eingeleitet, erst recht nach dem Bekanntwerden des Massensterbens nach dem 3. und 4. Mai. Die ersten Untersuchungsergebnisse lagen dann auch bereits am Abend des 8. Mai vor.

Ich habe am Montag oder Dienstag jener Woche zu einem Expertengespräch eingeladen, nachdem wir das Landwirtschaftliche Technologiezentrum auf dem Augustenberg – unser ei-

genes Institut –, die Kollegen aus Rheinland-Pfalz und das Julius-Kühn-Institut des Bundes in Braunschweig eingeschaltet hatten. Das sind diejenigen, die in Deutschland die entsprechenden Untersuchungskapazitäten haben. Sie waren ab dieser Woche vollumfänglich mit Untersuchungen beschäftigt, und die ersten Ergebnisse sind am Donnerstagabend, 8. Mai, eingetroffen. Da gab es den ersten Verdachtsmoment. In allen untersuchten Bienen wurde nämlich Clothianidin festgestellt. Die Wissenschaftler waren aber übereinstimmend der Auffassung, dass die dort festgestellte Wirkstoffkonzentration deutlich unter der letalen Dosis liegt und damit noch kein Kausalzusammenhang herstellbar war.

Trotzdem haben wir bereits am 9. Mai – einen Tag später und 14 Tage bevor der Bund reagiert hat – der Landwirtschaft dringendst empfohlen und dem Bund diese Empfehlung auch vorgeschlagen, keine pneumatischen Sägeräte mehr einzusetzen – und wenn, dann nur solche, deren Abluft nicht nach oben, sondern direkt auf den Boden geführt wird. Denn an diesem Abend wurde durch die Experten und Wissenschaftler – übrigens waren dabei auch die Imker mit vertreten – festgestellt, dass unter Umständen das Thema Abrieb, also unsachgemäße Behandlung des Insektizids durch Saatgutunternehmen, mit die Ursache sein könnte.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Murschel?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Wenn Sie mir hinterher dann nicht vorwerfen, dass ich die Redezeit hoffnungslos überzogen hätte, ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: „Hoffnungslos überzogen“ werfe ich Ihnen nicht vor. Wir nehmen schon Rücksicht auf die Zwischenfragen.

Bitte, Herr Abg. Dr. Murschel.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Herr Minister Hauk, Sie haben Ihren Terminkalender ja anscheinend perfekt ausgearbeitet, was die Chronologie der Ereignisse anbelangt.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Schließlich war ich jeweils involviert, Herr Kollege Dr. Murschel. Daher weiß ich das.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Sie haben ja sehr deutlich darauf abgehoben, dass Sie im Prinzip alles getan hätten, was man hätte tun können, und dies zum richtigen Zeitpunkt. Sie sagen, Sie hätten nach dem Vorsorgeprinzip gehandelt. Meine konkrete Frage: Die Imker haben Ihnen doch schon Ende April, spätestens am 4. Mai, den Vorgang deutlich mitgeteilt.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Natürlich.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Warum haben Sie dann nicht aus Vorsorgegründen gesagt: „Stopp mit diesem Mittel! Keine weitere Aussaat!“? Stattdessen haben Sie, wie Herr Kollege Winkler gesagt hat, Tage verstreichen lassen und begründen dies damit, dass es keine Schnellschüsse geben solle.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Das hat er doch gerade groß und breit erklärt! Da muss man halt zuhören! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Hätten Sie aus Vorsorgegründen nicht viel schneller reagieren müssen, weil Ihnen die Informationen von den Imkern schon mitgeteilt wurden?

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Man kann doch einfach einmal sagen: Das war falsch! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Unruhe)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Lieber Kollege Dr. Murschel, vorsorglich handeln geht dann, wenn man weiß, wogegen man vorsorglich handeln muss.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Zu diesem Zeitpunkt hätten wir auf Vermutungen reagiert. Hinterher, wenn man Ergebnisse hat, ist man immer schlauer. Zu diesen Ergebnissen kamen wir schnell. Nach Aussage aller Experten, übrigens auch von Imkern außerhalb Baden-Württembergs, hat in ähnlichen Fällen – gleiche Fälle gibt es keine – kein anderes Land so schnell gehandelt.

(Beifall bei der CDU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na! Das ist doch unglaublich! – Zuruf von der SPD: Sollen wir jetzt dankbar sein? – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Lieber Kollege Dr. Murschel, wir haben uns natürlich auch darum gekümmert, was anderswo abgelaufen ist. Die Imker haben zunächst einmal vor allem auf Vorkommnisse in Italien verwiesen. Dort stand das Ganze auch schon zur Sprache. Wir haben uns zunächst einmal beim Bund erkundigt. Der Bund wusste zu diesem Zeitpunkt noch gar nichts.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Oh!)

Italien hat das offenbar auch nicht für meldefähig gehalten.

(Zurufe von der SPD und den Grünen sowie des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

– Langsam. Entschuldigung. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch einmal betonen, dass das Mittel Clothianidin im Jahr 2004 zugelassen wurde. Das war ein zugelassenes Mittel. Die zuständige Bundesbehörde ist das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Damit ist der Bund für die internationalen Beziehungen zuständig.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Auch wenn man das fünfmal erklärt, hilft das nichts!)

Wir haben uns aber trotzdem auch in Italien erkundigt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: In Rom, als ihr beim Papst wart?)

In der Tat hat Ende Januar 2008 in Italien ein Symposium stattgefunden, nachdem sich in den Jahren 2005 und 2006 ei-

ne Arbeitsgruppe an der Universität Bologna mit den Vorkommnissen beschäftigt hat. Das italienische Umweltministerium gab damals, im Januar 2008, in einer Pressemitteilung bekannt, dass eine eindeutige Beziehung zwischen diesem Pflanzenschutzmittel und den Bienenschäden nicht hergestellt werden konnte.

Wir haben jetzt die italienischen Wissenschaftler, die an diesem Kolloquium beteiligt waren, zu dem Symposium, das wir am 20. Juni in Karlsruhe abhalten werden, eingeladen. Ich will nur darauf hinweisen: Es gab keine belastbaren Hinweise, auf denen allein rechtsstaatliches Handeln basieren kann.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich: Man muss allen Hinweisen nachgehen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat der Herr Minister!

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Ich habe darauf hingewiesen, dass wir unmittelbar nach dem Bekanntwerden der ersten Ergebnisse, nachdem überall in den untersuchten Bienen Clothianidin gefunden wurde, auch Empfehlungen für die Sätechnik ausgegeben haben.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist unglaublich!)

Der Bund, der übrigens an allen Besprechungen beteiligt war, hat dann eine Woche später reagiert und hat die Zulassung des Mittels vorläufig ruhen lassen, wohlweislich aber seine Anwendung, nämlich die von gebeiztem Maisgut, nicht verboten. Um das einmal klar zu sagen: Nach dem Pflanzenschutzrecht ist derjenige, der in solchen Fällen verbietet, die Bundesregierung oder die zuständige Behörde des Bundes.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Aber jetzt! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber der Bund schreibt auch nicht vor, dass man es anwenden muss!)

Der Bund hat die Anwendung ganz wohlweislich nicht verboten, weil es sich offensichtlich um Anwendungsfehler gehandelt hat.

Auch jetzt ist die Ausbringung dieses gebeizten Maises – am 24. Mai hat der Bund die entsprechende Verordnung erlassen, also drei Wochen nach dem Auftreten – noch erlaubt, allerdings mit der Auflage, dass eben pneumatische Sägeräte mit Abluftabführung nach oben dabei nicht verwendet werden dürfen.

So viel einmal zur Chronologie des Auftretens und des unmittelbaren Handelns.

Alle verfügbaren Untersuchungskapazitäten sind sofort eingesetzt worden, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind auch Gerüchten und Hinweisen nachgegangen. Es wurde alles untersucht.

Zwischenzeitlich kann man als vorläufiges und, sage ich einmal, sich erhärtendes Ergebnis festhalten, dass das Verschulden – und da kommt die Frage des Schadensersatzes ins Spiel – zweifelsohne in einer unsachgemäßen Anwendung des Insektizids durch die Saatgutindustrie oder die Saatgutwirtschaft begründet ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um das klar zu sagen: Ich halte dies für zutiefst verantwortungslos, und das wird auch zu ahnden sein. Wir entnehmen derzeit Rückstellproben von dort, wo noch Maisrückstände vorhanden sind, soweit er sich nicht im Boden befindet. Wir führen das auch entsprechenden Untersuchungen zu. Denn es kann und darf nicht sein, dass Pflanzenschutzmittel einem umfangreichen Zulassungsverfahren unterzogen werden, diese dann bei sachgemäßer Anwendung zugelassen und freigegeben werden, der Landwirt diese Pflanzenschutzmittel nach bestem Wissen und Gewissen anwendet und dann hinterher Umweltkatastrophen – Bienensterben, was auch immer – eintreten,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

nur weil sich offensichtlich die Saatgutwirtschaft – und wir sind noch nicht so weit, dass ich heute Namen nennen könnte, aber es gibt einige, die auf der Hand liegen, denen wir nachgehen – in der Frage der Beizung des Maises verantwortungslos, bodenlos, unverschämt und umweltgefährdend verhalten hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Ja.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Minister, sachgerecht antworten. Wir wissen, dass dieses Beizmittel höchst bienengefährlich ist.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Alle Insektizide sind das.

Abg. Alfred Winkler SPD: Deswegen steht auf allen diesbezüglichen Mitteln eine ausführliche Anwendungsvorschrift drauf, die einzuhalten ist.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Natürlich.

Abg. Alfred Winkler SPD: Alle Anwender dieser Mittel haben so etwas Ähnliches wie einen Lehrgang absolviert, um die Berechtigung zu erhalten, Insektizide, Herbizide auszubringen. Sie sind also geschult. Damit kommt es ausschließlich auf das ordnungsgemäße Anwendungsverfahren an. Das ist nicht eingehalten worden. Das heißt, der erste Schritt von Ihnen wäre doch, zu untersuchen: Sind die Bedingungen, unter denen das Mittel eingesetzt werden darf, eingehalten worden? Also stellt sich doch nicht nur die Frage nach der Zulässigkeit des Mittels – die haben Sie selbst beantwortet; es ist zugelassen –, sondern auch die Frage nach der gesetzlich vorgeschriebenen Ausbringungsanordnung.

Jetzt können Sie doch denjenigen, der das Mittel nicht ordnungsgemäß angewendet hat, nicht aus der Verantwortung ent-

(Alfred Winkler)

lassen und sagen, es sei ordnungsgemäß angewendet worden.

(Zuruf von der CDU: Hat er doch gesagt!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Herr Kollege Winkler, ich gebe Ihnen völlig recht. Genau das habe ich gesagt. Genau diejenigen, die sich gesetz- und rechtswidrig verhalten haben, wollen wir eben nicht aus der Verantwortung entlassen. Das ist doch ganz klar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Da kenne ich auch keine Schonung. Sobald es belastbare Beweise gibt, werde ich mich nicht scheuen, Namen zu nennen, es sei denn, die gesamte Industrie ist bereit und willens, den Schadensersatz so zu leisten, wie es die ersten Signale eventuell vermuten lassen, nämlich relativ unbürokratisch.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Dann macht ihr doch wieder nichts!)

Ich sage das noch einmal. Ich habe keine Veranlassung, irgendjemanden zu schonen, und demjenigen, der falsch gehandelt hat, muss gewärtig sein, dass er zur Rechenschaft gezogen wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, damit zur Frage nach dem Ersatz des Schadens – da sind die nachhaltigen Wirkungen in der Zukunft noch gar nicht einkalkuliert –, der zunächst einmal den Imkern entstanden ist. Das Land hat als erste Soforthilfe – da geht es um diejenigen Imker, die Berufsimker sind – zugesagt, zinslose Darlehen zur Verfügung zu stellen, nämlich dort, wo es um Ertragsausfall und um die Frage der Sanierung von Bienenstöcken geht. Es müssen unter Umständen neue Völker eingekauft und aufgebaut werden. Das geht nicht mit 3,80 €. Damit keine Liquiditätsengpässe eintreten, haben wir für diesen Fall zinslose Darlehen als Soforthilfe zugesagt.

Aber gleichermaßen ist klar, dass jeder geschädigte Imker natürlich Anspruch auf Schadensersatz hat, und zwar durch den Verursacher. Wenn wir die Verursacher eindeutig identifiziert haben, dann ist auch klar, gegen wen sich der Schadensersatzanspruch richtet. Bis dahin sind wir in Gesprächen mit der Industrie, um Mittel – weil eine klare Beweiszuordnung derzeit noch nicht möglich ist; ich bin kein Jurist – so zu akquirieren, dass wir, sobald der Schaden ermittelt ist, relativ zügig zur Abwicklung dieses Schadensersatzes kommen können.

Ich habe nicht nur ein großes Interesse daran, sondern ich trete mit aller Vehemenz dafür ein, dass jedem Imker – egal, ob Berufs- oder Hobbyimker –, der zu Schaden kam, sein materieller Schaden tatsächlich ersetzt wird.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bayer?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Ja.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Minister, haben Sie nicht wie ich die Befürchtung, die auch viele Imker haben, dass ihre berechtigten Schadensersatzansprüche irgendwo in juristischen Auseinandersetzungen zwischen Landwirten, Erzeugern und dem Land verschwinden? Denn an diese drei Adressen wenden sich möglicherweise die Schadensersatzansprüche von Imkern.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Eines ist klar, Herr Kollege Bayer – das sage ich Ihnen als Kollege und als jemand, der für den Haushalt und für die Haushaltskonsolidierung Mitverantwortung trägt –: Das Land hat in allen Phasen rechtmäßig gehandelt. Ich habe vorhin den Grund des Schadens genannt. Es verdichtet sich immer mehr, dass der Grund in einer falschen und unsachgemäßen Anwendung des Insektizids liegt. Damit ist auch klar, gegen wen sich der Schadensersatzanspruch richtet.

Wir nehmen – das machen wir als Dienstleistung seitens des Landes – den Schaden der Imker auf. Wir haben die Bienensachverständigen nicht nur zur Sanierung der Völker, sondern auch dahin gehend geschult, dass eine objektive Aufnahme des Schadens möglich ist. Diese objektive Schadensaufnahme ist dann die Grundlage für Schadensersatzansprüche. Wir wollen versuchen, das Ganze möglichst schnell abzuwickeln. Ich hoffe – die bisherigen Gespräche stimmen mich hoffnungsvoll –, dass die Industrie in dieser Frage kooperativ ist und gut mit uns zusammenarbeitet. Davon gehe ich zum jetzigen Stand jedenfalls aus.

Wenn das nicht der Fall sein sollte, haben wir auch dafür Vorsorge getroffen – ich habe es vorhin erwähnt –, indem wir vor Ort versuchen, Reste von Saatgut sicherzustellen, diese auf die Beizqualität untersuchen, damit wir letztendlich eine gewisse Zuordnung zu einzelnen Unternehmen vornehmen können.

Wir tun also alles, was menschenmöglich ist, was der Verwaltung möglich ist und was im Rahmen unserer Untersuchungskapazitäten möglich ist, um zumindest den materiellen Schaden zu ersetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch auf die weiteren Folgen hinweisen. Wir haben die Untersuchungen der Experten, bei denen die Imker vertreten waren, ausgeweitet. Mittlerweile haben wir Proben genommen von Pollen, dem sogenannten Bienenbrot, von dem sich die Bienen dann ernähren, wenn sie nicht flugfähig sind, also wenn das Wetter schlecht ist oder wenn es nicht blüht. Wir haben Früchteproben genommen. Wir haben darüber hinaus Rohhonig – also noch nicht geschleuderten Honig – untersucht.

Bei Erdbeeren haben wir faktisch keine Rückstände gefunden. In zwei Proben lagen sie knapp an der Nachweisgrenze; in weiteren 14 waren überhaupt keine Rückstände festzustellen. Auch bei Rohhonig haben wir keine Rückstände von Clothianidin gefunden. Allerdings haben wir in den Pollen Rückstände gefunden, die zum Teil auch über dem Grenzwert lagen.

Das hatte die Folge, dass wir, unmittelbar nachdem die Ergebnisse dieser Proben vorlagen, an die Sanierung der Bienenstöcke gegangen sind. Denn ansonsten hätte ein erneutes Bienensterben vielleicht im Juli oder August oder in einer Schlechtwetterperiode gedroht, nämlich dann, wenn sich die Bienen von den Anfang Mai eingelagerten Pollen ernähren müssen.

Ein weiteres Bienensterben wollten wir vermeiden, um zumindest noch das Beste aus der Situation zu machen, sodass jetzt, Anfang Juni, wenn es noch gelingen kann, neue Völker anzulegen, Völker zusammenzulegen, um Jungbrut bei den Bienen zu züchten, der Schaden ein Stück weit minimiert werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Untersuchungen werden auch fortgeführt. Obwohl es keine Hinweise auf eine systemische Beeinträchtigung gibt, werden wir trotzdem Maispollen untersuchen. Wir haben in der Untersuchungsanstalt Augustenberg gebeizten Mais unter Glas genommen, damit wir der Entwicklung zehn bis 14 Tage voraus sind und früher als im Freiland Pollenuntersuchungen bei Mais durchführen können. Wir werden weiterhin Früchte untersuchen, vor allem auch Beerenobst, das demnächst reif wird. Aber die ersten Ergebnisse liefern keine Hinweise darauf, dass es zu weiteren Folgen kommt. Dies wäre auch verwunderlich. Denn der Bund hat all dies bereits im Zulassungsverfahren geprüft. Die Ergebnisse des Zulassungsverfahrens sind im Internet einsehbar, habe ich mir sagen lassen. Wir gehen davon aus, dass keine weiteren Folgen auftreten. Trotzdem gilt das Prinzip der Vorsorge.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pix?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt langt's!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Aber natürlich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Herr Minister Hauk, zur Schadensersatzfrage möchte ich Sie gern fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass die Obstbauverbände entlang der Rheinschiene und des Bodensees riesige Folgeschäden für die Saison 2009 befürchten, und ob Sie bereit wären, auch diese voraussichtlich entstehenden Schäden entsprechend zu regulieren.

Die zweite Frage: Haben Sie vor, die angesprochenen Wirkstoffe für die Maisaussaat 2009 erneut zuzulassen?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Zur ersten Frage, den Schäden im Obstbaujahr 2009: Wir können noch nicht abschätzen, wie sich die Bienenvölker im Laufe des Jahres 2008 noch entwickeln werden. Folgen am Bodensee würden mich insofern verwundern, weil wir dort bisher überhaupt nur Einzelfälle festgestellt haben, bei denen bislang noch nicht abschließend geklärt ist, woran es liegt; das wird derzeit untersucht. Da in der Bodenseeregion nur Einzelfälle aufgetreten sind, kann dort meines Erachtens keine Beeinträchtigung der Obstblüte durch mangelnde Bestäubung eintreten.

Zur Entwicklung in der Rheinebene sagen mir die Experten, dass im Jahr 2009, wenn nichts weiteres Gravierendes passiert – es könnte z. B. eine weitere Varroa-Infektion wie im letzten Winter auftreten; diese Krankheit hat auch schon 30 % der Bienen hinweggerafft –, überhaupt keine Beeinträchtigung der Obstblüte in der Rheinebene stattfinden könnte. Aber auch das werden wir, Kollege Pix, entsprechend untersuchen; keine Frage.

Zur Frage des Einsatzes des Mittels im nächsten Jahr: Für die Zulassung und den Einsatz ist der Bund verantwortlich. Wir werden dem Bund die Ergebnisse der Ursachenanalyse, die wir umfassend betreiben, und der Untersuchungen, die wir umfassend anstellen, zur Verfügung stellen. Wir kooperieren in dieser Frage sehr eng mit dem JKI in Braunschweig.

Darüber zu entscheiden, ob das Insektizid weiterhin zugelassen bleibt bzw. ob das Ruhen der Zulassung aufgehoben wird, ist letztendlich Sache der Bundesbehörde. Nach dem bisherigen Schadensverlauf und aufgrund der Schadensursache muss man, glaube ich, denjenigen das Handwerk legen, die das Mittel unsachgemäß angewandt haben. Hier muss man sicherstellen, dass so etwas nicht mehr vorkommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Rombach CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, noch einige Anmerkungen zum Thema „Falsche Agrarpolitik",

(Lachen bei der SPD)

wie sie mir vom Kollegen Kretschmann unterstellt wird.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Zu Recht!)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns im Augenblick in einem europaweiten Prozess des Umsteuerns.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Nicht ausweichen!)

Genau das, Herr Kollege Kretschmann, was Ihre Parteifreunde auf Bundesebene kritisieren, nämlich Interventionen, Produktprämien und dergleichen mehr, was angeblich den Wettbewerb mit der Dritten Welt verhindere, indem es die dortige Landwirtschaft relativ zu teuer mache, sodass die Produkte nicht konkurrenzfähig seien, wird derzeit auf der Ebene der Europäischen Union abgebaut. Das bedeutet, dass am Ende dieses Prozesses im Jahr 2013 der Landwirt in einem weltweiten Wettbewerb stehen wird.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Sie haben immer gesagt, Sie bekennen sich zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. An dieser Aussage, Herr Kollege Kretschmann, will ich Sie messen. Wer eine ökologische und soziale Marktwirtschaft will, muss alles tun, um Ökologie und soziale Komponenten – in einer Marktwirtschaft wohlgemerkt – zu fördern. Aber er darf Ökologie und Soziales nicht verordnen. Das würde den Prinzipien einer Marktwirtschaft widersprechen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren: Der Markt funktioniert nur dann, wenn Wettbewerb herrscht. Der Markt funktioniert nur dann, wenn die Förderung bestimmter Tatbestände vorliegt. Das ist der Rahmen, den die Marktwirtschaft vorgibt. Ich bekenne mich ausdrücklich zur ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Aber das heißt nicht, dass ich den Landwirten ihr Eigentumsrecht entziehe und ih-

(Minister Peter Hauk)

nen per Diktum verordne, was sie in welcher Form und Wirkungsweise morgen anzubauen haben. Das ist der Knackpunkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Rombach CDU: Sehr gut!)

Ich lasse mich daran messen: Baden-Württemberg ist das Land, bei dem der Düngemitteleinsatz am geringsten ist.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Baden-Württemberg ist das Land, das pro Hektar den niedrigsten Einsatz an Pflanzenschutzmitteln hat. Baden-Württemberg ist das Land, das im Pflanzenschutz die meisten biologischen Methoden überhaupt zur Schädlingsbekämpfung einsetzt.

(Widerspruch bei den Grünen – Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Was? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und das Land, das die „totesten“ Bienen hat!)

Baden-Württemberg ist eines der am dichtesten besiedelten Bundesländer. Aufgrund dieser dichten Besiedlung erwarte ich einerseits natürlich von den Landwirten die entsprechende umweltpolitische Rücksichtnahme. Das ist das, was sie im Rahmen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums erbringen müssen. Aber ich will ihnen auch in der Zukunft gewährleisten, dass sie auch in Baden-Württemberg für den Markt produzieren können, und zwar für den Inlandsmarkt ebenso wie für den ausländischen Markt, sofern sie dies wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eben dies verstehe ich unter dem Begriff „Nachhaltige Landwirtschaft“.

(Oh-Rufe von der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Es geht nicht um die Frage der Industrialisierung. Es geht schlichtweg um die Frage: Können wir mit unseren Böden und Umweltmedien – Biodiversität zählt gleichermaßen dazu – den Spagat zur modernen Agrotechnik, zu der auch die Forschung und die Umsetzung von Forschungsergebnissen gehören und die natürlich mit deutlich höheren Erträgen verbunden ist, herstellen, oder wollen wir zurück zur Wanderfeldbauwirtschaft und zum Hackfrüchteanbau des 19. bzw. des frühen 20. Jahrhunderts?

(Zuruf von der SPD: Wir haben Hunger! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Auf die Bäume wollen wir! Meine Güte! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Das wird die ganz entscheidende Frage sein, Herr Kretschmann. Fragen Sie einen Landwirt in Baden-Württemberg, egal, ob er konventionellen Anbau betreibt oder Ökobauer ist – das spielt überhaupt keine Rolle –, ob er ein Interesse daran hat, dass der Boden, den er bewirtschaftet, dass die Umweltmedien, in denen er lebt, und das Land, von dem seine Vorfahren schon seit Jahrhunderten gelebt haben und von dem auch seine Nachfahren in den nächsten Jahrhunderten leben wollen, beeinträchtigt werden. Das betrifft Wasser, Luft, Klima, Insekten usw. Fragen Sie einen Landwirt, ob er dies alles nachhaltig negativ beeinträchtigen will. Sie werden jedes Mal die Antwort Nein hören. Er wird es auch nicht tun, weil Nachhaltigkeit im Bereich der Landwirtschaft eine Überlebensvoraussetzung ist. Da mache ich keinen Unterschied, ob es sich um Ökolandbau oder um konventionellen Landbau handelt. Wir haben in Deutschland keine Alternative zu diesen Böden und zu der Umwelt, die uns hier zur Verfügung stehen. Das wissen unsere Landwirte –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist aber nicht nur in Baden-Württemberg so!)

im Unterschied zu manchen Agrokonzernen in der Dritten Welt, die heute hier und morgen da sind.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Rombach CDU: So ist es!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gemäß § 83 a der Geschäftsordnung bekommt jede Landtagsfraktion zusätzlich zwei Minuten Redezeit.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Gibt es heute keine Mittagspause?)

– Das muss man machen, wenn die Redezeit des Regierungsvertreters die Redezeit, die den Fraktionen zur Verfügung steht, erheblich überschreitet. Das ist mit 35 Minuten der Fall. Dann muss ich genau so reagieren.

In der Aussprache erhält der Vertreter der FDP/DVP-Fraktion, Herr Abg. Dr. Bullinger, das Wort. Danach bekommen Sie, Herr Abg. Rombach, wenn Sie wollen, zwei Minuten Redezeit, obwohl Sie eigentlich keine Redezeit mehr haben. Das gilt auch für Herrn Abg. Kretschmann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, das heißt, ich habe sieben Minuten Redezeit?)

– Ja, Sie haben sieben Minuten.

(Abg. Hans Heinz CDU: Um Gottes willen! Das muss doch nicht sein! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die muss man nicht ausschöpfen! – Zuruf: Das hilft den Bienen auch nicht! – Unruhe)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Debatte hier bei uns hat gezeigt, dass es um ein sehr emotionales Thema geht. Das ist gut. Das sage ich auch. Es ist gut; denn um dieses Thema muss es uns wirklich gehen. Aufgrund ihrer Empfindlichkeit sind Bienen wie auch andere Insekten ein Indikator für die Gesamtbelastung unserer Natur. Deshalb ist es sicherlich richtig, dass wir uns die Zeit nehmen, dieses Thema ausführlich zu besprechen – auch wenn dabei vielleicht dem einen oder anderen Kollegen der Magen knurrt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin dem Kollegen Bachmann außerordentlich dankbar. Er hat zeitgleich mit den anderen Fraktionen zu diesem Thema

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eine Kleine Anfrage!)

eine Kleine Anfrage mit zehn fundierten fachlichen Fragen eingebracht. Sie ist noch nicht beantwortet. Ich bin vor allem

(Dr. Friedrich Bullinger)

auch einem dankbar, der nicht nur Anträge schreibt, sondern der mit dem Minister bei den Imkern in Emmendingen war und sich vor Ort ein Bild davon gemacht hat, was passiert ist und wie sich das auswirkt, nämlich dem Kollegen Ehret.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich selbst darf Ihnen sagen: Als Bauernsohn und gelernter Landwirt bin ich mit Bienen groß geworden.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Zuruf: Wer ist nicht damit groß geworden?)

Ich habe mich dann auch mit der Frage beschäftigt, welche Bedeutung dieses Bienensterben für die gesamte Natur hat. Der Minister, aber auch der Kollege Rombach – dafür bin ich dankbar – haben sehr ausführlich gezeigt, dass das Thema sie wirklich emotional berührt, dass es aber vor allem auch auf naturwissenschaftlich fundierte Weise erörtert wurde.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Unruhe)

Ich darf hierzu auch anmerken, Herr Minister: Im Nachhinein ist man immer schlauer. Da gebe ich allen recht. Man ist immer gescheiter, wenn man aus dem Rathaus herauskommt, als wenn man hineingeht. Zumindest sollte man gescheiter sein.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich kenne schon jedes Wort von Ihnen!)

Ich glaube, es ist wichtig, dass man in einem Rechtsstaat auch seriös vorgeht, dass man die Dinge anwendet, die man in einem Rechtsstaat anwenden darf. Man muss wirklich erst den Nachweis haben. Dann allerdings muss derjenige – da mache ich wie alle Redner hier keinen Unterschied –, der etwas verursacht hat, dafür geradestehen und dafür auch die Verantwortung tragen. Das heißt, in diesem Fall braucht man den Nachweis, ob es nun ein Mangel bei dem Haften des Mittels an der Maissaat, an dem Maiskorn war – dafür spricht sehr viel – oder ob Fehler bei der Ausbringung gemacht wurden.

Gehen Sie doch einmal in die praktische Landwirtschaft: Wenn es im April immer regnet und es dann auf einmal warm und trocken wird, dann muss der Landwirt das Saatgut in kürzester Zeit ausbringen. Wenn, wie das der Minister eben richtig gesagt hat, zeitgleich Obstbaumblüte, Rapsblüte und Ähnliches ist und die Geräte das tun, was sie eigentlich nicht tun sollen, nämlich den Abrieb abblasen, anstatt den Wirkstoff unschädlich in den Boden zu bringen, dann ist das problematisch.

Ich möchte auch klar und deutlich sagen,

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

dass die Imker, meine Damen und Herren, das Recht haben, den Schaden ersetzt zu bekommen,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

und dass sie die Unterstützung von uns allen brauchen. Da darf ich auch einmal an eines erinnern, meine Damen und Herren: Ob das Hobbyimker sind oder diejenigen, die davon leben: Beide brauchen Erträge, beide brauchen unsere Unterstützung. Beim Jahrestag und bei den Jahreshauptversammlungen der Landesimkerverbände sehe ich relativ wenige von denen, die jetzt hier gesprochen haben und große Kulleraugen machen. Man muss immer bei denen sein, die diese Unterstützung brauchen!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl Rombach CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die Ursachen sind weitgehend bekannt. Die Umstände, die in ihrem Zusammentreffen dazu geführt haben, dass es jetzt so kam, wie es kam, müssen uns lehren, die Konsequenzen zu ziehen. Das bedeutet für mich zunächst einmal natürlich die Nachrüstung bei der Ausbringung. Es war richtig, zunächst einmal keine weitere Ausbringung vorzunehmen.

Ein weiterer Punkt ist für mich aber auch, dass man daraus – jetzt komme ich noch ein bisschen auf eine andere Ecke zu sprechen – nicht eine Generaldebatte über eine angeblich falsche Agrarpolitik ableitet und versucht, alle, die konventionellen und keinen ökologischen Landbau betreiben, in eine Ecke zu stellen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir brauchen, meine Damen und Herren, alle Landwirte, und wir brauchen die Imker.

Ich stehe auch nach wie vor dazu, dass man Saatgut beizen muss. Ich möchte einmal sehen, meine Damen und Herren, was wäre, wenn ich Mais – Herr Dr. Murschel, das müssten auch Sie wissen –

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

und andere Pflanzen ohne Schutz aussäen würde. Wenn der Mais bei einem kalten Boden vier Wochen lang nicht die nötige Temperatur hat, dann ist er vergammelt. Dann haben Sie dort keine Pflanzen.

Ebenso kann man sagen: Natürlich muss man die Fruchtfolge einhalten. Aber man kann nicht sagen: Dann baue ich keinen Mais an. Wie wollen Sie es denn dann machen? Wovon sollen die Bauern dann leben? Deshalb, meine Damen und Herren, ist beides wichtig.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Da muss der Präsident noch einmal zwei Minuten dazugeben, damit wir das ausdiskutieren können!)

– Herr Kollege Dr. Schmid, Sie können das Thema hier vielleicht ein bisschen lächerlich machen. Es ist aber, glaube ich, zu ernst, um solche Anmerkungen zu machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Meine Damen und Herren, der Landesverband Badischer Imker hat in seinem Verbandsorgan und auch in der deutschen Zeitschrift der Imker klare Forderungen gestellt. Diesen Forderungen ist nachgekommen worden. Natürlich kann man sagen, das hätte noch schneller sein können. Aber ich glaube, die Chronologie hat gezeigt, dass man alles seriös Mögliche auch getan hat.

(Dr. Friedrich Bullinger)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Es geht hier vor allem auch um die Anwendung: Wenn ein Mittel unsachgemäß angewendet wird – egal, was es ist –, dann liegt das natürlich auch in der Verantwortung desjenigen, der es anwendet. Das gilt auch für ein Haarwaschmittel: Wenn Sie es trinken, anstatt die Haare damit zu waschen, dann verursachen Sie einen Schaden. Dann ist das genauso eine falsche Anwendung. Dafür kann man aber denjenigen, der das Produkt herstellt, nicht in Haftung nehmen. Da muss man denjenigen fragen, der es falsch angewendet hat.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber wenn eine falsche Anweisung herausgeht!)

Deshalb, glaube ich, ist es richtig, dass man zunächst als „erste Feuerwehr“ ein Darlehen angeboten hat. Gerade in den beiden Landkreisen, lieber Dieter Ehret, ist das wichtig, was auch der Kollege Pix gesagt hat, nämlich dass man fragt: Was ist im nächsten Jahr? Da muss man sehen, dass die Hauptbetroffenen auf jeden Fall möglichst schnell ihre Bestände wieder aufbauen können. Dann ist auch gewährleistet, dass diejenigen Pflanzen, die auf Insektenbestäubung angewiesen sind, auch wieder zu einem Ertrag kommen.

Das Land, meine Damen und Herren, ist weiterhin gefordert, insbesondere die Berufsimker, aber auch die Hobbyimker zu unterstützen und vor allem auch die Beratung zu verstärken. Wir haben die Fachleute dafür in Hohenheim. Wir haben Fachleute in der Landesanstalt. Wir haben auch andere Landesanstalten. Hier muss man die Beratung noch verstärkt in Anspruch nehmen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wie gesagt: Die Haftungsfrage muss geklärt werden. Da stehe ich zu allen Rednern, auch zu denen aus der Opposition. Dann muss den Imkern der Schaden ersetzt werden. Generell eine andere Agrarpolitik zu fordern halte ich für falsch; denn wir befinden uns nicht auf einer Insel der Seligen, und Landwirtschaft hat nichts mit Romantik zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bayer das Wort.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Jetzt kommt die Romantik!)

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihnen wird, wie mir auch, der Magen knurren. Deswegen mache ich es jetzt sehr kurz.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Schön!)

Eine kleine Replik, Herr Minister, an Sie: Ihre Rede war sehr lang. Sie war geprägt von Abwiegeln und von Rechtfertigungen bis zum Gehtnichtmehr.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sie war von Sachlichkeit geprägt!)

Allein das ist ein massiver Hinweis auf die Dramatik in der Sache und auch auf eigene Hilflosigkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir bitten Sie nochmals eindringlich, unseren Antrag zu unterstützen, der begehrt, beim Schadensersatz in Vorleistung zu treten, und es nicht darauf ankommen zu lassen, dass jeder einzelne Imker sich seinen Schadensersatz irgendwo erstreiten muss, möglicherweise sogar in Auseinandersetzung mit heimischen Landwirten, denen dann vorgeworfen wird, sie hätten die Saat nicht ordnungsgemäß ausgebracht. Auch das ist eine mögliche juristische Variante. Das darf nicht sein. Deswegen müssen Sie in Vorleistung gehen und müssen ein Monitoring zur Regulierung der den Imkern entstandenen Schäden anbieten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Jedem Richter stehen die Haare zu Berge!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Kretschmann das Wort.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Hauk, Sie haben im ersten Teil eine technokratische Abwiegelungsrede gehalten.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Seine Spezialität!)

Aber da es ja auch darum ging, ob man aus dieser Katastrophe etwas lernt und die Richtung ändert, haben Sie dann allgemeine Ausführungen zur sozialen und ökologischen Marktwirtschaft gemacht, die natürlich jeder irgendwie unterstreichen kann, z. B. dass man keinen Bauern zwingen kann, ökologischen Landbau zu betreiben. Aber wissen Sie: Eine vernünftige Politik liegt genau zwischen Technokratie und allgemeinen seminaristischen Ausführungen über Landwirtschaftspolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben diese Debatte hier beantragt, weil uns das Thema auch emotional sehr bewegt und es ein ganz exemplarisches und wichtiges Thema ist. Ich habe als Fraktionsvorsitzender gesprochen, um das deutlich zu machen – aber nicht nur deshalb. Ich war nämlich von 1980 bis 1984 agrarpolitischer Sprecher meiner Fraktion.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Lang her!)

Das Schlimme ist: Daran, wie hier durch das Landwirtschaftsressort geredet wird, hat sich seither im Kern nichts geändert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Genau! – Abg. Ingo Rust SPD: Das sind die gleichen Leute!)

In der Landwirtschaftspolitik hat sich etwas geändert. Ihr Vorvorgänger Weiser hat mich noch wegen des ökologischen Landbaus verhöhnt; das habe ich noch gut im Ohr. Heute ist dieser Landbau eine anerkannte Tatsache. Wir könnten heute

in Baden-Württemberg viel mehr Lebensmittel aus ökologischem Landbau verkaufen, sind dazu aber nicht in der Lage und müssen sie importieren, weil nicht genug produziert werden. – Das zur Romantik, Herr Kollege Bullinger.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das ist doch keine Romantik, das ist Fortschritt!)

Es ist dasselbe Strickmuster geblieben: Sie bringen den ökologischen Landbau mit der Landwirtschaft von vor 300 Jahren in Verbindung. Das ist einfach skandalös.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das ist jetzt auch nicht sachlich!)

– Doch. Das ist wirklich skandalös.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Als würden die Landwirte mit dem Ochsenkarren durch die Gegend fahren!)

Immer noch den Eindruck bei der Bevölkerung zu erwecken, pestizidfreier, moderner ökologischer Landbau sei ein Rückschritt in vergangene Jahrhunderte, ist einfach skandalös.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hat der Minister doch gar nicht gesagt! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist eine unzutreffende Unterstellung!)

– Ich habe Ihnen die Zitate vorgelesen.

In Wirklichkeit geht es darum: Es ist seit jeher immer dasselbe Strickmuster, bei DDT, bei Lindan, bei Atrazin – und jetzt bei Clothianidin. Diese Mittel, die Katastrophen verursacht haben, waren zum jeweiligen Zeitpunkt immer genehmigt. Wenn das immer wieder passiert, dann macht eine vernünftige Politik etwas, was auch auf anderen Gebieten ganz üblich ist: Sie ändert die Richtung und die Rahmenbedingungen, damit wir aus dieser Pestizidfalle endlich herauskommen. Das wäre die richtige, zukunftweisende Politik, statt immer nur wie Sie in der Giftfalle zu bleiben und daran herumzudoktern – was Sie dann mehr oder weniger erfolgreich machen. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Kretschmann, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Anhand dieser Katastrophe wollen wir die Frage stellen: Geht die Landwirtschaft in die richtige Richtung, und wie befördert man die richtige Richtung? Wir fragen nicht: Wie zwingt man Leute in die richtige Richtung? Davon hat überhaupt noch nie jemand geredet, sondern es geht um die Fragen: Wie machen wir eine Rahmen- und Förderpolitik? Wie stützen wir uns auf die Verbraucher, die solche Lebensmittel aus dem ökologischen Landbau nachfragen? Wie bringen wir es hin, dass das Zug um Zug in diese Richtung geht und wir ganz andere Margen in der ökologischen Landwirtschaft bekommen, als wir sie heute haben?

Das war unser Anliegen. Dazu haben Sie, Herr Minister, es leider an jeder vernünftigen und zukunftweisenden Antwort vermissen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur Verbescheidung der Anträge.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2698, ist ein Berichtsteil. Ich gehe davon aus, dass dieser Abschnitt erledigt ist.

Abschnitt II beinhaltet Handlungsersuchen. Darüber wird sicherlich Abstimmung verlangt. Wer Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2698, zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Stopp! Herr Präsident, wir wollen, dass der Antrag an den Ausschuss überwiesen wird! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der Antrag Drucksache 14/2698 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft überwiesen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es ist abgestimmt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn eine Fraktion verlangt, einen Antrag, über den im Plenum debattiert wurde, zur weiteren Beratung an einen Ausschuss zu überweisen, kann man diesem Anliegen folgen. Das entspricht gutem parlamentarischen Brauch, würde ich sagen. Wir überweisen den Antrag Drucksache 14/2698 also an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2722. Dabei handelt es sich um einen reinen Berichtsantrag. Dieser Antrag wird durch die Aussprache für erledigt erklärt.

Soll der zu diesem Antrag eingebrachte Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2789, ebenfalls zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen werden? –

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Nein, nein! Abstimmen! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist die übliche Uneinigkeit in der SPD!)

Die SPD-Fraktion begehrt Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 14/2789. Wer diesem Antrag zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Soll der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2742, für erledigt erklärt oder an den Ausschuss überwiesen werden? – Er soll für erledigt erklärt werden. Es ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:32 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:32 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Heimgesetz für Baden-Württemberg (Landesheimgesetz – LHeimG) – Drucksache 14/2535

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 14/2708

Berichterstatterin: Abg. Katrin Altpeter

Das Präsidium hat eine Allgemeine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich in der Allgemeinen Aussprache Herrn Abg. Raab das Wort. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr guter Mann!)

Abg. Werner Raab CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ohne dass dies explizit auf der Tagesordnung steht, ist das Thema „Demografische Entwicklung“ heute im Fokus unserer Debatte bei der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für das erste baden-württembergische Heimgesetz. Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in unserem Land um 54 % zunehmen. Dies ist Grund genug, ein zukunftweisendes Gesetz zu erlassen, dessen Aktualität bereits heute gegeben ist.

Bei allen berechtigten Interessen der Leistungsanbieter: Für uns sind die Anliegen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner von Heimen und der Verbraucherschutz das primäre Ziel der gesetzlichen Regelung. Dennoch haben wir ein Gesetz entwickelt, das auch dem Gedanken der Vereinfachung und Entbürokratisierung gerecht wird. Die durch die Föderalismusreform vom Bund auf das Land übergegangene Zuständigkeit hat uns die Chance gegeben, eine klare Definition und eine Abgrenzung zum betreuten Wohnen und zum ambulant betreuten Wohnen vorzunehmen.

Ein der CDU-Fraktion besonders wichtiger Bereich ist die Ermöglichung neuer Wohnformen. An diesen Leitlinien haben wir uns orientiert und entgegen anderslautender Äußerungen auch von Leistungserbringern Zustimmung erfahren. Auch der Landesseniorenrat hat durch seinen Vorsitzenden, Herrn Hörrmann, letzte Woche beim Landesseniorentag in Heilbronn grundsätzlich zustimmende Worte gefunden.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir waren dabei! Es stimmt! – Zurufe der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE und Katrin Altpeter SPD)

– Danke für die Bestätigung. Wir waren ja alle vier auf dem Podium. Dem ist nicht zu widersprechen.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Sie hören mit anderen Ohren!)

Was haben wir im Hinblick auf das Bundesrecht verbessert? Wer Qualität sichern möchte, muss eine Fachkraftquote zur Vorhaltung von ausreichend qualifiziertem Personal vorschreiben. Wir wollen 50 % – Ausnahmen nur, wenn es die Belange der Bewohner erlauben.

Gute Qualität wird auch durch die Arbeit der Heimaufsicht und deren unangemeldete Begehungen erreicht. Die im Landeshaushalt zur Verfügung zu stellenden 150 000 € werden den erforderlichen Sachverstand gewährleisten.

Auch von den in zwei Jahren zu erstellenden Qualitätsberichten versprechen wir uns eine Verbesserung zugunsten der Bewohner und ihrer Angehörigen. Dahinter ist kein Misstrauen gegenüber den Heimen zu sehen. Wer gute Arbeit leistet, kann sie gern dokumentieren und veröffentlichen. Wer nicht veröffentlichen kann oder will, hat ein Problem der Rechtfertigung und sicherlich auch ein Problem mit seiner wirtschaftlichen Zukunft. Es gibt genügend Beispiele aus der Politik, bei denen solche Vergleichsmöglichkeiten eine heilsame, leistungsverbessernde Wirkung gezeigt haben. Wettbewerb ist eine gute Motivation für Verbesserungen. Im Heimbereich sind sie absolut gewollt.

Bei dem Kongress der CDU-Landtagsfraktion am vergangenen Samstag wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass die Menschen zuvörderst in ihren eigenen vier Wänden alt werden wollen. Der Weg ins Heim wird von vielen möglichst weit hinausgeschoben. Ambulant betreute Wohngemeinschaften sind eine von mehreren Möglichkeiten zwischen Selbstversorgung und Heimaufenthalt.

Dem wollen wir mit der klaren Abgrenzung Rechnung tragen, in welchen Fällen das Heimgesetz gilt und in welchen nicht. Dabei ließen wir uns von dem Gedanken tragen: Menschen mit Behinderungen und Menschen mit psychischer Erkrankung haben eine andere Lebenssituation als Heimbewohner. Wir wollen den unterschiedlichen Lebenszielen gerecht werden. Bei Menschen in Wohngemeinschaften ist der Weg zu mehr Selbstständigkeit das Ziel. Ihre Individualität auszubauen und zu verstärken steht im Vordergrund.

Ich möchte an dieser Stelle meinen persönlichen Dank für die Zustimmung zu dem gemeinsamen Änderungsantrag zur Anhebung der Grenze, bis zu der betreute Wohngruppen nicht unter das Heimgesetz fallen, von ursprünglich sechs auf höchstens acht Plätze zum Ausdruck bringen. Die wenigen Enthaltungen lagen näher bei den Zustimmungen. Dies ist jedenfalls meine persönliche Bewertung.

Einen Fortschritt sehen wir ebenso in der Aufnahme von Wohngemeinschaften von Menschen mit Behinderungen in den Schutz des Heimgesetzes. Auch hier geht es nicht um Misstrauen. Es geht um die Qualitätssicherung für die Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Angehörigen.

Die Mitwirkung von Bewohnerinnen und Bewohnern in Angelegenheiten ihres Heimes ist uns wichtig. Es ist selbstverständlich keine Mitwirkung, wie sie das Arbeitsrecht kennt. Es geht um die Möglichkeit, an Entscheidungen zu partizipieren. Heimbeiräte können auf die Qualität der Einrichtung unmittelbar einwirken und schützen die Würde der Bewohner, indem sie deren Interessen und Bedürfnisse zum Ausdruck bringen. Zusammen mit qualifiziertem und engagiertem Personal sorgen sie für eine hohe Pflegequalität in unserem Land. Wo dies nicht der Fall ist, machen sie darauf aufmerksam und tragen dabei eine hohe Verantwortung.

(Werner Raab)

Neue Entwicklungen sind durch die Erprobungsregelungen möglich. Kaum ein anderer Bereich ist so dynamisch. Was noch geschehen muss, ist eine Zusammenfassung der bisher geltenden sechs Verordnungen in einer einzigen. Dabei ist eher an eine Verschlankung als an den Fortbestand aller Regelungen zu denken. Wir erwarten von der Landesregierung eine zügige Erarbeitung und eine rechtzeitige Beteiligung, wie wir sie auch beim Gesetzgebungsverfahren erfahren durften.

Allen Beteiligten – Ihnen, Frau Sozialministerin Dr. Stolz, Ihren Fachleuten im Ministerium und den an den Anhörungen Beteiligten – darf ich an dieser Stelle danken. Wir haben alle zusammen in hoher Verantwortung für die Menschen in den Heimen ein erstes Landesheimgesetz zur Verabschiedung reifen lassen, von dessen Qualität wir überzeugt sind, ohne uns in den Vordergrund zu stellen.

Danken möchte ich auch den Damen und Herren, die täglich ihr Können und ihre Kraft zum Wohle unserer Mitmenschen einbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Altpeter das Wort.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Übergang der Gesetzgebungskompetenz zum Heimrecht vom Bund auf die Länder hätten Sie, Frau Ministerin, die Möglichkeit gehabt, mit einer Neufassung des Heimrechts für Transparenz und für wirklichen Verbraucherschutz zu sorgen und die Versorgung und Unterstützung von Menschen in Einrichtungen der Alten- und der Behindertenhilfe mit einer wirklichen Perspektive weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ich möchte an dieser Stelle klar sagen: Die Chance, ein Gesetz zu schaffen, das für die sehr unterschiedlichen Einrichtungen der Alten- und der Behindertenhilfe maßgeschneiderte Lösungen vorsieht, haben Sie schlicht und einfach vergeben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Der vorliegende Gesetzentwurf übernimmt weitgehend die Strukturen des alten Bundesheimgesetzes und lässt wenig Raum für neue, für innovative Entwicklungen und auch viel zu wenig Raum für die sich verändernden Bedarfe der heute und künftig Pflegebedürftigen, Behinderten und chronisch psychisch kranken Menschen in unserem Land.

Deutlich wird dies bereits an der Überschrift des Gesetzentwurfs: Der Begriff „Heim“ ist ein überholter und auch ein anachronistischer Begriff und entspricht bereits heute nicht mehr den Lebensbedingungen der Menschen, die aufgrund einer Einschränkung gezwungen sind, in einer stationären Einrichtung zu leben.

Wir hätten uns gewünscht – und dahin zielen auch unsere Anträge –, dass Sie die Chance, die sich durch die Föderalismusreform ergeben hat, wirklich wahrgenommen und gesagt hätten: Jawohl, wir wollen das Leben von Menschen in stationären Einrichtungen in unserem Land wirklich neu gestalten, wir wollen etwas bewegen, wir wollen hier ein zukunftweisendes Gesetz schaffen. Dies ist nicht geschehen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Es ist ja auch nicht so, dass nur wir – wie es aus den Reihen der Opposition heraus üblich ist – Kritik an der Landesregierung üben würden, sondern wir sind mit unserer Kritik auf ganz breiter Basis nicht allein: Vom Städtetag über die Wohlfahrtsverbände und die anderen Anbieter bis hin zu den Betroffenenvertretungen und den Selbsthilfeverbänden habe ich selten – und ich bin ja jetzt auch nicht erst seit ganz Kurzem dabei – zu einem Gesetzentwurf aus dem Sozialressort so viel Kritik in allen Richtungen gehört. Ich glaube und bin mir da sogar sicher: An dieser Stelle sieht man sehr deutlich, was Ihnen mit diesem Gesetzentwurf nicht gelungen ist. Sie wollten es allen recht machen, haben aber niemanden befriedigen können.

(Abg. Werner Raab CDU: Sie wollen das!)

Jetzt haben wir einen Gesetzentwurf, der niemandem gerecht wird.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Werner Raab CDU: Sie wollen das!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auf einige Punkte, auf die sich auch unsere Änderungsanträge beziehen, eingehen.

Der erste Punkt ist das Heimvertragsrecht. Zu Recht weisen Städtetag und andere Organisationen in ihren Stellungnahmen darauf hin, dass aus ihrer Sicht der Bund die Gesetzgebungskompetenz für das Heimvertragsrecht hat und die heimvertraglichen Regelungen im Gesetzentwurf der Landesregierung daher unzulässig sind. Aber nicht nur die rechtlich ungeklärte Situation, die zu Unsicherheiten bei Bewohnern und Angehörigen führt, hat uns veranlasst, zu beantragen, das Kapitel Heimvertragsrecht ganz aus dem Gesetzentwurf herauszunehmen, sondern auch das Wissen, dass der Grundsatz des Verbraucherschutzes auch im Heimvertragsrecht gelten muss. Es kann nicht sein, meine Damen und Herren, dass, wenn ich in Ludwigshafen wohne und einen Angehörigen in Mannheim in einer stationären Einrichtung habe, dort ein anderes Vertragsrecht gilt, dass, wenn ich in Ulm wohne und meinen Angehörigen in Neu-Ulm habe, ich dort als Verbraucher mit einem anderen Vertragsrecht zu tun habe. Das Heimvertragsrecht ist so zu behandeln wie Mietverträge und andere Verträge. Damit bedarf es einer bundeseinheitlichen Regelung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ihr seid Superföderalisten! Lippenbekenntnisse! – Abg. Werner Raab CDU: Was soll das denn?)

Ich möchte zum Verbraucherschutz noch einige Worte sagen. Zu einem guten Verbraucherschutz gehören in erster Linie Qualität und Transparenz. Deswegen ist es uns ein großes An-

liegen, dass die Berichte der Heimaufsichten landesweit einheitlich geregelt werden. Bislang ist keine Vergleichbarkeit gegeben. Ein entsprechender Passus dazu findet sich im Gesetz jedoch nicht.

Das Gleiche gilt für die Veröffentlichung von Qualitätsberichten. Wir halten es nicht für richtig, dass die Veröffentlichung dieser Qualitätsberichte freiwillig ist, da eine Freiwilligkeit immer impliziert, dass man es vielleicht eher nicht macht, vor allem dann, wenn Mängel vorhanden sind. Die Veröffentlichung der Qualitätsberichte muss aus unserer Sicht verpflichtend sein.

Insgesamt sage ich: Der Gesetzentwurf sieht keine Innovationen vor. Das ist bedauerlich für die Situation der stationären Einrichtungen, es ist bedauerlich für die Weiterentwicklung von Angeboten, für die Perspektive. Sie, Herr Raab, haben zu Beginn Ihrer Rede dargestellt, in welchem Umfang sich die Zahl der Pflegebedürftigen erhöhen wird.

(Abg. Werner Raab CDU: Um 54 %!)

Angesichts dieser Herausforderung wäre es dringend notwendig gewesen, hier ein Gesetz zu machen, das weiter geht und den tatsächlichen Bedarfen entspricht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Noch einen Satz, Herr Präsident, zu den Anträgen der Grünen: Wir halten es nicht für richtig, den ambulanten Bereich in die ordnungsrechtliche Struktur eines Heimgesetzes einzubinden.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Werner Raab CDU: Guter Vorschlag!)

Deswegen werden wir die Anträge, die sich auf die strukturellen Dinge beziehen, ablehnen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Keine Koalition in der Opposition!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE bekommt Frau Abg. Mielich das Wort.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin Stolz! Unsere Kritik am Landesheimgesetz haben Sie in der letzten Woche folgendermaßen kommentiert – ich zitiere –:

Das Heimgesetz gilt für Heime: Wenn die Opposition uns bescheinigt, dass für diesen Personenkreis das Heimgesetz gut ist, haben wir also einen guten Job gemacht.

(Abg. Werner Raab CDU: Dem ist nicht zu widersprechen!)

Es tut mir leid, Frau Ministerin: Nein, Sie haben keinen guten Job gemacht. Sie haben mit Ihrer Reaktion nur sehr deutlich gemacht, was das Ziel der Landesregierung ist. Sie wollen die stationäre Pflege regeln, Sie wollen kein Gesetz auf den Weg bringen, das mehr umfasst. Dabei orientieren Sie sich in weiten Teilen an der Bundesgesetzgebung und verändern lediglich die Qualitätssicherung, die Mitsprache der Bewohner und Bewohnerinnen, und Sie nennen die verbindliche Fachkraftquote.

Sie machen unter dem Strich ein Gesetz für die 2 % der Menschen über 65 Jahre, die laut einer aktuellen IWD-Marktforschungsumfrage bereit sind, ihren Lebensabend in der stationären Pflege zu verbringen.

Was ist denn mit all den anderen Menschen? Was ist mit den vielen Menschen? Herr Raab, Sie haben die Zahlen ganz klar genannt. Bis zum Jahr 2030 wird sich die Zahl der Menschen über 65 Jahre um 54 bis 65 % erhöhen.

Was passiert mit all den Menschen, die ganz klar erkennen lassen, dass sie eben nicht in der stationären Pflege leben wollen, sondern dass sie andere Lösungen für sich wollen, dass sie in ambulante Wohnformen wollen, dass sie wohnortnahe Möglichkeiten haben wollen und dass sie vor allem in ihrem sozialen Umfeld leben wollen?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die sind froh, wenn sie nicht dem Heimgesetz unterworfen werden!)

Es ist ganz klar erkennbar – von daher ist es mir sehr recht, Frau Ministerin, dass Sie das noch einmal so deutlich benannt haben –, wo die Grenzen des Landesheimgesetzes sind. Die Kritik, die meine Kollegin Altpeter formuliert hat, teilen wir. Mit diesem Heimgesetz wird die Chance verpasst, ein modernes, zukunftsfähiges, innovatives Gesetz auf den Weg zu bringen. Das bedauern wir außerordentlich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie können unter dem Strich sagen – das ist auch meine Kritik –: Das Gesetz bringt nur für diese 2 %, für diese kleine Gruppe von Menschen, die eine stationäre Pflege wollen, eine Verbesserung, weil Sie in der Tat eine deutliche Verbesserung der Qualitätskontrolle vorsehen und da auch eine Vergleichbarkeit hinkriegen. Aber für alle anderen Menschen bringt es eben keine Verbesserung. Da muss ich sagen: Ein Landesheimgesetz auf den Weg zu bringen, das nur eine so kleine Zielgruppe befriedigt und alle anderen nicht, ist wirklich ein äußerst bescheidenes Ziel. Sie verschenken die Chance, wirklich ein neues Gesetz auf den Weg zu bringen.

Wir haben einen umfassenden Änderungsantrag im Ausschuss vorgelegt. Die darin enthaltenen Änderungsvorschläge wollen wir auch jetzt, in der Zweiten Beratung, noch einmal vorstellen. Das hat seinen Grund. Es sind sehr umfassende Änderungsvorschläge, die sehr deutlich machen, welchen Geist, welchen Sinn und welche Möglichkeiten wir in einem modernen, innovativen Landesheimgesetz gesehen hätten.

Wir sehen in unserem Änderungsantrag vor, die betreuten Wohnformen in einem eigenen Teil zu regeln. Dazu sagen Sie, Herr Raab, im Ausschuss und auch in der heutigen Beratung – auch Sie, Herr Noll, machen das immer wieder –: „Sie wollen zu viel regeln. Sie wollen alles regeln. Lassen Sie das doch einmal mit diesen Regelungen.“

(Bärbl Mielich)

(Abg. Werner Raab CDU: Wir wollen schlanke Gesetze! Wir wollen nur das regeln, was geregelt werden muss! – Minister Ernst Pfister zu Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was willst du alles regeln? – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Frau Mielich, erklären Sie dem Herrn Minister, dass ich zu wenig regeln will!)

– Ich unterstütze es sehr, wenn Sie schlanke Gesetze wollen. Aber Sie müssen auch Gesetze machen, die den Realitäten entsprechen. Sie müssen Gesetze machen, die es ermöglichen, die vielen Initiativen, die vor Ort bestehen, mit einem Gesetz zu unterstützen.

(Abg. Werner Raab CDU: Geben Sie doch Freiheit!)

Da können Sie nicht einfach wie beim „Magischen Denken" die Augen zumachen und sich vorstellen, das gebe es alles nicht, sodass Sie nichts zu regeln brauchten.

Es ist der Anspruch der Menschen im Land, dass ihre Ansätze, ihre Vorstellungen, ihre Initiativen aufgegriffen werden. Es ist die Aufgabe von Politik, zuzuhören, hinzuschauen und die Ansprüche und Anforderungen der Menschen wahrzunehmen und in den Regelungen zu berücksichtigen. Das wollen wir mit unserem Änderungsantrag machen. Das ist in Ihrem Gesetzentwurf leider nicht gelungen; das bedauern wir außerordentlich.

(Abg. Werner Raab CDU: Wir haben im Gesetz eine Experimentierklausel!)

Was ich nicht verstehe – das muss ich wirklich sagen –, ist, dass es nicht möglich gewesen ist, in diesem Regelungsbereich des Landesheimgesetzes fraktionsübergreifend zu agieren. Wir haben doch alle ein gemeinsames Ziel: Wir wollen die Lebenssituation der Menschen im Alter, der Menschen mit Behinderung, der chronisch Kranken und der psychisch Kranken verbessern. Wir wollen an den Menschen heran. Wir wollen Strukturen schaffen, mit denen wir dafür sorgen können, dass es hierzu bessere Möglichkeiten gibt. Wir alle haben, denke ich, offene Ohren für die kommunalpolitischen Belange.

(Abg. Werner Raab CDU: Ja!)

Aber es ist nicht einmal gelungen, überhaupt einmal fraktionsübergreifend im Ausschuss eine ergebnisoffene Debatte zu führen.

(Abg. Werner Raab CDU: Weil Sie völlig danebengelegen sind!)

Es ist nicht gelungen, überhaupt irgendeine Debatte zu führen. Da ist starr durchmarschiert worden. Das Landesheimgesetz geht jetzt ohne große Veränderung in die Verabschiedung. Die einzige Veränderung, die durchsetzbar war, haben Sie, Herr Raab, gerade benannt.

Wir haben z. B. keine interdisziplinäre Qualitätskontrolle erreicht. Auch das ist ein Bereich, in dem eine Chance vertan worden ist. Man sollte doch klar erkennen, dass es nicht nur um die pflegerischen Aspekte – „satt und sauber" nenne ich als Stichwort –, sondern auch um die sozialpsychologischen und die heilpädagogischen Aspekte geht. Auch diese hätte man dringend regeln müssen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Noch einen Satz: Ich bedauere sehr, dass es nicht gelungen ist, wirklich ein Gesetz hinzukriegen, das zukunftsfähig ist.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man verschiedene Ziele verfolgt, wird man immer versuchen müssen, die unterschiedlichen Ziele gegeneinander abzuwägen.

(Abg. Werner Raab CDU: So ist es!)

Um den Vorwurf „Alles völlig verfehlt" zu entkräften, nenne ich Ihnen einmal die Ziele des Landesseniorenrats, die wir uns zu eigen gemacht haben und die sich nahtlos in dem Gesetzentwurf wiederfinden. Der Landesseniorenrat ist überparteilich und unabhängig. Es sind nämlich die Menschen, um die es geht, die im Zweifelsfall der Hilfe bedürfen.

(Abg. Karl Rombach CDU: Richtig! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! So ist es!)

Er schreibt – wir haben es im Rahmen unserer gemeinsamen Anhörung vernommen –:

Der vorliegende Entwurf eines auf die baden-württembergischen Verhältnisse zugeschnittenen Heimrechts wird grundsätzlich den Anforderungen gerecht, die der Landesseniorenrat in seiner Stellungnahme vom 13. Juli 2007 genannt hat:

Sicherung der Qualität, Ermöglichung neuer Wohnformen, Verbraucherschutz, Anpassung der Heimmitwirkung an die Situation der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, Entbürokratisierung.

Das heißt, alle fünf Ziele werden mit diesem Gesetzentwurf erreicht,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

wie es der Landesseniorenrat bestätigt,

(Abg. Karl Rombach CDU: Hört, hört!)

der sicherlich unverdächtig ist,

(Abg. Ingo Rust SPD: Der Städtetag ist verdächtig?)

irgendjemandem nach dem Mund zu reden, und nur die älteren Menschen vertritt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Er sagt: Diese Ziele habt ihr mit dem Gesetzentwurf erreicht.

(Dr. Ulrich Noll)

(Abg. Karl Rombach CDU: Hört, hört! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Die haben etwas anderes gesagt!)

Das ist Punkt 1.

Nun zum Stichwort Föderalismus und zu der Forderung, in Mannheim müssten doch dieselben Regeln gelten wie in Ludwigshafen. Ihr seid mir schöne Föderalisten!

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das Heimvertragsrecht hat nichts mit dem Land zu tun! – Zurufe von der CDU: Feudalisten!)

Jetzt bekommen wir einmal das Recht, ein eigenes Gesetz zu machen, das auf die Menschen in diesem Land zugeschnitten ist. Nehmen wir uns nun doch selbstbewusst auch das Recht heraus, dies so zu regeln, wie wir glauben, dass es richtig geregelt ist.

(Abg. Karl Rombach CDU: Genau! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Altpeter, Sie brauchen schon heute Betreuung!)

Zum nächsten Thema: Liebe Frau Mielich, ich hatte bei der Veranstaltung des Landesseniorenrats leider keine Gelegenheit, einmal ein paar Dinge richtigzustellen. Sie haben ja den Antrag gestellt, dem Gesetz den Titel „Gesetz zur Förderung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung“ zu geben.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja!)

Ich meine – und darauf hat dankenswerterweise bereits die Kollegin Altpeter hingewiesen –: Das, worauf die Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause betreuen, als Letztes warten, ist, dass wir sie auch noch unter das Heimgesetz subsumieren. Das wollen sie gerade nicht,

(Abg. Werner Raab CDU: Eben! So ist es!)

und wir wollen das auch nicht. Sie sollten nicht so tun, als gäbe es im ambulanten Bereich keinerlei Kontrollen und keinerlei Unterstützung. Durch die Sozialgesetzgebung und das Pflegegesetz unterliegen die Dienste doch jeglicher Kontrolle durch die Pflegekassen. Tun Sie doch bitte nicht so, als wären die Menschen an dieser Stelle nicht geschützt!

Nächster Punkt: Sie haben vorgebracht, wir sollten durch ein solches neues Gesetz aufsuchende Hilfen für den ambulanten Bereich festschreiben. Wissen Sie, diese aufsuchenden Hilfen gibt es, und zwar ohne dass Sie hierzu ein spezielles Gesetz machen müssen. Fast alle Seniorenräte, Stadt- und Kreisseniorenräte, haben diese klassischen Besuchsdienste, die, sofern man das will und es nicht ablehnt, zu bestimmten Geburtstagen Besuche absolvieren. Da gibt es viel bürgerschaftliches Engagement.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist ein absoluter Quatsch! Besuchsdienste sind doch etwas völlig anderes!)

Wir brauchen nicht die Grünen, die die Leute dazu drängen, Verantwortung füreinander zu übernehmen, und dazu brauchen wir auch keine gesetzliche Regelung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Werner Raab CDU: Sehr gut!)

Wir brauchen eine gesetzliche Regelung dafür, dass die Menschen, die sich tatsächlich vollständig in die Obhut eines Heimes begeben müssen, sicher sein können, dass der Gesetzgeber ein Auge darauf hat. Das betrifft nicht nur den Medizinischen Dienst, sondern auch die staatliche und kommunale Heimaufsicht. Darauf hat Herr Kollege Raab schon zu Recht hingewiesen. Seit die Zuständigkeit hierfür bei den Landkreisen liegt, wurde immer wieder beklagt, dass häufig Verwaltungsfachkräfte die Heimaufsicht wahrnähmen. Das geht natürlich nicht. Deswegen geben wir auch Geld hinein und sagen: Da müssen künftig sachkundige Personen dabei sein, die nicht nur danach schauen, wo der Feuerlöscher hängt, sondern die die Patienten, die Menschen anschauen und beurteilen können, ob es ihnen gut geht und sie in einem guten Gesundheitszustand sind. Die Situation werden wir dadurch deutlich verbessern – das sage ich als Antwort auf Ihre Frage, was es an Verbesserungen gibt.

Die Redezeit läuft ja immer so schnell ab. Es gäbe noch vieles zu sagen. An ein Versprechen, das ich vor vier Wochen hier gegeben habe, möchte ich jedoch noch einmal erinnern: Wir werden an diesem Gesetz einmal zeigen, dass es auch im Landtag von Baden-Württemberg vorkommen kann, dass ein Gesetz nicht so den Landtag verlässt, wie es eingebracht worden ist. Das haben wir an einem Punkt geschafft,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ihr seid Helden!)

und dabei danke ich sowohl dem Ministerium als auch unseren Koalitionsfreunden von der CDU. Wir haben nämlich gesehen,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir sind richtig stolz auf euch!)

dass dieses Heimgesetz in der Tat ein bisschen zu stark von den Bedürfnissen der alten Menschen, der Altenhilfe her geprägt ist. Wir wissen aber, dass viele psychisch Kranke – dazu gehören auch jüngere Menschen – und viele behinderte Menschen ebenfalls in Heimen leben. Auf diese Menschen muss das Heimgesetz ebenfalls zugeschnitten sein. Da haben uns die Verbände zu der Frage gesagt, ab welcher Anzahl von Betreuten eine Einrichtung als Heim gilt – ursprünglich stand ja im Gesetzentwurf: ab einer Zahl von sechs Personen ist eine Einrichtung automatisch ein Heim –: Die betreuten Wohngruppen, etwa für psychisch Kranke und Behinderte, sind häufig größer. Deswegen freue ich mich sehr, dass es möglich war, die Grenze auf acht anzuheben. Wenn es dann allerdings z. B. zwölf Menschen sind, liegt die Vermutung nahe, dass es sich doch um ein Heim und nicht um eine betreute Wohngruppe handelt. Ich meine, wir haben jetzt einen guten Kompromiss gefunden.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wem küssen wir jetzt die Füße?)

Der nächste große Kritikpunkt war die Frage: Lasst ihr neue Modelle auch im stationären und im teilstationären Bereich zu? Ich möchte übrigens erwähnen: Die Nachtpflege, die Kurzzeitpflege und all das sind herausgenommen worden. Das Gesetz ist entbürokratisiert worden, weil wir gesagt haben: Wir müssen nicht alles bis ins letzte Detail regeln.

Die Frage „Wie können wir z. B. eine Demenzwohngruppe aufbauen, die eben kein Heim ist, aber trotzdem dem Heim-

gesetz unterliegt?“ war strittig. Wenn der Investor und der Dienstleister identisch sind, ist es grundsätzlich ein Heim. Da hatte ich ursprünglich eine etwas andere Ansicht. In der Zwischenzeit sage ich, dass der Gesetzentwurf eine ausgewogene Lösung darstellt. Dadurch, dass wir diese Gruppen nicht völlig aus dem Heimgesetz herausnehmen, können wir ein bisschen den Finger auf die Einrichtungen halten und immer wieder hineinschauen.

Wir haben mit unserem Änderungsantrag aber auch klar signalisiert, dass wir diese Experimentierklausel so handhaben wollen und in der jetzt noch zu entwickelnden Heimverordnung so gestalten wollen, damit solche innovativen Lösungen, die die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in den Mittelpunkt stellen, nicht an bürokratischen Regelungen scheitern.

Ich glaube, wir haben einen guten Kompromiss gefunden,

(Glocke des Präsidenten)

der vom Denken, von den Kunden, von den älteren Menschen, von den ehrenamtlich engagierten Personen her …

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter – –

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: … wirklich ein gelungener Gesetzentwurf ist.

Hinsichtlich der Verordnung, deren Entwicklung noch ansteht, wurde uns zugesagt, dass wir sie gemeinsam hier im Parlament besprechen werden.

(Abg. Werner Raab CDU: Ich habe es ja zugesagt! – Abg. Christine Rudolf SPD: Was für eine Verordnung?)

– Wir brauchen eine Verordnung.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Schon klar!)

Bisher hatten wir fünf Verordnungen, jetzt machen wir eine daraus. Auch hier kommt es zu Verschlankung und Entbürokratisierung. In dieser Verordnung werden wir Details darstellen, wie Heimmitwirkung zu organisieren ist. Damit werden wir auch …

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, jetzt zum Schluss zu kommen.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: … eine Verbesserung erreichen, die der realen Tatsache, dass manchmal ein Heimbeirat eben nicht gegründet werden kann, entspricht, indem Ersatzgremien leichter als bisher gegründet werden können. Das wird alles noch präzisiert.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ist doch gut jetzt!)

Also, nichts ist zu 100 % sehr gut, …

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, ich darf Sie zum dritten Mal bitten, zum Schluss zu kommen.

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: … aber ich würde behaupten, der Gesetzentwurf ist zu 90 % sehr gut, der Rest ist gut. Wir sind dazu da, solche Gesetze und Verordnungen immer wieder auch weiterzuentwickeln.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dazu sind wir auch gern bereit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Fünf Minuten.

(Abg. Walter Heiler SPD: Überzogen? – Oh-Rufe – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das wird beim nächsten Redebeitrag abgezogen!)

Fraktionsvorsitzende haben das geschäftsordnungsmäßige Recht, ohne feste Redezeit auf Redebeiträge des Ministerpräsidenten zu antworten. Aber meine Bitte wäre, sich im Normalfall an die Redezeit zu halten, die alle anderen Abgeordneten auch einhalten müssen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Fraktionsvorsitzende muss man besonders behandeln!)

Ich erteile Frau Ministerin Dr. Stolz das Wort.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Worum geht es denn heute Nachmittag, wenn wir über ein Heimgesetz reden? Ich denke, zunächst einmal ist festzustellen, dass niemand von uns pflegebedürftig werden will.

(Abg. Werner Raab CDU: So ist es! Ja!)

Pflegebedürftigkeit können wir aber nicht verhindern. Umso schlimmer ist es, wenn von Pflegemängeln die Rede ist. Dabei dürfen einzelne Missstände in manchen Heimen, so schlimm sie auch sind, sicher nicht verallgemeinert werden. Ich habe zunächst einmal – das ist mir in diesem Zusammenhang wichtig – immer wieder zu sagen, dass ich allergrößte Achtung vor den vielen engagierten Menschen habe, die auch mit einem großen persönlichen Einsatz in den Pflegeheimen hervorragende Arbeit leisten

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Karl Rombach CDU: So ist es! Bravo!)

und unsere pflegebedürftigen Menschen unter oft schwierigen Umständen und in einer sehr schwierigen Lebensphase begleiten und pflegen. Dafür müssen wir danken.

Worum geht es heute? Es geht nicht darum, liebe Frau Kollegin Mielich, dass wir hier über eine Landespflegekonzeption oder über ein Landespflegegesetz reden, sondern es geht um eine gesetzliche Regelung dessen, was geregelt werden muss, weil es eben trotz überwiegend hervorragender Arbeit in den Pflegeheimen doch auch zu Pflegemängeln kommt und weil hier eben auch Kontrolle und Schutz der Menschen notwendig sind. Wir sind es den Menschen in den Einrichtungen schuldig, hier auch etwas zu tun.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Wie können Pflegedürftige und Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen in Heimen effektiv vor solchen Mängeln bewahrt werden? Das ist uns in diesem Gesetzentwurf wichtig. Wenn Sie, liebe Frau Kollegin Mielich, sagen, uns ginge es lediglich um den Schutz, dann sage ich, dass uns das ein ganz wichtiges und das wichtigste Anliegen überhaupt ist,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

das wir hier in diesem Heimgesetz regeln wollen.

Auf die Frage, ob wir den Ausdruck „Heim“ durch „Stationäre Einrichtungen“ ersetzen sollen, würde ich sagen: Auf solche Innovationen sind wir nicht angewiesen.

(Abg. Werner Raab CDU: Es muss das draufstehen, was drin ist!)

Bei dem Wort „Heim“ wissen wir, wovon wir reden. Dafür brauchen wir keine neuen Begriffe.

Was heißt jetzt „eine gute Pflegequalität zu sichern“? Ganz wesentlich für eine gute Betreuung und Pflege ist ausreichendes und qualifiziertes Personal. Gerade wenn Pflegemängel auftauchen, wird zu wenig oder zu wenig qualifiziertes Personal immer wieder als Ursache genannt. Um dies auch im Gesetz deutlich zu machen, haben wir die Fachkraftquote in das Heimgesetz geschrieben. Ich darf die SPD daran erinnern, dass das ja auch eine vehemente Forderung von ihrer Seite war. Das haben wir allerdings nicht deshalb gemacht,

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Schade!)

sondern deshalb, weil wir damit zum Ausdruck bringen wollen, dass uns diese Pflegekraftquote als Qualitätsmerkmal sehr wichtig ist.

Eine weitere Möglichkeit, den Schutz der Bewohner von Heimen zu gewährleisten, sind mehr Transparenz und Verbraucherschutz in den Einrichtungen. Auch hier haben wir mit diesem neuen Landesheimgesetz einiges getan. Signalwirkung hat dabei, dass wir als erstes Land den Verbraucherschutz als Zielbestimmung in unser Heimgesetz aufgenommen haben.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Er war nämlich im alten Bundesgesetz nicht enthalten. Liebe Frau Kollegin Altpeter, da muss ich mich schon fragen: Reden wir jetzt vom gleichen Gesetz, wenn Sie sagen, der Verbraucherschutz spiele bei diesem Gesetz keine Rolle? Ich denke, wir reden hier vom gleichen Gesetz.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Die Leute können alle nicht lesen!)

Ich muss Ihnen sagen: Das ist die Zielbestimmung. Deswegen haben wir auch einige Punkte aufgenommen. Ich nehme schon an, dass sie auch vonseiten der SPD wahrgenommen wurden.

Wir wollen z. B. – auch das gehört zur Transparenz –, dass die Heimaufsichten die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen in einer geeigneten Form veröffentlichen müssen. Ab 2010 sollen dann auch umfassende Qualitätsberichte erstellt werden. Diese sollen nicht nur die Mängel, sondern auch die Stärken der Heime darstellen. Ich finde, das ist wichtig. Es ist ein berechtigtes Anliegen der Heime, dass sie auch auf ihre guten Seiten hinweisen können und diese auch öffentlich machen können. Die Träger können diese Berichte freiwillig veröffentlichen. Diejenigen, die das nicht tun, werden sich natürlich fragen lassen müssen,

(Abg. Werner Raab CDU: Die werden Probleme haben!)

was sie zu verheimlichen haben.

(Abg. Werner Raab CDU: Ja, natürlich!)

In Zukunft werden die Heimträger ihre Preise und Leistungen auch allgemein zugänglich machen müssen. Die Menschen müssen wissen, wohin sie gehen und was sie für ihr Geld bekommen. Das ist der nächste Punkt.

Wir haben schon bisher verpflichtend ein Qualitätsmanagement und auch ein Beschwerdemanagement vorgeschrieben. So können Bewohner und Angehörige auf Missstände aufmerksam machen und Wünsche äußern. Damit ist dieses Gesetz ein Verbraucherschutzgesetz im besten Sinne für die Bewohner, für die Angehörigen und für die Interessenten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Werner Raab CDU: So ist es, ja!)

Eine weitere wichtige Aufgabe bei der Überwachung der Heime nimmt die Heimaufsicht wahr. Die Heimaufsicht wird ihre jährlichen Begehungen in Zukunft grundsätzlich unangemeldet machen. Ich weiß, dass eine solche unangemeldete Überprüfung den Tagesablauf in manchen Einrichtungen beeinträchtigen kann. Sie ist durchaus auch eine Herausforderung an die Professionalität der Mitarbeiter und der Heimleitung. Letzten Endes kann aber nur eine unangemeldete Prüfung einen unverfälschten Eindruck von einer Einrichtung geben.

(Abg. Werner Raab CDU: Das wird auch von vielen verlangt!)

Auch die Qualität der Überprüfungen wird von den Trägern immer wieder moniert. Auch hier will das Land Verbesserungen erreichen. In Zukunft sollen daher vermehrt auch Pflegefachkräfte zur Überprüfung der Qualität herangezogen werden. Das Land wird fast 300 000 € ausgeben – doppelt so viel wie bisher –, um sicherzustellen, dass Pflegefachkräfte die Arbeit der Heimaufsicht unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Das Heimvertragsrecht haben wir hier bewusst mit aufgenommen, um damit auch die Vertragsgestaltung übernehmen und überprüfen zu können. Denn der Bund tut da im Moment nichts. Wenn wir das übernehmen, dann kann die Heimaufsicht diese Verträge prüfen. Auch das ist ein Schutz und keine Minderung des Schutzes. Wir haben das ganz bewusst aufgenommen, weil der Bund hier nichts geregelt hat.

Auch das wichtige Thema neuer Wohnformen wie z. B. ambulant betreuter Wohngemeinschaften greift das Gesetz auf.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Hier war in der Vergangenheit oft unklar, wann Heimrecht anzuwenden ist und wann nicht.

(Abg. Werner Raab CDU: Das haben wir jetzt klar geregelt!)

Dieses Landesheimgesetz gibt hier Rechts- und damit auch Planungssicherheit.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben die Anwendung des Heimgesetzes auf die ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen auf der einen Seite kritisiert. Gleichzeitig nennen Sie Ausnahmeregelungen für neue Wohnformen, die das Gesetz zulässt, eine Aushöhlung des Verbraucherschutzes. Das ist widersprüchlich.

Ich möchte nur Folgendes zu bedenken geben: Die Menschen in den ambulant betreuten Wohngemeinschaften sind in aller Regel genauso schutzbedürftig wie die Menschen in den Heimen. Wo sie das nicht sind, weil sie in der Gemeinschaft selbstbestimmt ihre Angelegenheiten regeln, oder wo sie weitgehend selbstständig ohne durchgehende Betreuung leben können wie in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung, haben wir von der Anwendung des Heimgesetzes abgesehen. Damit die Regelungen des Heimgesetzes ambulant betreute Wohngemeinschaften nicht überfordern, haben wir die Möglichkeit, mit Befreiungen flexibel zu reagieren. Denn die Anforderungen sollen ja auf die Bedürfnisse der Bewohner passen, und damit müssen auch zukünftige Entwicklungen in den Blick genommen werden.

Es ist mir aber wichtig, dass auch in diesen Einrichtungen jemand schaut, ob die Versorgung in Ordnung ist. Diese Möglichkeit muss auch gegeben werden. Wendet man hier das Heimgesetz nicht mehr an, so können Pflegemängel und Sicherheitsrisiken nicht mehr aufgedeckt werden. Es ist vieles möglich, aber es ist auch nötig, dass die Möglichkeit besteht, hinzuschauen. Denn der Schutz der Bewohner ist für uns das wichtigste Ziel, wenn wir dieses Heimgesetz verabschieden wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Mit der Zunahme der Zahl der Demenzerkrankungen wird das Schutzbedürfnis der Menschen in Einrichtungen in Zukunft ansteigen. Mit diesem Gesetzentwurf sorgen wir für einen verbesserten Schutz der Menschen in unseren Heimen, bessere Voraussetzungen für mehr Pflegequalität und auch mehr Transparenz für die Pflegebedürftigen.

Wenn wir mit Ihrer Hilfe das Heimgesetz heute verabschieden, werden wir das erste Bundesland sein, das ein neues Heimgesetz in Kraft setzt – mit klaren Schwerpunkten, die uns gegenüber dem alten Bundesgesetz wichtig waren. Ich bitte Sie daher um Unterstützung für dieses Gesetz, das vor allem das Wohl der Heimbewohner im Blick hat.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2535. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 14/2708. Dazu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2774-1, und ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2774-2, vor, die ich dann an den entsprechenden Stellen aufrufen werde.

Ich rufe die Gesetzesbezeichnung auf und dazu die Ziffern 1 und 13 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2774-1.

Wer der Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diese Ziffer 1 abgelehnt.

Ziffer 13 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE ist damit auch erledigt.

Ich rufe Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2774-1, und Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2774-2, auf. Mit diesen beiden Anträgen sollen in dem Gesetzentwurf die männlichen Personenbezeichnungen „Bewohner“, „Verbraucher“, „Interessenten“ und „Heimfürsprecher“ jeweils durch die weibliche Bezeichnung in Form einer Paarbildung ergänzt werden.

Ich lasse zunächst abstimmen über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, der weiter gehend ist. Wer dieser Ziffer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD ist durch diese Abstimmung erledigt.

Ich rufe die Ziffern 3, 6, 10 und 12 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2774-1, die das Einfügen von Zwischenüberschriften vorsehen, gemeinsam auf und lasse daher insgesamt darüber abstimmen. Wer diesen Ziffern des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die Ziffern 3, 6, 10 und 12 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe

§ 1

Anwendungsbereich

des Gesetzes und dazu Abschnitt I Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 14/2708, sowie Ziffer 4 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2774-1, und Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2774-2, auf.

Ich lasse zunächst über die Ziffer 4 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE abstimmen. Wer Ziffer 4 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 4 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2774-2. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte um ich das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Abschnitt I Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 14/2708, abstimmen. Wer § 1 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit dieser Änderung ist § 1 mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe

§ 2

Zweck des Gesetzes

und dazu Ziffer 5 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2774-1, auf. Wer Ziffer 5 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 5 mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über § 2 des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2535. Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist § 2 mehrheitlich zugestimmt.

(Zurufe von der SPD)

– Einige Kolleginnen und Kollegen der CDU haben – wahrscheinlich aus Versehen – dagegen gestimmt. Aber die Zustimmung hat für die Mehrheit ausgereicht.

(Heiterkeit – Abg. Werner Raab CDU: Für die Mehrheit hat es gereicht!)

Ich rufe

§ 3

Leistungen des Heims, Rechtsverordnungen

und dazu Abschnitt I Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 14/2708, auf. Wer § 3 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 3 ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

§ 4

Beratung

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist § 4 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe gemeinsam die

§§ 5 bis 9

und hierzu Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2774-2, auf. In dieser Ziffer wird eine Streichung der §§ 5 bis 9 begehrt.

Wer Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die §§ 5 bis 9 des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2535. Wer den §§ 5 bis 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind diese Paragrafen mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

§ 10

Mitwirkung der Bewohner

Wer § 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Paragraf einstimmig so beschlossen.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ich rufe

§ 11

Anforderungen an den Betrieb eines Heims

und dazu Ziffer 7 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2774-1, sowie Ziffer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2774-2, auf. Nachdem die beiden Änderungsanträge bezüglich § 11 identisch sind, lasse ich gemeinsam über sie abstimmen. Wer also Ziffer 7 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und Ziffer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind diese beiden Ziffern mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über § 11 des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2535. Wer § 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 11 mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe die

§§ 12 bis 14

gemeinsam auf. Zu diesen Paragrafen liegen keine Änderungsanträge vor. Wer den §§ 12 bis 14 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist den drei Paragrafen einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe

§ 15

Überwachung der Qualität

und dazu Ziffer 8 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2774-1, sowie Ziffer 5 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2774-2, auf.

Ich lasse zunächst über Ziffer 8 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE abstimmen. Wer Ziffer 8 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer

ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 15 in der Fassung, wie sie in Ziffer 8 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE vorgeschlagen wurde, mehrheitlich abgelehnt. Ziffer 5 Buchst. a des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2774-2, ist damit erledigt.

Ich lasse über Ziffer 5 Buchst. b des Antrags der Fraktion der SPD abstimmen. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist Ziffer 5 Buchst. b des Antrags der Fraktion der SPD mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über § 15 des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2535 abstimmen. Wer § 15 zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? Damit ist § 15 mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe gemeinsam die

§§ 16 bis 19

zu denen keine Änderungsanträge vorliegen, auf. Wer den §§ 16 bis 19 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist den §§ 16 bis 19 einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe

§ 20

Information für Verbraucher

und dazu Ziffer 9 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2774-1, sowie Ziffer 6 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2774-2, auf.

Ich lasse zunächst über Ziffer 9 des Antrags der Fraktion GRÜNE abstimmen. Wer der Ziffer 9 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 9 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt. Ziffer 6 Buchst. a des Änderungsantrags der Fraktion der SPD ist durch diese Abstimmung erledigt.

Ich lasse jetzt abstimmen über Ziffer 6 Buchst. b des Antrags der Fraktion der SPD. Wer Ziffer 6 Buchst. b des Antrags der Fraktion der SPD zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 6 Buchst. b des Änderungsantrags der Fraktion der SPD mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über § 20 des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2535 abstimmen. Wer § 20 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 20 mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe

§ 21

Zusammenarbeit, Arbeitsgemeinschaften

auf. Wer § 21 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist § 21 einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 11 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2774-1, die nach § 21 die Einfügung von fünf neuen Paragrafen vorsieht, auf.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Schlank, schlank!)

Wer der Ziffer 11 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist Ziffer 11 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe

§ 22

Ordnungswidrigkeiten

auf. Wer § 22 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist § 22 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe

§ 23

Zuständigkeit und Durchführung des Gesetzes

und dazu Ziffer 7 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2774-2, auf.

Ich lasse zunächst über Ziffer 7 des Änderungsantrags abstimmen. Wer Ziffer 7 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über § 23 des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2535. Wer § 23 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 23 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die

§§ 24 bis 28

gemeinsam auf. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor.

Wer den §§ 24 bis 28 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Paragrafen einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

des Gesetzes lautet: „Der Landtag hat am 4. Juni 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Heimgesetz für Baden-Württemberg (Landesheimgesetz – LHeimG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieses Heimgesetz mehrheitlich so beschlossen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir haben noch abzustimmen über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 14/2708. – Sie stimmen diesem Abschnitt zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/2595

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/2703

Berichterstatter: Abg. Hans Georg Junginger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, in der Zweiten Beratung keine Aussprache zu führen. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2595.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier um einen Gesetzentwurf. Dabei sollten wir die Würde des Hauses wahren. Wer an der Abstimmung nicht teilnehmen will, gehe bitte hinaus; ansonsten nehmen Sie bitte Platz.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Unruhe)

Das Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat festgelegt, in der Zweiten Beratung keine Aussprache zu führen, weshalb wir jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2595 kommen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/2703. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dem Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer dem Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dem Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 4. Juni 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

Vielen Dank. Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Ausführungsgesetz zum Verbraucherinformationsgesetz (AGVIG) – Drucksache 14/2596

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft – Drucksache 14/2754

Berichterstatterin: Abg. Birgit Kipfer

b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Neuorientierung der Verbraucherinformation in Baden-Württemberg – Drucksache 14/2530

c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Nährwertkennzeichnung bei Lebensmitteln – Instrument gegen gesundheitsschädliches Einkaufsverhalten – Drucksache 14/2566

d) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln – Drucksache 14/2726

Zu den beiden Anträgen der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD zur Nährwertkennzeichnung liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/2791, vor, der mit aufgerufen wird.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion der CDU darf ich Frau Abg. Brunnemer das Wort erteilen.

Abg. Elke Brunnemer CDU: Herr Präsident, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Wesentlichen geht es bei diesem Tagesordnungspunkt um zwei Bereiche. Zum einen beraten wir abschließend den Gesetzentwurf der Landesregierung – Ausführungsgesetz zum Verbraucherinformationsgesetz. Zum anderen diskutieren wir über Nährwertkennzeichnung bei Lebensmitteln.

Zum ersten Bereich: Bei dem Ausführungsgesetz zum Verbraucherinformationsgesetz des Landes geht es um eine landesrechtliche Regelung, die einen einheitlichen Vollzug si-

cherstellt und das Verwaltungsverfahren praktikabel regelt. Es geht also um die Technik und um die bestmögliche Anwendung des Bundesgesetzes.

Unsere Fraktion legt Wert darauf, dass das Verwaltungsverfahren wenig aufwendig ist und dennoch effizient durchgeführt werden kann. Im Verfahren entscheidet sich, wie viel Arbeitskraft mit einem Gesetz gebunden wird, welche Kosten im Lauf des Jahres entstehen und letztlich auch, ob die Regelung so akzeptiert wird oder nicht. Folglich ist es nur richtig und angebracht, dass nach zwei Jahren eine Evaluation stattfindet. Unsere Anliegen sehen wir im vorliegenden Gesetzentwurf weitgehend erfüllt, und wir werden daher zustimmen.

Was die Gestaltung der Gebühren angeht, möchte ich darauf hinweisen, dass entsprechend der Regelung im Bundesgesetz grundsätzlich kostendeckende Gebühren zu erheben sind und die unteren Verwaltungsbehörden, also die Landratsämter und die Gemeinden, die Gebühren nach dem Landesgebührengesetz in eigener Zuständigkeit festsetzen. Wir hoffen sehr, dass diese möglichst einheitlich festgelegt werden, damit der Zugang zur Information jedem Bürger möglich ist und der dafür zu entrichtende Betrag auch möglichst gleich ist.

Zum zweiten Bereich des Tagesordnungspunkts, zur Nährwertkennzeichnung: Klar ist: Wir alle sind Verbraucher, und deshalb, meine Damen und Herren, gilt fraktionsübergreifend für uns alle:

Erstens: Wir wollen als Verbraucher über das, was wir kaufen wollen, gut informiert sein.

Zweitens: Wir wollen unsere Kaufentscheidung eigenständig und selbstbewusst treffen.

Und drittens: Wir dürfen nicht zulassen, dass Produzenten oder Händler uns etwas vormachen oder uns wichtige Informationen vorenthalten.

Fazit: Information und Transparenz sind und bleiben die Grundlage für eine bewusste eigenverantwortliche Kaufentscheidung. Dazu trägt auch eine informative und gut sichtbare Nährwertkennzeichnung bei. Dabei muss die Nährwertkennzeichnung verständlich und vergleichbar sein. Deswegen müssen Bezugsgrößen klar definiert sein; standardisierte Bezugsgrößen wie beispielsweise 100 g oder 100 ml sind dabei sinnvoll. Dann sind auch Vergleiche möglich.

Zur besseren Orientierung und Bewertung des Inhalts trägt eine farbliche Unterlegung der Nährwerte bei. Unser Verbraucherschutzminister Peter Hauk hat sich um diese Fragen schon lange bemüht und schon in seiner Zeit als Vorsitzender der Verbraucherschutzkommission konkrete Vorschläge dazu gemacht. Es freut uns sehr, dass jetzt auch der Bund in die Spur kommt und auch andere Bundesländer aktiv werden.

Im Klartext: Wir wollen eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung, die sich auf feste Mengeneinheiten bezieht und farblich unterlegt ist. Wir wollen dies bei der anstehenden Novelle des EU-Rechts zur Nährwertkennzeichnung eingebracht haben. Denn wichtig ist, dass EU-weit gekennzeichnet wird; denn Lebensmittel machen an den Grenzen nicht halt.

Eines möchte ich zum Schluss noch sagen: Machen wir uns nichts vor, für die Vermeidung von Übergewicht und Fehlernährung wird jede Art von Nährwertkennzeichnung allenfalls eine Hilfestellung bei der Bewertung der Lebensmittel sein. Man muss auch wissen, wie man seine Nahrung zusammenstellt und wie insgesamt zu einer ausgewogenen und gesunden Ernährung beigetragen werden kann. Daher sind Verbraucherbildung und Ernährungsinformation ungeheuer wichtig, und es ist gut, dass das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum auf diesem Gebiet seit Jahren viel Arbeit leistet und auch gerade in den Schulen viele Informationen anbietet.

Ihnen, liebe Frau Gurr-Hirsch, herzlichen Dank für Ihre sehr erfolgreiche Arbeit, die Sie draußen leisten.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich denke, das hat einen Beifall verdient.

Klar ist auch: Gesunde Ernährung allein führt noch nicht zum Ziel. Wir müssen uns auch weiter aktiv bewegen. Das heißt, wir müssen auch ein gesundes Maß an Sport treiben. Dazu fordere ich Sie auf. Wenn wir das alle zusammen tun, werden wir auch Vorbild im Land sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer für die Fraktion der SPD.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute wieder einmal mit der grundsätzlichen Diskussion zu tun, welchen Stellenwert die Information der Verbraucher in unserem Wirtschaftssystem hat. Ich stelle immer wieder fest, dass es da einen Unterschied zwischen konservativen Politikern und uns gibt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, hoffentlich!)

denjenigen nämlich, die meinen, es gebe am Markt ein Gleichgewicht zwischen Anbietern und Verbrauchern. Da macht auch unser Verbraucherschutzminister keine Ausnahme. Ein Gleichgewicht am Markt zwischen Anbieter und Verbraucher gibt es nach Auffassung der Sozialdemokraten nicht, weil immer die Gefahr besteht, dass Verbraucher irregeleitet, geneppt oder verführt werden. Grundsätzlich muss deshalb der Staat dafür Sorge tragen, dass die Verbraucher – im Zweifelsfall auch gegen die Interessen der Anbieter – möglichst umfassend informiert werden; denn der Verbraucher hat ein Grundrecht auf Schutz seiner Gesundheit und ein Recht auf Schutz vor wirtschaftlichem Schaden.

So war es ein Fortschritt, als das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch mit seinem § 40 verabschiedet wurde, wonach es neuerdings eine Sollbestimmung für die Behörden gibt, die Öffentlichkeit von sich aus bei hinreichendem Verdacht zu informieren, zwar nach Abwägung und Anhörung der Anbieter, aber immerhin und auch unter Nennung der Bezeichnung des Produkts und des Herstellers.

Auffällig ist, dass in neuerer Zeit eine solche Nennung in Baden-Württemberg nicht stattgefunden hat. Da hat eben doch

der Birkel-Skandal vor zwanzig Jahren seine tiefen Furchen gegraben. Das bestätigen auch die Fachleute in dieser Fachszene. So war es ein Fortschritt, aber leider kein ganz großer Wurf, dass überhaupt das Verbraucherinformationsgesetz entwickelt und nach langem Stolpern auch endlich in Kraft gesetzt werden konnte.

Bei der Beratung dieses Gesetzes hat sich unser sogenannter Verbraucherschutzminister ganz besonders hervorgetan. Er hat nämlich nicht nur gewollt, dass die Verbraucher ein Informationsrecht haben, sondern auch, dass die Anbieter über Namen und Anschrift derer, die um Information nachsuchen, informiert werden. Das ist ein merkwürdiges Verständnis, Herr Minister, von Verbraucherschutz. Es hätte eine fatal abschreckende Wirkung für Verbraucher gehabt, wenn diese Ihre Forderung Wirklichkeit geworden wäre und in das Gesetz Eingang gefunden hätte.

Jetzt geht es darum, wie dieses Verbraucherinformationsgesetz in der Praxis umgesetzt wird und welche Wirkung es zeigt. Wir stimmen dem Gesetz trotz Bedenken zu und werden mit großem Interesse verfolgen, wie bereitwillig und vor allem zu welchen Kosten die auskunftspflichtigen Behörden diesen Rechtsanspruch auf Information umsetzen werden.

Um Informationen geht es schließlich auch bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln. Schließlich sind 37 Millionen Erwachsene und zwei Millionen Kinder in Deutschland – so heißt es jedenfalls – übergewichtig. Ich stimme Frau Kollegin Brunnemer zu, dass diese Kennzeichnung kein Mittel, aber immerhin einer der vielen Wege ist, hier etwas zu verbessern.

Die Ernährungswirtschaft zeigt sich leutselig und nimmt von sich aus schon freiwillige Kennzeichnungen vor. Auf der Basis des Tagesbedarfs einer erwachsenen Person von 2 000 Kilokalorien gibt sie an, wie viel Prozent des so definierten Tagesbedarfs eines bestimmten Nährwerts bezogen auf eine bestimmte Menge in dem Produkt zu finden sind. Diese Kennzeichnung, die die EU – Herr Seehofer und bisher auch unser Minister Hauk – durchsetzen will, erweckt den Eindruck, als basierte sie auf wissenschaftlicher Empfehlung. Tatsächlich ist dies eine Entscheidung der Lebensmittelindustrie.

(Beifall des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Lesen Sie dazu einmal, meine Damen und Herren, die vernichtende Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Danach trifft der angenommene Tagesbedarf von 2 000 Kilokalorien nur für junge weibliche Erwachsene zu. Für ältere Menschen ist er deutlich zu hoch angesetzt. Vom Bedarf für Kinder ist ohnehin keine Rede. Dieser sogenannte GDA-Wert ist also eher eine Irreführung, als dass er Wahrheit und Klarheit einführt.

Eine Nährwertkennzeichnung muss unmittelbar verständlich auf einen Blick zu erfassen und zu bewerten sein, und zwar in wenigen Sekunden. Das trifft auf die sogenannte Ampelkennzeichnung zu. In Großbritannien ist diese auf freiwilliger Basis eingeführt worden, und das hat sogar dazu geführt, dass sich einige Hersteller veranlasst sahen, die Zusammensetzung ihrer Produkte so zu verändern, dass weniger rot und mehr grün und gelb auf der Verpackung aufgetaucht sind. Diese Entwicklung nützt sogar Verbrauchern, die auf keinerlei Kennzeichnung achten.

Die Landesregierung setzt nun, so sagt sie, auf den informierten Verbraucher und will die Einführung dieser von der anbietenden Wirtschaft favorisierten Kennzeichnung durch eine Medienaufklärungskampagne unterstützen. Ich denke, da könnte sie genauso gut den Verbrauchern einen Rechenschieber schenken und sie lehren, mit diesem Rechenschieber umzugehen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Nun haben wir dankenswerterweise – ich komme gleich zum Schluss, Frau Präsidentin – den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zu unseren Anträgen auf dem Tisch liegen. Wir begrüßen diesen Änderungsantrag; denn darin wird erkennbar, dass Sie sozusagen einen Kompromiss machen wollen zwischen der bisher favorisierten Nährwertkennzeichnung und dem Ampelsystem. Dem können wir zustimmen, wenn die Nährwertkennzeichnung einheitliche Bezugsgrößen hat – davon gehe ich aus; das steht aber in Ihrem Antrag so nicht drin.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Doch! Das steht doch unter Ziffer 3!)

Ich bin sehr gespannt, ob es unserem Minister gelingen wird, dieses auf europäischer Ebene und vor allem bei Herrn Seehofer durchzusetzen, der diese Regelung bisher immer nur freiwillig haben will.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Wir wollen – und Sie offenbar jetzt auch –, dass dies verbindlich vorgeschrieben wird.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pix für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei einem Tagesordnungspunkt innerhalb von fünf Minuten zu zwei verschiedenen Anträgen und einem Gesetzentwurf reden zu sollen, sprengt sogar meine Möglichkeiten. Deswegen haben wir vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt, den Tagesordnungspunkt 6 b abzusetzen. Ganz unverständlicherweise hat die CDU-Fraktion dagegen gestimmt.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Warum habt ihr das nicht im Präsidium beantragt?)

Nachdem ich lange hin und her überlegt hatte, wurde mir klar, worum es da letztendlich geht. Mein Kollege Walter hat bei der Suche nach dem eigentlichen Anstoß, warum Verbraucherinformation heutzutage so schwierig zu gestalten ist, eine Lei-

che aus dem Keller der CDU geborgen. Man wollte offensichtlich vermeiden, sie nochmals einer Autopsie zuzuführen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir haben keine Leichen im Keller! So etwas machen wir nicht!)

Anscheinend meidet die CDU-Fraktion jeglichen Verwesungsgeruch. Deswegen war es der CDU nicht möglich, dem Antrag zur Geschäftsordnung zuzustimmen, um noch einmal ausführlich über diese Altlast zu debattieren. Ich bedaure das sehr. Ich finde es schade, dass man diese Chance hat verstreichen lassen.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Wir wissen gar nicht, was er meint!)

Das illustriert einmal mehr, sehr geehrter Herr Minister Hauk, dass Ihre Wertigkeiten und Ihre Arbeit seltsam und nicht praxisnah sind. Aber darauf werde ich morgen in der Aktuellen Debatte noch einmal eingehen.

Heute gilt es, sich die knappe Redezeit einzuteilen. Deswegen möchte ich auf die von mir in der ersten Lesung und bei den Ausschussberatungen bereits vorgebrachten Argumente zum Themenbereich des Verbraucherinformationsgesetzes nicht weiter eingehen und nochmals auf unseren Änderungsantrag – vorhin wurde vergessen, ihn aufzurufen – verweisen.

Nur dies als Mahnung: Koppeln Sie die Möglichkeit zu Verbraucherinformationen nicht an den Geldbeutel der Bürger. Sie lassen sonst das ohnehin beschränkte Informationsrecht für weite Teile der Bevölkerung ins Leere laufen, was Verbraucherabwehrpolitik bedeutet.

Nun zu dem brennendsten Thema bei dem aufgerufenen Tagesordnungspunkt, der Nährwertkennzeichnung. In der vergangenen Woche war der Presse Erstaunliches zu entnehmen. Da legte Bundesverbraucherminister Seehofer einen Leitfaden zur Nährwertkennzeichnung vor, in dem er entgegen aller wissenschaftlichen Erkenntnisse und Studien sowie Verbraucherumfragen die 1-plus-4-Lösung als freiwillige Kennzeichnung propagiert und noch dazu behauptet, dass 80 % der Bürger diese Kennzeichnung höchst verständlich fänden. Doch nur wenige Tage später war bundesweit zu lesen, dass sich der Minister nunmehr aufgrund der Haltung der überwiegenden Mehrzahl der Verbraucher einer Ampelkennzeichnung zuneigen würde.

Nun könnte man sagen: Wunderbar! Der Bundesminister erweist sich als lernfähig! Jedoch zeigt sich bei näherem Hinschauen, dass ihm das Hemd der Lebensmittelindustrie noch immer näher ist als das Interesse des Verbrauchers. Denn die Nährwertkennzeichnung soll weiterhin nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Damit aber werden die Verbraucherinteressen erneut mit Füßen getreten. Denn gerade die nicht empfehlenswerten Lebensmittel werden nicht mit einer schnell und eindeutig erkennbaren Kennzeichnung versehen.

Die große Gegenwehr der Nahrungsmittelindustrie zeigt deutlich, dass diese gerade nicht das einfach zu erkennende System haben will und eine Verpflichtung scheut. Das ist, wie sich aus allen Studien eindeutig ergibt, gegenläufig zu den Erfordernissen des Verbraucherschutzes. Diesen Studien zufolge ist nämlich die Anzahl der Übergewichtigen und Adipösen in den letzten Jahren stark angestiegen. Besonderen Anlass zur Besorgnis geben die Zahlen bei den Kindern und Jugendlichen, die auf die frühe Einübung von Fehlernährung schließen und die Zunahme gewichtsbedingter Krankheitsbilder in der Zukunft erwarten lassen. Weiter zeigen die Studien, dass die Gefahr, übergewichtig zu werden, auch an die Soziobiografie gekoppelt ist.

Neben einer verbesserten Ernährungsinformation schon bei Kindern und Jugendlichen bedarf es einer schnellen und niedrigschwelligen Information beim Einkauf. Der Verbraucher muss in kürzester Zeit erkennen können, wie das gewählte Produkt ernährungstechnisch einzustufen ist. Das aber ist – so zeigen die Studien ganz deutlich – mit der Ampelkennzeichnung am besten und einfachsten gesichert.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nix Ampel!)

Die Industrie hingegen verschleiert beim bis dato von Seehofer favorisierten 1-plus-4-System über eine willkürliche Portionsangabe und nicht repräsentative Referenzwerte die wahren Ernährungswerte.

Und was machen Sie, sehr verehrter Herr Minister Hauk? Anstatt dass Sie im letzten Jahr den Vorsitz in der Verbraucherschutzministerkonferenz genutzt und sich für eine Ampelregelung eingesetzt hätten, beobachten wir bei Ihnen Stillschweigen auf ganzer Linie.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist bereits weit überschritten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es ist schon lange Zeit! – Abg. Thomas Blenke CDU: Da kommt auch nichts mehr!)

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. – Auch die Bundesratsinitiative von Bayern, die genau diese Ampelregelung fordert, haben Sie abgelehnt.

(Beifall bei den Grünen)

Ohne eine Verpflichtung ist eine Kennzeichnung weithin nicht hilfreich. Vielmehr stellt sie ein Feigenblatt zur Verbraucherberuhigung dar; die Probleme der Fehlernährung kann sie jedoch auch weiterhin nicht lösen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Chef für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Monika Chef FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Nachdem wir das Ausführungsgesetz zum Verbraucherinformationsgesetz – kurz AGVIG – bereits am 30. April dieses Jahres ausführlich im Plenum und am 28. Mai im Landwirtschaftsausschuss beraten haben, brauche ich heute keine so weitschweifenden Ausführungen mehr zu machen. Sie kennen mich als Abgeordnete, die getreu dem Motto handelt: „In der Kürze liegt die Würze“. Damit versuche ich auch, die Redezeitüber-

(Monika Chef)

schreitung durch den Kollegen von den Grünen wieder etwas zu kompensieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist lieb von Ihnen! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist aber eine harte Aufgabe!)

Herrn Landwirtschaftsminister Peter Hauk möchte ich für diesen klaren und komprimierten Gesetzentwurf ganz herzlich danken. Denn er enthält die wichtigsten Regelungen in knapper Ausführung. Die FDP/DVP-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf zu. Er enthält wichtige Details, die zur Umsetzung des Bundesgesetzes notwendig sind. So schafft er erstens Transparenz, gibt zweitens eine klare Definition vor und sichert drittens – das ist uns besonders wichtig – eine weiterhin gute Aus- und Fortbildung des Personals. Wir gewinnen also mehr Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die Vorschrift dient der Verwaltungsvereinfachung und der schnellen Information der Verbraucher. Das Gesetz ist ein hervorragendes Beispiel für eine sinnvolle landesrechtliche Ausführung des Bundesgesetzes nach der Föderalismusreform I.

Wir stehen zu dem gemeinsam mit der CDU-Fraktion eingebrachten Änderungsantrag zur Nährwertkennzeichnung bei Lebensmitteln. Liebe Frau Kollegin Kipfer, Sie haben dankenswerterweise hier Zustimmung signalisiert.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Weil Sie weitergelernt haben!)

In unserem Änderungsantrag sind, denke ich, auch die wichtigsten Dinge beinhaltet,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie haben dazugelernt!)

nämlich die Verbindlichkeit, die farblich unterlegte Information –

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Höchstens ein blasser Schimmer!)

ob das jetzt eine Ampel ist oder nicht, über solche Details muss man, denke ich, nicht streiten – und – das ist ganz wichtig – die einheitliche Bezugsgröße.

Die anstehende Novelle der EU-Nährwertkennzeichnung bei Lebensmitteln nutzt vor allem dem Verbraucher, denn sie ist klar, informativ und enthält schnell auswertbare Informationen für den Verbraucher.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist lächerlich!)

Den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE zum Thema Gebühren werden wir selbstverständlich ablehnen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Nein! Etwas völlig Neues!)

Denn die Fraktion der FDP/DVP ist der Meinung, dass hier die Kommunen wieder einmal gegängelt würden. Die Gebühren richten sich vor allem nach der Landesgebührenordnung und werden von den Kommunen und den unteren Verwaltungsbehörden entsprechend einer Satzung kostendeckend festgelegt. Das ist übliche Praxis. Ihr Änderungsantrag zeigt wieder einmal, dass Sie von der kommunalen Praxis ziemlich weit weg sind.

(Zuruf der Abg. Elke Brunnemer CDU)

Alles in allem wird die FDP/DVP-Fraktion diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hauk das Wort.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt sind wir aber gespannt! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in der zweiten Lesung das Ausführungsgesetz zum Verbraucherinformationsgesetz. Ich glaube, die wesentlichen Punkte haben wir bereits in der ersten Lesung besprochen.

Lassen Sie mich deshalb nur auf Ihren Einwand, Frau Kollegin Kipfer, bezüglich der Namensnennung eingehen. Zunächst einmal ist es erfreulich, wenn es keine Namen zu nennen gibt. Daran sieht man, dass das, was wir gemeinsam machen, nämlich die Lebensmittelkontrolle im präventiven Bereich, funktioniert und dass sich die meisten an den gegebenen rechtlichen Rahmen halten. Das ist das eine.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: So kann man es auch sagen!)

Das Zweite ist: Ich muss durchaus feststellen, dass wir in den letzten zwei, drei Jahren in einigen Fällen – ich habe selbst einige Fälle hautnah miterlebt – auch Namen benannt haben, nämlich immer dann, wenn davon eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben, also für die Gesundheit, ausging.

Unsere Zielsetzung wäre gewesen – das haben wir beim Bund leider nicht erreicht; das bedaure ich nach wie vor, das sage ich auch ganz offen –,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist Ihr Minister!)

die entsprechenden Regelungen des baden-württembergischen Landesrechts in das Bundesrecht zu übernehmen, sodass wir nämlich schon dann warnen könnten, wenn es sich um gravierende Verstöße gegen das Lebensmittelrecht handelt, von denen man zumindest annehmen kann, dass sie vorsätzlich begangen worden sind. Das hätte uns mehr Freiheit gegeben. Das hätte vor allem auch eher manche schwarze Schafe – auch grüne, rote, wie Sie wollen – davon abgehalten, sich außerhalb der Reihe zu benehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich jedenfalls darüber, wenn wir heute das Gesetz verabschieden; denn dann können wir es umsetzen. Das betrifft jetzt noch, wenn man so will, die neun Stadtkreise. Für die anderen ist es bereits in der Vergangenheit unmittelbar geltendes Recht ge-

wesen. Dort bestand Umsetzungsbedarf. Dies wird den Verwaltungsvollzug noch um einiges erleichtern.

Eines möchte ich noch zu der Frage der Gebühren sagen, die Sie, Herr Kollege Pix, hier noch einmal thematisiert haben. Ich bin schon der Meinung, dass der Staat Gebühren verlangen darf, nämlich genau dann, wenn er über Gebühr beansprucht wird. Die einfache Auskunft wird der Bürger auch in Zukunft weitestgehend kostenlos erhalten. Wenn Verbände auf drei oder vier Seiten eng komprimiert den staatlichen Behörden Fragen stellen, die zum Teil Zeiträume über mehrere Jahre umfassen – solche Verbände gibt es; wenn Sie mich fragen würden, würde ich sie Ihnen auch nennen –, dann, muss ich sagen, liegt ein erheblicher Aufwand vor, um dies zu recherchieren und zu beantworten,

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Wie beim Parlament!)

dem wir uns gern unterziehen. Aber es soll niemand meinen, dass hier im Prinzip kostenlos für die eigene Recherche gearbeitet wird. Das kostet dann Geld. Im Regelfall teilt man das den Betroffenen auch vorher mit, damit sie wissen, worauf sie sich eingelassen haben oder was sie zu erwarten haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zweite Thema dieses Tagesordnungspunkts ist die Nährwertkennzeichnung. Dass die Grünen die Ampelkennzeichnung wollen, Kollege Pix, verstehe ich wohl. Das ist ja immer die Wunschkoalition.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Die Verbraucherschutzverbände wollen das genauso! Alle Wissenschaftler wollen das ebenso!)

Nachdem Sie merken, Sie kommen mit Rot-Grün nicht mehr über die Mehrheitshürden, suchen Sie sich halt noch einen möglichst kleinen Partner. Das ist für mich nachvollziehbar.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das sind die Verbraucherschutzverbände, Herr Hauk! – Unruhe)

Aber zurück zur Sache. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte die baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Landesregierung nicht nur für sensibel genug, sondern vor allem auch für intelligent genug, und wir müssen allesamt bestrebt sein, dass das, was wir nach außen vermitteln, auch dem Verbraucher nachvollziehbar und klar erscheint. Ich halte den baden-württembergischen Verbraucher für klug genug, dass er lesen kann und sich dann aufgrund der lesbaren Werte, der Bezugsgrößen, die klar definiert sein müssen – nicht nach Portionen, sondern nach klar definierten Einheiten –, und aufgrund einer Farbunterlegung klar vorstellen kann, was er konsumiert.

(Abg. Birgit Kipfer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke der Präsidentin)

Aber, meine Damen und Herren, zum mündigen Verbraucher gehört auch, dass man ihm nicht nur in drei Signalen mitteilt, ob der Nährwert gut, mittelgut oder schlecht ist, sondern dass man ihm detailliert mitteilt, was er letztendlich zu sich nimmt. Die Frage ist: Wie gehe ich mit den Bürgern um? Halte ich sie für mündig, oder halte ich sie für – ich sage es einmal so – einfältig? In Baden-Württemberg herrscht Vielfalt und nicht Einfalt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, ich nehme an, dass Sie manchmal einkaufen gehen.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Ja.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Oder nehmen wir einmal einen 50-jährigen Herrn, der einmal für seine Familie einkauft,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Er ist jünger!)

in der es auch drei Kinder im Alter von zehn, 14 und 16 Jahren gibt.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Sie meinen fast mich.

Abg. Birgit Kipfer SPD: So weit wollte ich nicht gehen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Nehmen wir an, er kauft Milch ein mit 12 % Fettanteil und 10 % Eiweiß und dergleichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist Kondensmilch! Die Milch hat 4 % bis 5 % Fett! – Abg. Thomas Blenke CDU: 3,8 % ist die fetteste!)

Er kauft Schokolade ein, er kauft Suppen ein und anderes. Und dann soll er rechnen, wie viel des Tagesbedarfs seines zehnjährigen Sohnes, seiner 14-jährigen Tochter und seines 16-jährigen Sohnes damit abgedeckt ist, und auch seinen eigenen Tagesbedarf berücksichtigen, der deutlich niedriger liegt als ein Tagesbedarf von 2 000 Kilokalorien,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Minister, üben Sie sich in Geduld!)

auf dessen Grundlage diese Angaben überhaupt gemacht werden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der soll doch essen, was er will!)

Meinen Sie nicht doch, dass Sie besser daran täten, dem Verbraucher einen Rechenschieber zu schenken?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Glauben Sie nicht auch – das ist die zweite Frage –, dass ein farbliches System, das Sie ja jetzt dankenswerterweise unterlegen wollen, deutlicher kennzeichnet, dass man von dem, was mit Rot gekennzeichnet ist, eher Abstand nehmen soll,

(Birgit Kipfer)

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist wie in der Politik! – Weitere Zurufe)

dass man das, was mit Gelb gekennzeichnet ist, nur manchmal konsumieren soll, und das, was mit Grün unterlegt ist, eher häufiger konsumieren soll? Halten Sie das nicht für klarer?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wann kommt denn die Frage? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wird schriftlich beantwortet!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Frau Kollegin Kipfer, ich orientiere mich ein Stück weit an Pragmatismus. Jetzt frage ich einmal zurück: Wann waren Sie denn das letzte Mal einkaufen? Insbesondere: Wann haben Sie denn Milch mit 12 % Fett eingekauft?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Unruhe)

Die Milch, die ich vorfinde – um das einmal klar zu sagen –, hat im Regelfall 3,5 % Fett.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Und wenn Sie Ihre Politik so weitermachen, bald gar keine mehr!)

Wenn es H-Milch ist, hat sie 1,5 % Fett. Dann gibt es noch die Milch mit fast 0 %. Und dann gibt es natürlich noch Kondensmilch, die etwa 10 % Fettanteil hat. Aber Milch mit 12 % Fett? Mit Verlaub!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, Sie wissen, was ich gemeint habe!)

Ich will nur feststellen, Frau Kollegin Kipfer: Wir reden ein Stück weit über Lebenswirklichkeit und nicht über imaginäre Dinge und darüber, was alles sein könnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist die Wahrheit!)

Ich lasse mich dann schon so weit herunter, dass ich sage: Man nehme ein paar Durchschnittswerte. Nun sind die 2 000 Kilokalorien sicherlich ein Durchschnittswert.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Einer jungen Frau!)

Das ist natürlich individuell verschieden. Aber ich traue dem Baden-Württemberger und der Baden-Württembergerin zu, dass er und sie dies weiß – um das einmal klar zu sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist doch Unsinn!)

So intelligent schätze ich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ein.

Unser Bestreben ist, dass wir die Angaben nicht auf Portionen beziehen, sondern auf Maßeinheiten: Milligramm, Milliliter etc. Damit herrscht eine klare Vergleichbarkeit. Das ist, glaube ich, die erste wichtige Grundlage: eine Vergleichbarkeit der Angaben untereinander.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Am besten wäre es natürlich, wenn da noch ein paar Prozentwerte zum Tagesbedarf dabeistünden. Auch dann könnte man es entsprechend „eingabeln“. Aber ich glaube, allein durch die Tatsache, dass dies draufsteht, dass man sich – – Da gibt es immer noch eine Reihe von Bürgern, die das nicht interessiert. Denen kann man dann halt auch nicht helfen. Aber an denen arbeiten wir auch. Wir geben niemanden auf in unserem Land. Bei uns werden alle auch in der Frage der Ernährung mitgenommen – von mir weniger, aber von der Staatssekretärin, die das ganz hervorragend macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Sie haben 500 000 Analphabeten in Baden-Württemberg!)

Meine Damen und Herren, mir ist das wichtig – um das einmal klar zu sagen –, denn das ist das Megathema im Gesundheitssektor etc. schlechthin.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Es ist das Megathema im Gesundheitssektor und darüber hinaus. Wir engagieren uns deshalb mit hoher Begeisterung und auch mit Leidenschaft dafür. Dazu zählt eine sinnvolle Kennzeichnung.

Ich glaube – um das noch einmal abschließend klarzumachen –, dass wir mit der einfachen Ampelkennzeichnung dem Anspruch, den wir an einen mündigen Verbraucher stellen, schlussendlich nicht gerecht werden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie haben doch nur Angst, dass Produkte diskriminiert werden!)

Es geht in der Kombination darum, die Nährwerte zu benennen, sie zu bezeichnen, sie mit Volumenangaben, Prozentualangaben zu versehen und sie gleichzeitig – dieses Zugeständnis mache ich ja durchaus – entsprechend dem Nährwert auch farblich zu unterlegen. In der Kombination macht das etwas aus, gerade in der Einführungsphase. Deshalb kann ich dem Antrag der Unionsfraktion auch sehr viel abgewinnen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Zu viel Grünes ist auch nichts!)

– Liebe Kollegin Berroth, halten wir die Leute nicht für dümmer, als sie sind. Ich sage es noch einmal: Die Baden-Württemberger sind die Intelligentesten in Deutschland, wahrscheinlich in Europa; unser Bildungssystem ist am besten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Deshalb meine ich: Wir müssen anspruchsvoll vorgehen, und wir müssen in der farblichen Unterlegung auch die nötigen Anreize setzen, damit man sich auf das Thema einlässt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Und das verpflichtend!)

(Minister Peter Hauk)

Das bringen wir. – Frau Kollegin Kipfer, jetzt kommen wir zum Thema „verpflichtend“. Wenn es nach mir ginge, sage ich ganz offen, könnten wir das auch verpflichtend für Deutschland in einem nationalen Alleingang einführen. Aber machen wir uns nichts vor: Wir haben heute in unserem Lebensmitteleinzelhandel die Globalisierung der Welt. Diese ist uns ja jeden Tag, wenn Sie in den Vollsortimenter gehen, vor Augen. Deshalb bringt das überhaupt nichts. Da haben Sie ein Produkt aus England; das ist mit der Ampel gekennzeichnet. Dann kommt ein Produkt aus Deutschland; das wäre dann farblich unterlegt. Auf dem dritten steht nur etwas drauf. Auf dem vierten sind überhaupt nur Prozentangaben drauf und vielleicht gar keine Zusatzangaben etc. Damit ist nichts gewonnen. Wenn wir schon einen europäischen Markt haben, dann, meine ich, macht es Sinn, eine europaweit einheitliche Kennzeichnung, ein europaweit einheitliches Vorgehen zu forcieren. Das ist die Zielsetzung. Daran wollen wir festhalten. Dann sind wir – davon bin ich überzeugt – auch auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gute Rede! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2596.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft, Drucksache 14/2754. Der Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen. Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE vor, den ich an der entsprechenden Stelle zur Abstimmung stelle.

Wenn Sie damit einverstanden sind, rufe ich die

§§ 1 bis 4

zusammen auf. Dazu liegt kein Änderungsantrag vor. Wer den §§ 1 bis 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den §§ 1 bis 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe

§ 5

Gebühren und Auslagen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2784, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über § 5 des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2596. Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist § 5 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Inkrafttreten

Wer § 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 4. Juni 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Ausführungsgesetz zum Verbraucherinformationsgesetz (AGVIG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über die drei mit aufgerufenen Anträge Drucksachen 14/2530, 14/2566 und 14/2726 sowie über den zu den Anträgen Drucksachen 14/2566 und 14/2726 eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/2791, zu befinden.

Beim Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2530, handelt es sich um einen reinen Berichtsantrag, der für erledigt erklärt werden kann. – Es ist so beschlossen.

Das Gleiche gilt für Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2566, und für Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2726. – Sie sind damit einverstanden, dass diese Abschnitte für erledigt erklärt werden.

Abschnitt II dieser beiden Anträge beinhaltet jeweils Handlungsersuchen. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/2791, vor.

Ich stelle zunächst den Änderungsantrag Drucksache 14/2791 zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD zu CDU und FDP/DVP: Das ist eurer! – Weitere Zurufe)

– Meine Damen und Herren, wir sind mitten in der Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/2791, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist diesem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Ich lasse jetzt über Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/2566, abstimmen. Wer Abschnitt II

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

dieses Antrags der Fraktion GRÜNE zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Abschnitt II des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2726, abstimmen. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 26. Mai 2008 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 14/2751, 14/2757

Berichterstatterin: Abg. Birgit Kipfer

Meine Damen und Herren, die Fraktionen verzichten auf eine Aussprache. Sie stimmen der Beschlussempfehlung Drucksache 14/2757 zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – Sperrzeitverkürzung in baden-württembergischen Biergärten – Drucksache 14/1420

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

für die Begründung des Antrags fünf Minuten, in der Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten. Ich darf Sie bitten, sich an die Redezeiten zu halten, da wir die bisher vorgesehene Zeit bereits erheblich überschritten haben.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heiler für die Fraktion der SPD.

Abg. Walter Heiler SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am 30. April 2008, also vor rund einem Monat, hat das Innenministerium u. a. den kommunalen Landesverbänden den Entwurf einer Elften Verordnung zur Änderung der Gaststättenverordnung übersandt. Danach soll die Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften unter der Woche um drei Uhr und in der Nacht zum Samstag und zum Sonntag um fünf Uhr beginnen. Das bedeutet, dass die Sperrzeit unter der Woche um eine Stunde und am Wochenende um zwei Stunden verkürzt werden soll. So weit, so gut.

Interessant ist vor allem die Begründung des Innenministeriums. Ich zitiere:

> *Die Freizeit- und Lebensgewohnheiten der Bevölkerung haben sich weiter verändert. Aus diesem Grund soll die allgemeine Sperrzeit verkürzt werden.*

Leider hat die Landesregierung allerdings übersehen, dass sich die Gewohnheiten der Menschen, was den Besuch von Gaststätten anbelangt, in einem ganz entscheidenden Punkt verändert haben: Der Besuch von Lokalitäten im Freien – Biergärten und Außengastronomie – hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Mancherorts ist sogar ein Boom festzustellen. Das ist auch selbstverständlich. Denn wer setzt sich, wenn er eine Gaststätte besuchen will, bei herrlichstem Wetter schon gern in einen umschlossenen Wirtschaftsraum?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Allerdings bringt die neue Verordnung gerade für diesen Bereich der Außenbewirtschaftung keinerlei Verbesserungen. Unser Antrag datiert zwar vom Juni letzten Jahres, ist also ein Jahr alt. Aber man sieht, er ist aktueller denn je, damit wir die Landesregierung daran erinnern, auch im Bereich der Biergärten etwas Positives zu bewegen. Das Ziel ist die generelle Möglichkeit der Öffnung der Biergärten bis 23 Uhr, ohne die strengen Nachtimmissionsrichtwerte einhalten zu müssen.

Lassen Sie mich ganz kurz zu den rechtlichen Grundlagen ausführen: Grundsätzlich gelten bei der Bewirtung im Freien die gleichen Sperrzeiten wie in den Innenräumen einer Gaststätte. Ausnahmen können allerdings als Auflage in der Gaststättenerlaubnis, durch örtliche Satzung und durch Polizeiverordnungen in den Kommunen reguliert werden. In Baden-Württemberg sind solche Ausnahmen die Regel, was dazu führt, dass in den meisten Kommunen Außenbewirtschaftung nur bis 22 oder 23 Uhr erlaubt ist.

Jetzt kommt das Hauptproblem: Unabhängig davon, auf wie viel Uhr in der gaststättenrechtlichen Erlaubnis die Betriebszeit beschränkt ist: Es gilt für Lärmemissionen aus Gaststätten die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm, die TA Lärm. Ganz egal also, was die gaststättenrechtliche Erlaubnis beinhaltet: Ab 22 Uhr sind in Kerngebieten, in Dorfgebieten und selbst in Mischgebieten nur noch Immissionen von 45 dB(A) erlaubt, tagsüber 60 dB(A), in allgemeinen Wohngebieten, wohlgemerkt, dann nachts 40 dB(A) und tagsüber 55 dB(A). Also auch in den Kommunen, in denen bereits durch Satzung oder ähnliche Rechtsvorschriften eine Außenbewirtschaftung bis 23 Uhr geregelt ist, gelten ab 22 Uhr die niedrigeren Werte.

Das führt natürlich auch zu einer großen rechtlichen Unsicherheit. Wer als Wirt eine erlaubte Betriebszeit bis 23 Uhr hat, muss dafür sorgen, dass sich um 22 Uhr schlagartig die Immissionswerte von 60 auf 45 dB(A) reduzieren. Mit Verlaub, wer das schon einmal erlebt hat, teilt meine Auffassung: Es ist schon absurd, was da zum Teil passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Damit komme ich konkret zu unserem Antrag. Wir haben ja in Baden-Württemberg nicht allzu viele Schönwettertage, die ein Sitzen im Freien zu einem schönen Erlebnis machen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Reden Sie doch unser Land nicht so schlecht!)

An den meisten Tagen im Frühling und im Sommer regelt das Wetter selbst, dass man nicht gern länger als bis 22 Uhr im Freien sitzt. Es gibt im Frühling und im Sommer immer noch mehr trübe Tage als Schönwettertage. Wenn man also von Schönwettertagen redet – egal, ob das jetzt 40 oder 50 Tage im Jahr sind; ich habe sie nicht gezählt –, ist das bei 365 Tagen im Jahr eine deutliche Minderheit. Das heißt, gerade an den schönen Tagen, die wir haben, sollte es deshalb doch mög-

lich sein, sich auch einmal länger im Freien aufzuhalten, miteinander erzählen zu dürfen, ohne gleich von der TA Lärm in die Schranken gewiesen zu werden.

Die Gastronomie braucht gerade an solchen Tagen längere Öffnungszeiten, damit sie ein Geschäft macht, ganz zu schweigen von der Tatsache, dass mündige Bürger sich ja sehr veralbert vorkommen müssen, wenn sie an diesen herrlichen Sommertagen bei tollem Wetter, wenn es draußen noch hell und angenehm ist, vom Wirt um 22 Uhr ins Innere der Gaststätte oder gleich nach Hause befördert werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ulrich Lusche CDU: Um Gottes willen! Was für ein Schicksal! – Heiterkeit)

– Ich rede aus eigener Erfahrung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit)

Natürlich sehen auch wir, meine Damen, meine Herren – jetzt wieder ernsthaft –, dass ein angemessener Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen – den Bedürfnissen der Betreiber und der Gäste einerseits und dem Ruhebedürfnis der Anwohner andererseits – gefunden werden muss. Aber unser Antrag zielt genau in diese Richtung. Eine Verlängerung der Geltungsdauer der höheren Immissionswerte heißt ja gerade nicht, dass die Kommunen Erlaubnisse bis 23 Uhr aussprechen müssen. Sie können Erlaubnisse auch bis 22, bis 21 oder bis 20 Uhr aussprechen, je nach örtlicher Gegebenheit. Aber sie können dann halt auch Erlaubnisse bis 23 Uhr aussprechen, ohne dass wegen Lärmimmissionen Rechtsunsicherheiten bestehen.

Dadurch würde auch die kommunale Selbstverwaltung in diesem Punkt gestärkt. Wir hätten in den Kommunen größere Entscheidungsspielräume, könnten so besser auf die örtlichen Verhältnisse eingehen. Wir hätten hier in diesem Punkt eine echte Autonomie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, dass längere Öffnungszeiten den Freizeitwert und die Attraktivität unserer Städte und Gemeinden deutlich steigern würden, insbesondere – auch daran muss man immer denken – in Tourismusgemeinden. Das würde zu wesentlich mehr Rechtssicherheit führen – ich habe es bereits erwähnt –, und die Bürger wären wieder etwas weniger bevormundet, als es bislang der Fall war.

Deshalb geht unser Antrag dahin, dass die Landesregierung von ihrer gesetzlichen Ermächtigung im Bundes-Immissionsschutzgesetz Gebrauch macht und im Sinne von Nummer 6.4 Abs. 2 TA Lärm die Tageszeit von 7 Uhr bis 23 Uhr festlegt, sodass erst ab 23 Uhr die niedrigeren Immissionsrichtwerte gelten. Ich verweise auf die entsprechende Verordnung, die es in Bayern gibt. Der Antrag entspricht inhaltlich dem, was in Bayern gilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie für mehr Bürgernähe, für mehr Lebensfreude,

(Lachen des Abg. Ulrich Lusche CDU – Abg. Ulrich Lusche CDU: Jetzt aber! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

für mehr kommunale Selbstverwaltung und für ein lebensfroheres Baden-Württemberg sind,

(Heiterkeit)

dann stimmen Sie unserem Antrag zu. Ansonsten müssen wir unseren baden-württembergischen Slogan ändern, der dann heißen würde: „Wir können alles, nur nicht nach 22 Uhr ein Bierchen im Freien trinken.“

(Oh-Rufe von der CDU)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lusche für die Fraktion der CDU.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu: Als ich den Antrag gelesen habe, fiel mir ein Titel von Herbert Grönemeyer ein, der da heißt:

(Abg. Walter Heiler SPD: „Männer“!)

„Was soll das?“ – „Männer“ wäre vielleicht auch noch eine Lösung gewesen. Aber mir fiel der erstgenannte Titel ein.

Auf ein paar Feststellungen, die Sie zur Begründung vorgebracht haben, will ich einmal direkt eingehen. Inhaltlich ist das ganze Thema in der 13. Legislaturperiode schon einmal rauf- und runterdiskutiert worden. Inwiefern die neuen gesellschaftlichen Entwicklungen, die Sie ansprechen, im Hinblick auf den Lärmschutz ausgerechnet eine Ausweitung der Zeiten mit höheren zulässigen Immissionswerten gebieten sollen, bleibt fraglich. Ich komme gleich noch darauf zu sprechen, ob das tatsächlich so ist.

Zunächst kann ich Sie beruhigen – das sage jedenfalls ich als Südbadener –: Sowohl die Lebensfreude als auch die Anzahl der schönen Tage sind bei uns keine Mangelware.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Da haben Sie recht! – Weitere Zurufe)

– Kollege Stickelberger weiß das.

Genau da liegt auch das Problem. Die Schwierigkeit ist schlichtweg die: Nicht ohne Grund werden Biergärten – Sie haben jetzt nur von Biergärten gesprochen,

(Abg. Walter Heiler SPD: Außenbewirtschaftung insgesamt!)

aber es geht wohl um die Außenbewirtschaftung insgesamt; in der Überschrift steht aber „Biergärten“, vermutlich weil das ein bisschen plakativer klingt – unter Juristen als sogenannte nicht genehmigungsbedürftige, aber Immissionen verursachende Anlagen gesehen. Das sind Anlagen, die schädliche Umweltauswirkungen auslösen können. Es ist schon ein bisschen merkwürdig, wenn wir hier – ob es nun die Umgebungslärmrichtlinie ist oder etwas anderes – ständig darüber diskutieren, dass bestimmte Lärmarten mit ihrem spezifischen Informationsgehalt wie dem Aneinanderklacken von Bierkrügen und Ähnlichem besonders beeinträchtigend für die Nachtruhe sind, Sie jedoch dann beim Biergarten eine Volte machen

(Ulrich Lusche)

und genau an dem Punkt die Zeiten, in denen höhere Lärmimmissionen zulässig sind, schematisch ausdehnen wollen.

An und für sich müssten Ihnen im Hinblick auf die bayerische Verordnung, die Sie angesprochen haben, auch die Auseinandersetzungen darüber bekannt sein. Dazu wurde sogar das Bundesverwaltungsgericht bemüht und musste feststellen, dass man den Biergarten eben nicht schematisch für unschädlich erklären kann. Vielmehr ist das eine Einzelfallfrage. Genau diese Rechtslage haben wir also schon. Das Problem können wir also unter den gegebenen Voraussetzungen bewältigen – die Ministerin geht vielleicht auch noch darauf ein.

Ich bestreite nachdrücklich, dass Sie mit dem, was Sie hier vorschlagen, tatsächlich Rechtssicherheit schaffen. Den Stellenwert, den der Biergarten in Bayern hat, hat er – das sage ich als jemand, der aus einer Weingegend kommt – in Baden-Württemberg im Übrigen sicher auch nicht. Dieser Stellenwert spielt bei der Begründung dort auch eine gewisse Rolle.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Also führen wir doch nicht so eine plakative Debatte. Denken wir doch an die Leute, die vom Lärm betroffen sind.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das kann man doch vor Ort entscheiden!)

Für die CDU-Fraktion kann ich Ihnen versichern, dass wir in keiner Weise – auch nicht in engerem Sinne – wirtschaftsfeindlich sind.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Na, na! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Liberaler!)

Aber wenn wir um 22 Uhr das Bierchen getrunken haben, denken wir auch einmal an die Nachbarschaft, die davon betroffen ist. Insofern kann man aus unserer Sicht – wie schon in der Vergangenheit – mit der Regelung, die wir im Moment haben, wunderbar leben – gerade auch deshalb, weil Lärm zu Recht zunehmend ein Thema wird und es in diesem Zusammenhang Gesundheitsgefahren gibt.

Ich erinnere mich übrigens selbst an die Situation einer Hausbrauerei mit ihrem Biergarten in Freiburg. Ich habe in Freiburg studiert und weiß daher, dass es manchmal auch gar nicht schlecht ist, wenn man um 22 Uhr von dannen zieht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Wenn man morgens um 8 Uhr anfängt!)

Wir werden also diesem Antrag sicherlich nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, diese Freiburger Hausbrauerei, die Kollege Lusche genannt hat, ist mir natürlich selbst auch gut bekannt.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Abg. Walter Heiler SPD: Wart ihr da zusammen?)

Und das ist nicht der einzige Biergarten oder die einzige Gartenwirtschaft, die es bei uns in der Region gibt, wo es sich im Sommer gut aushalten lässt. Die Lebensfreude ist auch heute schon da.

Deshalb haben auch wir Bedenken hinsichtlich des Antrags, den die SPD vorgelegt hat.

Interessant ist die Konstellation, die sich nun ergibt. Kürzere Sperrzeiten sind ja eine Forderung, die die FDP/DVP immer aufgestellt hat.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Von denen ist fast niemand mehr da! – Abg. Ulrich Lusche CDU: Ich wollte es jetzt nicht sagen!)

– Ich sage es gerne. – Fast hätte ich gedacht, das sei ein FDP/DVP-Antrag, aber beim genauen Lesen habe ich dann festgestellt, dass der Vorstoß diesmal von den Kollegen von der SPD kommt.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sozialliberal!)

Der Antrag passt zeitlich ganz gut in den Sommer. Er passt auch deshalb gut, weil das Thema Sperrzeiten hier im Landtag und insbesondere bei den Regierungsfraktionen eine never ending story ist. Bereits in der letzten Legislaturperiode gab es eine ganze Menge Anträge und auch Auseinandersetzungen zu der Frage, wie man zukünftig verfahren soll. Die Lage ist nach wie vor unklar. Wir wissen: Die FDP/DVP will unbedingt und so radikal wie möglich die Sperrzeiten in der Gastronomie verkürzen,

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Freiheitlich!)

sie will möglichst gar keine Sperrzeiten mehr. Die CDU will das nicht. Dann wird angekündigt: Jetzt kommt die Liberalisierung. Dann heißt es plötzlich wieder: Nein, nein, sie kommt nicht. Ich zitiere einige Überschriften: „Mappus kontra Pfister – Neuer Zwist in der Regierungskoalition“. Das war im November letzten Jahres. „Mappus bremst Pfister aus“ heißt es hier. Jetzt lesen wir: „Nachts noch länger in die Kneipe – Land will Sperrzeit verkürzen“. Jetzt sind wir einmal gespannt, ob der erneuten Ankündigung vonseiten der Regierungsfraktionen tatsächlich die Umsetzung folgt. Im Zusammenhang mit der Debatte über den Alkoholverkauf in der Nacht haben Sie sich ja wohl darauf geeinigt, einen solchen Deal zu machen: Wenn das Alkoholverkaufsverbot kommt, dann wird auf der anderen Seite die Sperrzeit für Gaststätten gelockert.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das ist also eine lange Geschichte mit vielen Tiefen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lusche?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Die gestatte ich gern. Zunächst möchte ich aber noch den Gedanken beenden.

(Edith Sitzmann)

Wir hoffen, dass Sie jetzt endlich zu einer Lösung kommen, damit die Leute auch wissen, woran sie sind, und auch wir klar unsere Position einbringen können, nämlich dass es eine kommunale Entscheidung ist, wie lange die Sperrzeiten sind,

(Abg. Walter Heiler SPD: Natürlich! Exakt!)

und die Kommunen in Zukunft darüber entscheiden sollen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ermöglichen wir ja!)

Bitte.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Frau Kollegin Sitzmann, ist Ihnen bekannt, dass wir es hier mit zwei Fragestellungen zu tun haben und dass die eine Frage, die Frage der Sperrzeiten in Gaststätten, mit der anderen Frage, ob der aus dieser Gaststätte dringende Lärm gesundheitsschädlich ist oder nicht, eben nicht identisch ist? Wir reden heute nur über den zweiten Aspekt; denn das ist der Gegenstand des Antrags, nicht die Debatte über die Sperrzeit.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Selbstverständlich ist mir bekannt, Herr Kollege Lusche, dass es da verschiedene Aspekte gibt. Aber Sie können ja nicht bestreiten, dass es, wenn es grundsätzlich um Sperrzeiten geht, auch einen Zusammenhang gibt, und den habe ich gerade aufzuzeigen versucht.

Jetzt komme ich gern noch einmal zu unserer Position zum Thema „Gartenwirtschaften und Biergärten“ zurück. Das, was ich zu Sperrzeiten insgesamt gesagt habe, gilt für uns Grüne auch für die Außenbewirtschaftung. Es muss immer im Einzelfall entschieden werden.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ja! Natürlich!)

Denn die Situation ist immer unterschiedlich. Das tun die Kommunen heute schon; sie müssen abwägen im Spannungsfeld der unterschiedlichen Interessen: der Gaststättenbetreiber, der Gäste, die da gern ihr Bier trinken – manche sicherlich noch länger als bis 10 Uhr oder 11 Uhr abends –, aber auch der Anwohner, und diese Interessen sind dann eben je nachdem, wo sich eine solche Gartenwirtschaft befindet, auch sehr unterschiedlich.

Wenn man jetzt diesen zitierten Biergarten in Freiburg nimmt, der mitten in einem Wohngebiet liegt, ist natürlich klar, dass ich da andere Maßstäbe anlegen muss als bei einer Gartenwirtschaft, die in einem Außenbezirk oder z. B. am Rande eines Gewerbegebiets liegt.

Deshalb sagen auch wir: Es gibt in diesem Punkt auf Landesebene keinen Handlungsbedarf. So, wie es jetzt ist, kann es bleiben. Die Kommunen müssen im Einzelfall abwägen, was im Interesse aller Betroffenen und Beteiligten möglich ist.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist jetzt fast alles gesagt, aber noch nicht von allen. Ich möchte allerdings noch meine Verwunderung zum Ausdruck bringen: Die SPD schreibt zurzeit alles nach, was aus Bayern kommt. Anscheinend haben Sie da besondere Affinitäten, ob es die VOB oder die Landesbauordnung ist oder ob es jetzt um die Sperrzeitverkürzung oder um Regelungen für die maximal zulässige Lärmbelastung geht.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wenn sie es uns halt vormachen!)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist ein starkes Wirtschaftsland, weil wir glücklicherweise Leute haben, die fleißig arbeiten. Wir sind ein Kultur- und ein Genießerland. Entweder lebe ich nicht in Baden-Württemberg oder Sie nicht. Aber ich darf Ihnen versichern, wir sind sogar großzügig. Wenn in der Festhalle, die ungefähr 100 m Luftlinie von meinem Haus entfernt ist, ein Popkonzert der Jugend stattfindet, brauche ich bis morgens zwei Uhr kein Radio einzuschalten. Da habe ich beste Unterhaltung.

Deshalb möchte ich die Aussage von Frau Sitzmann aufgreifen: Wo sich das Land nicht einzumischen braucht, sollte es sich heraushalten. Das sagen wir auch immer in Richtung EU.

(Abg. Walter Heiler SPD: Sie verstehen nicht, um was es geht!)

– Ich verstehe ganz genau, um was es geht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Nein, ich erkläre es Ihnen noch einmal!)

Ich bin der Meinung: Sie haben da vielleicht etwas über das Ziel hinausgeschossen. Wir haben heute in Stuttgart – das wurde mir vom DEHOGA noch einmal bestätigt – Öffnungszeiten im Freien bis 24 Uhr.

(Abg. Walter Heiler SPD: Da gibt es übrigens Sondermodelle!)

– Wissen Sie, es gibt auch Leute, die tatsächlich schichten, es gibt Familien mit Kleinkindern, die man früh ins Bett bringt, es gibt ältere Herrschaften, die gern ihre Nachtruhe genießen würden. Es ist einfach so, dass sie, wenn andere Leute mit Autotüren schlagen, nun einmal Probleme haben. Deshalb möchte ich den Satz aus Schillers „Wallenstein“ betonen:

Leicht beieinander wohnen die Gedanken.
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Hier ganz besonders.

Meine Damen und Herren, dass die Dienstleistungsbranche und dabei insbesondere der Tourismus für uns im Land außerordentlich wichtig sind und dass wir diese wichtige Branche brauchen und stützen wollen, ist keine Frage. Deshalb haben wir schon heute in Außenbereichen für gastronomische Betriebe die Möglichkeit, die Sperrzeiten so festzulegen, dass sie auskömmlich sind. Ich darf Ihnen versichern, dass keine Polizei mit dem Messgerät vor der Tür steht und das sofort zur Anzeige bringt.

(Abg. Walter Heiler SPD: Oh, oh!)

Aus diesem Grund haben wir hier sehr viele Möglichkeiten, um dem Freizeitbedürfnis unserer Bürger und Bürgerinnen,

(Beate Fauser)

laue Sommernächte – so wir denn welche haben wie im Jahre 2003 – auszunutzen, zu entsprechen.

Meine Damen und Herren, mir wäre es sehr viel wichtiger, dass sich die SPD einmal Gedanken darüber macht, wie wir die Gastronomie und die Tourismusbranche sonst noch entlasten könnten. Ich höre sehr wenig, wenn es darum geht, die Mehrwertsteuer abzusenken, die für die Gastronomie überproportional hoch ist. Wir haben explodierende Preise. Wir haben überzogene Vorschriften. Wir bewirken mit den Rundfunkgebühren erhebliche Belastungen für die Gastronomie und Hotellerie.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Welcher Antrag war das jetzt noch einmal?)

Wir haben hier Kosten aufgrund von Urheberrechten, die europaweit völlig überhöht sind. Es gibt wesentlich wichtigere Dinge in diesem Bereich zu besprechen, als den in den späten Abendstunden zulässigen Lärmpegel um 15 dB(A) anzuheben.

Meine Damen und Herren, überlassen wir diese Sache in Zukunft weiterhin den Gemeinden. Wirken wir als Abgeordnete – Sie sind doch auch noch in Gemeinderäten oder im Kreistag vertreten – darauf hin, dass immer dort, wo es möglich ist, einer Außenbewirtschaftung ein Mehr an Möglichkeiten gegeben wird. Dann, denke ich, ist die ganze Angelegenheit zu unser aller Zufriedenheit geregelt.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Mit Sperrzeiten hat das so viel zu tun wie Brustschwimmen mit Fußball!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Gönner das Wort.

Umweltministerin Tanja Gönner: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will darauf eingehen, dass – das wurde vorhin schon vom Kollegen Lusche in einer Zwischenfrage klargestellt – der Antrag, über den wir heute diskutieren, das Ziel verfolgt, eine Immissionsschutzverordnung für alle Außengaststätten im Land zu erlassen, also eine Art baden-württembergische Biergartenverordnung – vorhin haben wir gelernt, eigentlich wäre eine Weinlaubenverordnung sinnvoller –,

(Abg. Walter Heiler SPD: Oi, oi, oi! In Nordbaden sicher nicht!)

mit der dann die Lärmgrenzwerte für die Nachtzeit generell eine Stunde später, also ab 23 Uhr, gelten sollen. Jetzt haben Sie, Herr Kollege Heiler, ganz geschickt argumentiert, indem Sie gesagt haben: „Man braucht eine Ruhezeit von acht Stunden. Deswegen legen wir eine Nachtzeit von 23 Uhr bis 7 Uhr fest.“

(Abg. Walter Heiler SPD: Ha, logisch!)

Da kann ich nur sagen – Frau Fauser hat darauf hingewiesen –: Ich glaube, dass derjenige, der neben einer solchen Außengaststätte lebt und wohnt und ungeschickterweise morgens um fünf aufstehen muss, weil vielleicht um halb sechs seine Schicht anfängt, dazu sagt: „Tolle Idee! Das habt ihr aber gut gelöst. Das hat uns viel geholfen. Schlafen kann ich jetzt halt nicht mehr.“

Ich finde schon, dass man einmal überlegen muss, warum wir neben den Bestimmungen des Gaststättenrechts zusätzlich immissionsrechtliche Genehmigungen haben. Ich halte es nicht für notwendig, neue Regelungen zu treffen. Das ist weder notwendig noch sinnvoll. Es gibt Sperrzeitenregelungen im Gaststättenrecht – das ist klar geworden –, die die Schließungszeiten von Gaststätten und damit auch die möglichen Öffnungszeiten festlegen. Diese werden – das kam auch schon klar heraus – im Land voraussichtlich bald gelockert. Und es gibt diese immissionsschutzrechtlichen Regelungen, um die es hier geht, die festlegen, wie laut es im Außenbereich einer Gaststätte, also z. B. im Biergarten, sein darf. Beide Regelungen bestehen nebeneinander.

Um es zu verdeutlichen: Ein Biergarten mit 300 Plätzen könnte theoretisch unter Lärmgesichtspunkten 24 Stunden am Tag betrieben werden,

(Abg. Walter Heiler SPD: Wenn alle die Gosch halten!)

wenn er sich z. B. im Außenbereich befindet und es keine Anwohner gibt. Ein solcher Biergarten wird allerdings im Wohngebiet bereits tagsüber ein Problem haben, die Richtwerte einzuhalten. Die Immission an dem Ort selbst entscheidet. Entscheidend ist aus Sicht des Lärmschutzes in erster Linie der konkrete Biergarten an seinem konkreten Standort. Es wäre allgemein dahingeredet, wenn man sagt: „Nun verlegen wir die Schließungszeiten eine Stunde nach hinten. Dann sollen die Anwohner halt morgens eine Stunde länger schlafen. Die werden das schon irgendwie einrichten können.“

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben im Übrigen das Instrumentarium, um einen Ausgleich zwischen Freizeitinteressen, die Sie mit „Lebensfreude“ umschrieben haben – allerdings will ich zugestehen: ich gewinne den Eindruck, dass Lebensfreude weit über den Besuch eines Biergartens und einer Gaststätte hinausgeht; ich habe zumindest die Hoffnung, dass es so ist;

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

ich kann Ihnen sagen, dass ich auch sonst Lebensfreude habe, ohne dass ich jeden Tag bis 24 Uhr im Biergarten sitze;

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber es ist schon etwas Schönes! So ist es nicht!)

es ist etwas Schönes, es kann zur Lebensfreude dienen, aber nicht ausschließlich; man kann Lebensfreude auch noch woanders beziehen –,

(Abg. Walter Heiler SPD: Im Winter!)

und dem Interesse an einem wirksamen Lärmschutz zu erreichen. Es gibt mit der TA Lärm eine Regelung, die zur Beurteilung von Außengaststätten herangezogen wird. Mit dieser Regelung können unsere Behörden vor Ort im jeweiligen Einzelfall entscheiden, ob der Lärm einer konkreten Außengast-

(Ministerin Tanja Gönner)

stätte für die Anwohner unproblematisch ist oder nicht. Ihrer Forderung, die örtliche Gegebenheit solle entscheiden, ist also bereits entsprochen. Es gibt die Möglichkeit, hier die entsprechende Regelung zu treffen.

Auf dieser Grundlage werden im Übrigen beide Seiten berücksichtigt, nämlich die Betreiber und die Gaststättenbesucher ebenso wie die Anwohner. Dabei kann im konkreten Einzelfall – und damit dort, wo es vertretbar ist – die Nachtzeit – z. B. die Anwendung der strengeren Werte für die Nacht – bereits jetzt auf 23 Uhr verschoben werden.

(Abg. Walter Heiler SPD: Fünf unbestimmte Rechtsbegriffe sind da drin!)

Deswegen sage ich: Wir brauchen keine neue Verordnung. Wir reden auch gern über Bürokratieabbau. Zu Bürokratieabbau gehört auch, dass Regelungen, die nicht notwendig sind, erst gar nicht erlassen werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Was ich etwas problematisch finde, ist die Begründung des Antrags mit der steigenden Beliebtheit der Außengastronomie. Wenn man das fortsetzt, wäre nämlich die Frage, ob das dazu führt, dass die steigende Beliebtheit der Außengastronomie letzten Endes auch mit einem geringeren Ruhebedürfnis der Anwohner korrespondiert. Das, glaube ich, ist mitnichten der Fall.

Es gilt insbesondere auf eines hinzuweisen – weil immer wieder gesagt wird, Gespräche und durch Gläser verursachte Geräusche seien nicht so schlimm wie Verkehrslärm –: Wer einmal neben einer Gaststätte gewohnt hat, weiß, wie schwer es ist, bei Gläserklirren, Gesprächen und Gelächter einzuschlafen. Die Lärmwirkungsforschung nennt dies die Informationshaltigkeit der Geräusche. Solche Geräusche werden deshalb im Übrigen auch nach einem strengeren Maßstab beurteilt als etwa gleichmäßige Maschinengeräusche. Das hat seinen Grund.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das spürst du sofort!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte einen weiteren Aspekt ansprechen. Mit der Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie werden wir in den nächsten Jahren oder sogar Jahrzehnten den Verkehrslärm schrittweise verringern; das ist sehr aufwendig und teuer. Wollen Sie wirklich, dass wir auf der Verkehrsseite diesen Aufwand zur Lärmminderung betreiben und gleichzeitig im Freizeitbereich neue Lärmprobleme schaffen? Ist das die Art und Weise, wie wir Politik machen? Ich will mich jetzt nicht darüber auslassen, wer sich bei welchen Themenbereichen wofür einsetzt – etwa wenn wir auf die Filder schauen. Aber wir sollten uns schon einmal fragen, ob das eine noch mit dem anderen zusammenpasst.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr wahre Worte! Sehr gut!)

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich deutlich sagen: Natürlich ist es wunderbar, an einem warmen Sommerabend im Biergarten zu sitzen und den Tag gemütlich im Freien ausklingen zu lassen. Dazu brauchen wir aber keine neue Verordnung; dazu haben wir mit den bestehenden Regelungen eine gute Entscheidungsgrundlage. Zudem sollten wir akzeptieren, dass es Mitmenschen gibt, die in der Nähe wohnen

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

und die einen Anspruch darauf haben, dass ihr Ruhebedürfnis erfüllt wird. Dem wollen wir gerecht werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Walter Heiler meldet sich zu Wort. – Abg. Walter Heiler SPD: Habe ich noch Redezeit?)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Heiler, Sie bekommen noch einmal das Wort. Sie haben noch drei Minuten und 13 Sekunden Redezeit.

Abg. Walter Heiler SPD: Ich kann es kurz machen: Frau Ministerin, Fluglärm mit den Geräuschen gleichzusetzen, die durch Unterhaltungen in einer Außenbewirtschaftung entstehen, halte ich für außerordentlich gewagt. Daran sieht man, dass Sie offensichtlich nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit an dieses Thema herangegangen sind.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Ulrich Lusche CDU: Es sind ja nicht nur die Gespräche! Autotüren, Bierkrüge, Musik!)

Zwischen Fluglärm und Unterhaltung besteht für mich doch ein Unterschied.

Ich möchte jedoch nur zu einem Punkt, den insbesondere Sie, Frau Fauser, angesprochen hatten, etwas sagen. Sie haben jetzt den vielen Beiträgen entnommen, dass es zwei Aspekte gibt, nämlich zum einen die gaststättenrechtliche Erlaubnis, die Vorschriften zu den Betriebszeiten enthält, und auf der anderen Seite die TA Lärm, die gesetzlich vorschreibt, welche Grenzwerte einzuhalten sind. Unser Antrag zielt darauf ab, dass den Kommunen mehr Entscheidungsbefugnisse zugesprochen werden. Die Kommunen würden nach wie vor das Sagen haben, nämlich dann, wenn es darum geht, die Betriebszeiten festzulegen. Das soll nach den örtlichen Gegebenheiten erfolgen. Zurzeit ist es, wenn man die Dinge klar sieht, ja so: Eigentlich sind uns die Hände gebunden. Wir können zwar den Beginn der Sperrzeit auf 22 Uhr, 23 Uhr oder 24 Uhr festlegen, aber 22 Uhr ist aus immissionsschutzrechtlichen Gründen Ende der Fahnenstange. Denn dann muss der Wirt in Mischgebieten, Kerngebieten und Dorfgebieten 45 db(A) einhalten. Das steht eindeutig im Gesetz.

Wir sagen: Lasst uns dies um eine Stunde nach hinten verschieben, dann können die Kommunen in den Bereichen, in denen es funktioniert und soweit es die Nachbarn nicht stört, entsprechende Erlaubnisse erteilen, ohne dass die Wirte befürchten müssen, dass die Polizei kommt und Messungen anstellt.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Dafür kommt dann das Verwaltungsgericht! Das bringt doch nichts!)

(Walter Heiler)

Dann können die Entscheidungen durch die kommunalpolitisch Verantwortlichen vor Ort im Sinne aller Beteiligten getroffen werden.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Das ist doch Illusion!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1420, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Prost! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP meldet sich zu Wort. – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Halt! Ich möchte eine Erklärung zur Abstimmung abgeben! – Zurufe – Unruhe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Au ja! Das hat einen gewissen Unterhaltungswert! – Zuruf von der SPD: Jetzt aber! Die Stimme der Freiheit! – Glocke der Präsidentin)

– Das Wort hat Herr Abg. Kluck.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den SPD-Antrag nicht deshalb abgelehnt, weil ich dafür wäre, dass die Außengastronomie generell um 22 Uhr schließen muss, sondern ich habe ihn abgelehnt, damit die Möglichkeit besteht, von Ort zu Ort und von Örtlichkeit zu Örtlichkeit einmal bis 5 Uhr, ein andermal bis 2 Uhr und auch einmal nur bis 22 Uhr offen zu haben.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Rund um die Uhr! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr verständnisvoll!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Danke schön, Herr Abg. Kluck.

Ich erteile Herrn Abg. Bachmann das Wort.

(Unruhe)

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es wie dem Kollegen Kluck. Wir brauchen mehr Flexibilität vor Ort.

(Abg. Jörg Döpper und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Man kann doch z. B. die Hirsch-Weinstuben im Möhringer Ortskern hier in Stuttgart oder das „Harambe Afrika“ in Sonnenberg nicht mit dem Kickers Club-Restaurant auf der Waldau über einen Kamm scheren.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Keine Werbung!)

Wir brauchen mehr Spielräume. Das muss unser Ziel sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo kommen Sie her?)

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. Dieter Ehret FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Haben Sie etwas gegen Klubrestaurants? – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

(Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man wird sich doch noch wundern dürfen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seine Bewunderung zum Ausdruck bringen dürfen! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Windkraftblockade aufheben – Energieoffensive starten – Drucksache 14/1840

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Umsetzung des Energiekonzepts 2020 in der Windkraftnutzung – Drucksache 14/2297

c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum Ausbau der Windenergienutzung in Baden-Württemberg – Drucksache 14/2487

(Unruhe)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Anträge unter den Buchstaben a und b fünf Minuten, für die Begründung des Antrags unter dem Buchstaben c fünf Minuten, für die Aussprache über alle Anträge fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Knapp für die Fraktion der SPD, bitte schön.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU und Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Kurz und knapp!)

Abg. Thomas Knapp SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die zwei Erklärungen der Kollegen zur Abstimmung sieht – ich will jetzt keine persönliche Erklärung abgeben –, muss ich sagen: Auch wir fordern mehr Freiheit – für die Windkraft in Baden-Württemberg.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich glaube, man sollte sehr viel mehr vor Ort entscheiden können, was wir im Bereich der Windkraft machen.

(Thomas Knapp)

Ich möchte aber doch zwei oder drei allgemeine Dinge sagen. Ich glaube, wir alle wissen, dass die CDU und die FDP/DVP eine detaillierte Debatte über Windkraft nicht wollen und dass wir sagen, dass es notwendig ist, dass mehr passiert. Sie haben am Dienstag im Fernsehen gesehen, was aktuell in Jungingen und in Hechingen an der Starzel passiert ist. Dazu muss man sagen: Es wird endlich Zeit, dass wir angesichts dessen, was mit unserer Natur, mit unserem Klima passiert, sinnvoll mit der Natur umgehen und endlich gegensteuern.

(Beifall bei der SPD)

Diese Hochwasser kommen doch nicht von ungefähr.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir hatten schon immer einmal Hochwasser. – Ja, Frau Kollegin Fauser, wir hatten schon immer Hochwasser auch bei uns an der Enz, um von unserer Region zu sprechen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir hatten 1947 ein großes Hochwasser, davor im Jahr 1853. Dann gab es ein Hochwasser im Jahr 1993, eines im Jahr 1999,

(Zurufe der Abg. Jörg Döpper CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

dann war es im Jahr 2002 an der Grenze zum Hochwasser und 2004 an der Grenze, sodass allein vier Ortsteile von Mühlacker fast abgesoffen wären,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was hat das mit Windrädern zu tun? So ein Blödsinn!)

bzw. im Jahr 1993 tatsächlich abgesoffen sind.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wollen Sie, dass die Windräder auch absaufen?)

Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Man muss deshalb auch einmal sagen: Wir müssen gegensteuern. Wenn wir gegensteuern müssen, dann heißt das aber auch, dass man gerade beim Ausbau der erneuerbaren Energien keinen einzigen Ansatz auslassen darf.

Wir haben zwei Anträge gestellt und dafür zwei Überschriften gewählt. Die eine Überschrift lautet: „Windkraftblockade aufheben ...“. Im anderen Antrag geht es darum, endlich zumindest in Teilen mit dem, was man als Energiekonzeption des Landes Baden-Württemberg aufgelegt hat, Ernst zu machen. Dabei muss man auch sagen: Diese Energiekonzeption 2020 für Baden-Württemberg – das muss man einfach einmal so konstatieren – basiert auf völlig ungesetzlichen Annahmen. Man kann doch als Landesregierung nicht, wenn ein Atomausstiegsgesetz nach wie vor Gültigkeit hat, in Baden-Württemberg für das Jahr 2020 einen Anteil von 50 % Kernenergienutzung einplanen, wenn bis dahin nach dem Atomausstiegsgesetz maximal noch das Kernkraftwerk Neckarwestheim II läuft und wir noch 15, 16, 17 % der Stromproduktion – langsam sinkend – aus Kernenergie haben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wo gibt es denn so etwas?)

Das hieße doch, man macht einfach die Augen zu. Ich möchte mich deshalb auch nochmals an den Stellungnahmen entlanghangeln, die Sie, Herr Minister Pfister, zu den Anträgen abgegeben haben. Ich gehe davon aus, dass Sie diese Stellungnahmen kennen.

Völlig unverständlich ist mir, wie Sie in der Stellungnahme zu Abschnitt I Ziffer 5 des Antrags Drucksache 14/1840 schreiben können:

> *Da Betriebe aus Baden-Württemberg unter den Zulieferbetrieben stark vertreten sind,*

– Betriebe, die der Windenergiebranche zuliefern –

> *dürfte der auf das Land entfallende Arbeitsplatzeffekt weit über dem prozentualen Landesanteil an der installierten Leistung liegen.*

Ich kann nicht verstehen, wie Sie als Wirtschaftsminister so etwas in eine Stellungnahme zu einem Antrag schreiben können und gleichzeitig eine Energiekonzeption vorlegen können, die maximal den Ausbau der Windenergie von 0,4 Terawattstunden Stromproduktion auf 1,2 Terawattstunden bedeutet, obwohl diese Branche um uns herum weltweit boomt und obwohl Sie mit dieser Blockade unseren Zulieferfirmen in Baden-Württemberg langfristig das Wasser abgraben, weil die Firmen und die Lieferanten dort hinmüssen, wo produziert und wo auch aufgebaut wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Wenn wir von den 70 000 Arbeitsplätzen in dieser Branche nur einen Anteil von 25 bis 30 % haben – der ist sicherlich realistisch –, dann liegen wir hier bei mindestens 15 000 bis 20 000 oder gar 25 000 Arbeitsplätzen. Glauben Sie wirklich, dass die Zulieferbetriebe auf Dauer in Ehningen oder an einer anderen Stelle bleiben, wenn die Wege an die Nordsee oder anderswohin – nach Frankreich oder nach Spanien, ins übrige Ausland oder wohin auch immer, wo es funktioniert und wo solche Anlagen gebaut werden –

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

so weit sind und bei uns in Baden-Württemberg noch nicht einmal die Chance für diese Firmen besteht, vor Ort auch einmal etwas mit eigenen Anlagen zu erproben? Das, was Sie hier machen, ist wirtschaftspolitisch absoluter Wahnsinn.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Das müssen Sie bei anderen Technologien auch so sehen!)

– Ja, darüber können wir ruhig diskutieren. Das, was da abläuft, ist völlig indiskutabel.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Gegenruf des Abg. Alfred Winkler SPD – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist an den Realitäten vorbei! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort hat Herr Abg. Knapp!

Abg. Thomas Knapp SPD: Einen zweiten Aspekt muss man auch einmal sehen. Herr Wirtschaftsminister, Sie als oberster Planer haben in einer Stellungnahme zu der Frage, was man in den ausgewiesenen Vorranggebieten realisieren kann, geschrieben, das Ausbauziel, von 0,4 Terawattstunden im Jahr auf 1,2 Terawattstunden im Jahr zu kommen, sei auf den ausgewiesenen Vorrangflächen nahezu erreichbar. Sie rechnen hier aber 100 % dieser Vorrangflächen als mit Windkraftanlagen belegt ein.

Jetzt schaue ich Sie an, Kollegin Fauser. Sie haben u. a. noch in der letzten Sitzung der alten Legislaturperiode hier dagegen gestimmt,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich auch!)

dass der Windpark in Simmersfeld im Schwarzwald kommt,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Weil er sich nicht lohnt! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ich habe auch dagegen gestimmt!)

weil er sich nicht lohne. Es ist doch völliger Quatsch, dass der nicht kommt,

(Zurufe von der CDU)

obwohl – das muss man diesen Häusern jetzt einmal zugute halten – sowohl das Umweltministerium als auch das Wirtschaftsministerium und das Landwirtschaftsministerium gesagt haben: Wenn dieser Windpark verhindert wird, wird das Land zu Schadensersatz aufgefordert, weil das rechtmäßig ist. – Wir sind doch in keiner Bananenrepublik und können so etwas doch nicht zulassen!

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Aber Frau Fauser! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da würden sich Windräder vielleicht sogar wirtschaftlich rechnen!)

Eines möchte ich zum Schluss vielleicht noch sagen, Herr Wirtschaftsminister. Ich weiß nicht, ob Sie das gehört haben oder ob Sie das wissen, oder ob das jetzt eine neue Sprachregelung ist. Am vergangenen Montag hat Ihr Ministerpräsident bei der Verleihung des B.A.U.M.-Umweltpreises im Haus der Wirtschaft an die Preisträger, u. a. Klaus Töpfer und die Stadtwerke Schwäbisch Hall,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

gesagt – das habe ich mir gemerkt –: Daran, wie das Land zukünftig mit der Windenergie umgeht, wird man die Landesregierung in Bezug darauf messen können, wie sie mit erneuerbaren Energien umgeht.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da hat mir am letzten Freitag der dortige OB etwas ganz anderes gesagt!)

Ich sage Ihnen eines, Herr Wirtschaftsminister: Wir werden Sie daran messen. Es kann so nicht weitergehen; aus wirtschaftspolitischen und aus klimapolitischen Gründen kann es so nicht weitergehen. Wir müssen die Blockade der Windenergie endlich aufheben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Untersteller.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh, wieder ein Lobbyist!)

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Zimmermann, den ganzen Morgen haben Sie ruhig in den hinteren Reihen gesessen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nicht den ganzen Morgen! Das stimmt nicht! Lesen Sie das Protokoll nach!)

Jetzt, da es um Windenergie geht, setzen Sie sich in die vorderen Kampfesreihen.

Dass wir in Baden-Württemberg bei der Windenergie prozentual weit hinter dem liegen, was im Bundesdurchschnitt oder auch in anderen Flächenstaaten vorhanden ist, ist bekannt. Nur noch ein Bundesland, nämlich Berlin, liegt mit einem Anteil von null Prozent hinter uns.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das gibt's ja gar nicht!)

Dann kommen gleich wir mit 0,4 % Windenergieanteil an der Stromerzeugung.

Die wichtigsten Eckdaten will ich noch einmal kurz nennen. Bundesweit sieht es so aus: Wir haben heute 20 000 Anlagen. 6,5 % der Stromerzeugung kommen zwischenzeitlich über die Windenergie. Im Nachbarland Rheinland-Pfalz, Herr Kollege Zimmermann – nicht so weit weg von uns –, sind zwischenzeitlich 915 Windkraftanlagen mit 1 100 Megawatt am Netz.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Installiert! – Gegenruf des Abg. Alfred Winkler SPD: Hören Sie zu, Herr Zimmermann! Zuhören!)

– Darauf komme ich gleich noch, keine Bange. – Demgegenüber haben wir in Baden-Württemberg etwa 330 Anlagen, was 400 Megawatt installierte Leistung ausmacht. Wenn man sich einmal anschaut, was das im Konkreten bedeutet, dann stellt man fest: Rheinland-Pfalz deckt mit dieser installierten Leistung 5,5 % des Strombedarfs, und wir decken gerade einmal 0,4 bis 0,5 % unseres Strombedarfs.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das zeigt im Grunde genommen alles: Wir sind hier meilenweit hintendran. Der Grund dafür ist ein ganz einfacher: Seit Jahren tun Sie alles dafür, diese umweltfreundliche Form der Energieerzeugung mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu verhindern und zu blockieren. Das sind einfach Realitäten, an denen Sie nicht vorbeikommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Franz Untersteller)

Wenn dann von der Landesregierung in dem Energiekonzept 2020 geplant ist, diese Zahl von 0,4 Terawattstunden auf 1,2 Terawattstunden zu steigern – der Kollege Knapp hat es ja schon erwähnt –, ist das schlicht und ergreifend – ich habe die Zahlen von Rheinland-Pfalz genannt – ein Nasenwasser. Der Grund hierfür ist ein ganz einfacher: Es fehlt der politische Wille, diese umweltfreundliche Form der Energieerzeugung in diesem Land zu fördern.

Ein ganz wesentlicher Eckpfeiler dieser Verhinderungspolitik ist – das wissen Sie auch – die im Jahr 2003 von Ihnen vorgenommene Änderung des Landesplanungsgesetzes mit der damals eingeführten „Schwarz-Weiß-Lösung“. Seither können Windkraftanlagen nur noch in den von den Regionalverbänden ausgewiesenen Vorranggebieten errichtet werden. Das heißt, 98 % der Landesfläche sind ausgeschlossen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Gott sei Dank!)

wenn man es ernst nimmt, und lediglich auf den restlichen 2 % ist es möglich, Windkraftanlagen zu errichten.

Was mit dieser Vorgehensweise tatsächlich bezweckt werden soll – daran will ich noch einmal erinnern –, wurde in einer Pressemitteilung deutlich, die schon ein paar Jahre alt ist, die ich aber trotzdem zitieren will. Sie wurde am 24. September 2001 vom damaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel veröffentlicht, und dort heißt es:

Mit der geplanten Initiative

– nämlich der Änderung des Landesplanungsgesetzes –

soll zugleich den Planungs- und Genehmigungsbehörden von der Gemeinde bis zum Regionalverband deutlich gemacht werden, dass sie für eine restriktivere Genehmigungspraxis den politischen Rückhalt der Landesregierung finden würden.

Das ist der Punkt. Dann können Sie hier nicht kommen und sagen: „Wir tun unser Möglichstes“, sondern Sie tun das Möglichste, um die Windkraft in diesem Land zu blockieren,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

und das zu Zeiten, in denen jeder über Klimawandel und über die Notwendigkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien redet.

Diese Vorgabe führt natürlich dazu, dass wir in manchem Regionalverband Mehrheitsbeschlüsse haben, die bei ihrer Umsetzung dafür sorgen, dass zwar Vorranggebiete ausgewiesen werden, aber diese Vorranggebiete an Stellen ausgewiesen werden, wo es im Grunde genommen wirtschaftlich für einen Investor gar keinen Sinn macht. Ich will Ihnen Beispiele nennen: Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein hat im Jahr 2004 den Regionalplan novelliert und hat dann eine Reihe von möglichen Standorten für Windkraftanlagen ausgewiesen. Bis heute wurde keine errichtet. Das Gleiche gilt für den Regionalverband Südlicher Oberrhein, es gilt für den Regionalverband Schwarzwald-Baar, und es gilt für den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben. Wenn das nicht das Ergebnis von Verhinderungspolitik ist, dann frage ich Sie wirklich, was man unter Verhinderungspolitik zu verstehen hat.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sinnvolle Verhinderung! – Abg. Alfred Winkler SPD: Sabotage!)

Bekanntermaßen hat meine Fraktion seit Jahren immer wieder versucht, diese Änderung des Landesplanungsgesetzes rückgängig zu machen, und hat dazu Vorschläge gebracht. Die Kollegen der SPD haben das jetzt noch einmal versucht.

Wir sind diesmal einen anderen Weg gegangen. Wir haben Ihnen jetzt mit unserem Antrag den kleinen Finger gereicht und haben gesagt: Wir nehmen einmal das Landesplanungsgesetz so, wie es ist, und zeigen Ihnen Möglichkeiten auf, wie es darüber hinaus möglich wäre, die Windenergie in Baden-Württemberg zu fördern.

Ein Beispiel: Wir haben etwa 130 Anlagen – das sind knapp 40 % aller Anlagen –, die vor der Novellierung des Landesplanungsgesetzes errichtet wurden, die nicht in den Vorranggebieten stehen. Jetzt muss man einmal überlegen: Was macht denn ein Investor, der sagt: „Ich ersetze die Altanlage durch eine neue Anlage, die wesentlich wirtschaftlicher ist, die mir mehr Ertrag bringt“? Wenn ein Investor dies machen will, dann geht das in diesem Land nicht. Für 40 % der Anlagen in Baden-Württemberg hat die Landesregierung zusammen mit den sie tragenden Fraktionen mittelfristig das Todesurteil erklärt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Aha!)

Ich will Ihnen sagen, warum. Ich zitiere aus der Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag:

Bei Windkraftanlagen, die vor den entsprechenden Gebietsfestlegungen in Regionalplänen außerhalb von Vorranggebieten errichtet wurden, ist eine Leistungssteigerung, die wesentliche bauliche Änderungen erfordert, daher grundsätzlich nicht möglich.

So etwas nenne ich „Fundamentalismus“. Den betreiben Sie hier und nichts anderes.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vollends zur Farce wird die ganze Geschichte, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich ansieht, was der FDP/DVP-Landesverband hier macht.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben einerseits die Stellungnahme, die der Wirtschaftsminister zu unserem Antrag abgegeben hat; ich habe sie gerade zitiert. Schauen wir uns einmal an, was Sie auf Ihrem kleinen Landesparteitag am 19. April in Schwäbisch Gmünd gemacht haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich habe dich gar nicht gesehen, Franz!)

Ich zitiere aus der Berichterstattung des „Reutlinger Generalanzeigers“ über diesen Parteitag:

Die FDP will den Anteil von Sonne, Wind und Biomasse an der Energieerzeugung stärker ausbauen, als bisher von der Landesregierung geplant.

(Franz Untersteller)

Ein weiteres Zitat:

> *„Wir halten mehr für erreichbar", sagt die Landeschefin Birgit Homburger.*

Weiter heißt es in dem Beitrag, Herr Kollege Zimmermann:

> *Homburger dringt auf eine bessere Förderung der Windkraft.*
>
> (Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe von Frau Homburger noch nie etwas gehalten!)
>
> *In Einzelfällen müssen auch Anlagen außerhalb der sogenannten Vorranggebiete genehmigt werden.*

„Willkommen im Klub!", kann ich da nur sagen.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Nur würde ich mir dann wünschen, dass Sie auch unserem Antrag zustimmen und nicht nur solche Phrasen dreschen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Durch diese Zeitungsberichte – das räume ich ein – war ich natürlich „angestochen" und habe mir das Papier, das Sie auf Ihrem Landesparteitag verabschiedet haben, einmal besorgt und durchgelesen. Daraus möchte ich gern einmal eine Passage zitieren; denn ich finde, dass alle mitbekommen sollten, was Sie da machen. Ich zitiere aus dem von Ihnen verabschiedeten Papier:

> (Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist eine Werbeveranstaltung für die FDP! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)
>
> *Im Bereich der Windenergie gibt es in den Mittelgebirgslagen ... durchaus windhöffige Lagen, die sich als Windkraftstandorte sehr gut eignen. Zahlreiche Windräder stehen allerdings auf suboptimalen Standorten.*

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha!)

Jetzt kommt's:

> *Hintergrund ist, dass die von den Regionalverbänden ausgewiesenen Vorranggebiete nicht immer nach dem Leitkriterium Windhöffigkeit ausgewiesen wurden.*

– Stimmt, kann ich nur sagen.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

> *Bei künftigen Planungen sollte jedoch die erforderliche Windhöffigkeit Voraussetzung für die Ausweisung von Vorranggebieten sein. Sinnvoll wäre allerdings, künftig die konkreten Voraussetzungen der Eignung eines Standorts einzelfallbezogen zu prüfen. Dabei sollte es auch möglich sein, in Einzelfällen auf günstigen Standorten auch außerhalb eines Vorranggebiets eine Genehmigung zu erteilen.*
>
> (Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Genau dies steht in unserem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wenn Sie etwas in der Hose haben, dann stimmen Sie unserem Antrag in dieser Frage zu.

> (Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer ist Frau Homburger? Ich kenne nur Hamburger! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Fragen Sie doch Frau Homburger, ob sie zustimmt! Wir tun es auf jeden Fall nicht!)

Abschließend kann ich nur noch einmal an Sie appellieren, Herr Kollege Zimmermann,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Reden Sie über Physik und nicht über Politik!)

dass Sie wenigstens dem zustimmen, dass die Möglichkeiten, die es auf der Grundlage des bestehenden Landesplanungsgesetzes gibt, genutzt werden, dass wir beispielsweise für Anlagen, die außerhalb der Vorranggebiete stehen, Genehmigungsmöglichkeiten vorsehen, wenn es um ein Repowering, sprich um das Ersetzen einer alten Anlage durch eine moderne, leistungsfähigere Anlage geht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Also ist die bisherige Anlage nicht sinnvoll! Wenn Sie eine neue Anlage wollen, ist die alte nicht sinnvoll!)

– Überlassen Sie dies doch bitte dem Investor, ob er es machen will oder nicht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein, der Investor verschandelt unsere Natur nicht!)

– Die Anlage steht aber schon da. Das sollten Sie einfach einmal anerkennen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Noch einmal: Den dringend notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien über das 20-%-Ziel hinaus erreichen wir nur durch einen Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg. Ich appelliere noch einmal an Sie, hier in Zukunft ein bisschen mehr Realpolitik walten zu lassen

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

und weniger Ihren Fundamentalismus zutage zu bringen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie doch bitten, künftig Ihre Ausdrucksweise der Würde des Hohen Hauses anzupassen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Nemeth für die Fraktion der CDU.

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie haben heute von Rot und Grün drei Anträge zum Thema Windenergie vorgelegt. Alle sind nicht neu, und alle sind auch nicht besonders originell. Aber wir können gern noch einmal darüber reden.

(Beifall bei der CDU)

Man muss das ja auch ganz frei sagen: Die Windenergie hat wie jede Energieform ihre Vor- und Nachteile. Ich möchte hier einmal mit den Nachteilen beginnen: Die Windkraft ist teuer, und sie bleibt auch teuer. Darüber müssen wir uns im Klaren sein.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! – Beifall des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Zuruf von der SPD: Genauso wie Erdöl!)

Es ist derzeit nur über hohe Subventionen darstellbar.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ja, natürlich! Ist doch klar! Logisch!)

Und wenn ich richtig informiert bin, wird auch über das neue EEG die Windkraft noch teurer werden. Wir, die Verbraucherinnen und Verbraucher, zahlen heute schon 5,4 Milliarden € nur für die Windkraft.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Nemeth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Unterteller?

Abg. Paul Nemeth CDU: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Bitte, Herr Abg. Untersteller.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Kollege Nemeth, ist Ihnen bekannt, dass der Vorschlag zur Erhöhung der Vergütung von Windenergie ein Vorschlag ist, der von CDU und SPD auf Bundesebene gemeinsam eingebracht wurde?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ändert doch nichts an seiner Aussage, Herr Kollege! – Unruhe)

Abg. Paul Nemeth CDU: Sie wissen aber auch ganz genau, Herr Untersteller, dass wir in der Großen Koalition, gerade was diese Fragen anbelangt, heftigste Konflikte haben und dann am Ende natürlich in der Koalition mit einem Kompromiss kommen mussten. Ich stelle das Faktum hier nur fest. Zu bezahlen haben das die Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Nemeth, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage, eine des Herrn Abg. Knapp?

Abg. Paul Nemeth CDU: Nein.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Kalt abserviert! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war jetzt kurz und knapp beantwortet!)

Ich möchte zweitens weiter sagen: Jeder will die regenerativen Energien hier haben. Aber niemand will sie vor Ort haben. Sie wissen ganz genau – das betrifft nicht nur Simmersfeld, sondern auch viele andere Gebiete –, dass, wenn es konkret wird, die Windkraft den meisten Gegenwind in der Bevölkerung bekommt und es auch keine Mehrheit im Lande dafür gibt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Den entfachen Leute wie der Zimmermann erst!)

Drittens ist es auch so: Die Windkraft, Herr Kretschmann, ist vom Wettergeschehen abhängig. Die Windkraft kann keinerlei stetigen Strom liefern. Das ist ein riesiger Nachteil, den Sie nicht wegreden können. Was machen Sie mit der Windkraft bei Flaute und bei Sturm?

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Dann wird keine Energie geliefert. Das sind doch zwei Attribute, die Sie doch eigentlich sehr gut kennen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Was machen Sie bei Atomkraft in heißen Sommern?)

Sind Sie von der SPD in der Regierung, Herr Knapp, dann ist doch bei Ihnen immer Flaute. Sind Sie in der Opposition, machen Sie Sturm, aber Sturm im Wasserglas. Das bringt uns natürlich auch in keinster Weise weiter.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Rhetorisch brillant!)

Viertens – ich fahre fort –: Das bestmögliche Nutzungspotenzial der Windkraft liegt hier in Baden-Württemberg bei knapp über 40 %. Sie müssen also ständig Parallelkapazitäten, die viel Geld kosten, vorhalten.

Und dann der letzte Punkt: Der Standort ist entscheidend. Wir haben – das ist doch überhaupt kein Thema – beispielsweise in Schleswig-Holstein, unter einer CDU-geführten Regierung und einem CDU-geführten Wirtschaftsministerium, 40 % des Stroms aus Windkraft. Das muss man schon einmal sagen. Es geht hier also nicht um irgendwelche Parteiprogramme, sondern es geht um Standorte. Wir haben bei Offshoreanlagen beispielsweise drei- bis viermal mehr Möglichkeiten, Strom aus Windkraft zu schaffen, und damit eine wesentlich höhere Effizienz.

Sie von der SPD haben für morgen eine Debatte beantragt, in der wir über Energiepreise reden.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ja!)

Darüber werden wir morgen früh reden. Dann muss ich schon einmal sagen: Jeden Euro kann man nur einmal ausgeben. Wenn wir dann über Effizienz reden, sage ich: Es ist richtig und notwendig, dass wir im Norden Deutschlands – Schleswig-Holstein liegt zwischen zwei Meeren – 40 % des Stroms mit Windkraft erzeugen und hier in Baden-Württemberg eben mit anderen Mitteln. Das ist an sich ganz einfach zu kapieren.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nicht für den Herrn Knapp!)

(Paul Nemeth)

Dort, wo viel Sonne ist, sollte man mit Sonnenenergie arbeiten. Dort, wo viel Wind ist, sollte man mit Wind, und dort, wo – wie hier in Baden-Württemberg und in Bayern – viel Wasser ist, mit Wasser arbeiten, um eine effiziente Energiepolitik zu betreiben. Das ist doch nicht so schwer zu kapieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dann muss ich noch etwas anderes sagen: Es ist relativ wenig überzeugend, wenn Sie hier im Sinne des Umweltschutzes und im Sinne des Klimaschutzes mehr Windkraft einklagen. Gleichzeitig lehnen Sie das Wärmegesetz von Baden-Württemberg ab, mit dem wir ein Vielfaches für den Klimaschutz in Baden-Württemberg tun.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Sehr gut!)

Deswegen bleibe ich dabei: Unser Energiekonzept ist innovativ. Es ist ideenreich, und es ist ideologiefrei.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gute Rede! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer versucht hat, den Kollegen von der SPD und den Grünen in ihrer Argumentation zu folgen – einfach ist es nicht –, kommt zu dem Ergebnis: Baden-Württemberg liegt an der Nordsee. Baden-Württemberg ist der beste Standort für Windenergie, den man sich überhaupt vorstellen kann.

(Zurufe der Abg. Johannes Stober SPD und Franz Untersteller GRÜNE)

– Nein, Herr Untersteller. Sie sind ja ein großer Experte im Vergleichen von Äpfel und Birnen. Das tun Sie in diesem Zusammenhang auch wieder.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Da wird der Bundesdurchschnitt herangezogen; da werden andere Bundesländer herangezogen. Man braucht doch einmal ein realistisches Verhältnis zu dieser Windenergie.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Kollege Nemeth hat es Ihnen eben vorgerechnet:

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Brillant vorgerechnet!)

Baden-Württemberg sollte als Standort für regenerative Energien eher auf die Wasserkraft setzen. Das Energiekonzept der Landesregierung setzt auch auf den Ausbau der Bioenergie, weil von den gegebenen Standortbedingungen ausgegangen wird und wir uns nicht mit Schleswig-Holstein vergleichen können.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aber mit Rheinland-Pfalz!)

Da ist es viel intelligenter, das zu tun, was die EnBW tut, nämlich in Offshorewindparks zu investieren. Dort kann Windenergiegewinnung effektiv betrieben werden, aber nicht so sehr in Baden-Württemberg.

Aber wir sind keineswegs erklärte Gegner der Windenergie. Das stimmt ja überhaupt nicht. Wir blockieren in diesem Bereich überhaupt nichts, sondern wir schauen uns – da haben Sie den Beschluss des kleinen Parteitags der FDP durchaus korrekt zitiert – den Einzelfall an und stellen uns die Frage: Wo ist es sinnvoll, Windenergie auszubauen, und was kann man erreichen?

Das Konzept der Landesregierung sieht vor, damit bis 2020 1,2 % an der Stromerzeugung zu erreichen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Wie denn?)

Wir sind der Überzeugung, dass man durch Repowering und durch das Ausschöpfen all dessen, was im Landesplanungsgesetz steht, darüber hinauskommen kann. Kein Mensch kann genau sagen, um wie viel, aber wir können darüber hinauskommen, und wir sind dazu bereit.

Eines können wir aber natürlich nicht: Wir können aus Baden-Württemberg keinen 1-a-Windenergiestandort machen. Wir wollen auch nicht das ganze Land mit Windrädern zupflastern. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg soll ja nach wie vor auch ein Tourismusland bleiben. Deshalb wollen wir uns das genau anschauen und nach Möglichkeit 1,5 oder 2 % erreichen. Aber selbst wenn wir die Werte erreichen würden, die Ihnen vorschweben – – Bei Ihrem Beispiel Rheinland-Pfalz haben Sie übrigens schon abgespeckt, Herr Untersteller.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Quatsch!)

Da haben Sie schon Zahlen von 6,5 und 7,5 verbreitet. Jetzt sind Sie wieder bei 5,5. Wollen wir einmal sehen, in welche Richtung sich diese Zahl noch entwickelt! Aber selbst wenn wir solche Zahlen erreichen würden, könnten wir die Stromlücke, auf die wir zusteuern, nicht schließen.

Herr Kollege Knapp, Sie reden immer von ungesetzlichen Vorgaben und behaupten, 50 % Kernenergie würden die Gesetze der rot-grünen Koalition und die Art, wie die sogenannte Große Koalition da hinterherhechelt, gar nicht zulassen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das Gesetz gilt!)

– Ja, ja, Herr Knapp. Aber dann frage ich Sie, wie Sie diese Stromlücke decken wollen. Wollen Sie das allein mit der Windenergie machen? So unrealistisch können Sie ja nicht sein.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die reden doch immer nur über 20 % und nicht über die 80 %!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

– Ja, eben. Wir reden über 20 % und nicht über 80 %. Da muss man doch die Frage beantworten: Was kann man sonst tun? Ich habe es heute Morgen schon erwähnt: Ihr ehemaliger Kollege Palmer setzt jetzt auf Kohlekraft. Der setzt auf Kohlekraft! Aber dann kommen Sie wieder und beschwören den Klimawandel. Das ist Richtungslosigkeit in der Energiepolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Kernkraftwerke wollen Sie abschalten, die Kohleenergie taugt nichts, aber dort, wo Grüne Verantwortung tragen, werden neue Kohlekraftwerke gebaut, da beteiligen sich dann grüne Oberbürgermeister. Und uns erzählen Sie hier etwas vom Klimawandel. Irgendwo müssen Sie sich einmal auf eine Energiepolitik einigen,

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

die bezahlbare Energiepreise,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Darauf werden wir morgen zu sprechen kommen! Dann müssen Sie einmal sagen, wo Baden-Württemberg steht!)

Versorgungssicherheit und die Bekämpfung des Klimawandels überhaupt erst möglich macht. Das vermisse ich bei Ihnen. Sie sind sich nur darin einig, die Landesregierung zu kritisieren, aber eine Richtung in der Energiepolitik haben Sie nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wir wollen ja die regenerativen Energien fördern, aber wir müssen es auch bezahlen. Gleichzeitig muss die Energie erschwinglich bleiben. Herr Untersteller, Sie wurden ja von der Frau Präsidentin zu Recht wegen Ihrer Ausdrucksweise gerügt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ich habe mich längst bei ihr entschuldigt!)

Kritikwürdig sind auch Ihre Pressemitteilungen, beispielsweise zum Vorschlag der Landesregierung, die Kernkraftwerke länger laufen zu lassen und mindestens 51 % der Erträge für die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien zur Verfügung zu stellen. Da kommt von Ihnen nur immer: „Schnapsidee, Schnapsidee“. Argumente haben wir noch keine gehört.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

„Schnapsidee“ ist kein Argument, Herr Untersteller. Erklären Sie uns doch einmal, wie Sie die Erforschung und den Ausbau der erneuerbaren Energien finanzieren wollen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das ist doch lächerlich! Der Herr Wirtschaftsminister hat von einer Milliarde gesprochen!)

Das bleiben Sie ständig schuldig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich fasse zusammen: Es gibt im Land Baden-Württemberg und von dieser Landesregierung keine Blockade der Windenergie, sondern wir wollen uns realistisch anschauen, welche Rolle die Windenergie in einem vernünftigen Energiemix spielen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Pfister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, das Wort „Kernenergie“ heute nicht in den Mund zu nehmen. Weil das aber jetzt doch eine Rolle spielt, möchte ich zumindest darauf hinweisen, dass wir beim Thema Energiepolitik auch über das Thema Energieversorgung insgesamt sprechen müssen. Jeder muss wissen, dass im Energiewirtschaftsgesetz ausdrücklich drei Ziele genannt werden: Eines ist eine ökologische Energiepolitik, eines ist eine wirtschaftliche Energiepolitik, was auch etwas mit Energiepreisen zu tun hat, die noch bezahlbar sein müssen, und eines ist die Energiesicherheit im Sinne von Versorgungssicherheit.

Wenn man das auf Baden-Württemberg herunterbricht, ist es aus meiner Sicht fürchterlich, wenn es hier ernst zu nehmende Politiker vom linken Flügel gibt, die durch die Gegend ziehen und tatsächlich erklären, dass das Ziel der Versorgungssicherheit in der Energiepolitik in der Zukunft auch dann erreicht werden könne, wenn man sowohl aus der Kernkraft als auch aus der Kohle aussteige. Meine Damen und Herren, wer so etwas sagt, der versündigt sich an der Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg und an den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist ein Anschlag auf das Land Baden-Württemberg!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Kommen wir zurück zur Windenergie; das ist heute unser Thema. Ich habe gesagt, dass wir uns die Energieversorgung der Zukunft in Form eines Energiemixes vorstellen. Dieser Energiemix war auch in der Vergangenheit das richtige Instrument, um Energiepolitik zu betreiben, übrigens viele Jahre lang in der Amtszeit von Bundeskanzlern, Finanzministern und Wirtschaftsministern, die der SPD angehörten. In dieser ganzen Zeit hat man sich immer zu diesem Energiemix bekannt, und ich habe nicht den geringsten Zweifel, meine Damen und Herren, dass wir auch in der Zukunft, wenn wir eine ökologische Wirtschaft haben wollen und wenn wir vernünftige Preise sowie auch Versorgungssicherheit haben wollen, ohne einen solchen Energiemix nicht auskommen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb haben wir in unserem Energieprogramm für die Zukunft ja auch ausdrücklich gesagt: Innerhalb eines solchen Energiemixes muss die regenerative Energie eine Rolle spielen, und zwar eine größere Rolle, als dies bisher der Fall war. Es ist ja nicht so, dass wir bei null anfangen würden. Wir haben in der Zwischenzeit auch in Baden-Württemberg einen Anteil der regenerativen Energien an der Stromversorgung von rund 12 % erreicht.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Und bundesweit?)

– Bundesweit sind es 13 %.

(Abg. Thomas Knapp SPD: 16, 17 %!)

(Minister Ernst Pfister)

Das gebe ich auch zu. Ich sage Ihnen aber auch gleich, woher das kommt. Aber immerhin haben wir den Anteil in den vergangenen Jahren im Grunde verdoppelt. Das heißt, es ist eine ganze Menge geschehen, und wir sagen jetzt, dass wir bis zum Jahr 2020 auf mindestens 20 % kommen wollen.

Nur, meine Damen und Herren, es ist doch vernünftig – ich glaube, der eine oder andere Kollege hat auch schon darauf hingewiesen –, dass sich die Bundesländer ansehen, was ihre speziellen Möglichkeiten sind, um den Anteil der regenerativen Energien zu erhöhen. Das ist natürlich von Bundesland zu Bundesland sehr verschieden. Dass z. B. Schleswig-Holstein und Niedersachsen zehnmal so viel Energie aus Windkraft produzieren wie Baden-Württemberg, ist genauso selbstverständlich wie die Tatsache, dass auf der anderen Seite Baden-Württemberg zehn- oder zwölfmal so viel Strom aus Wasser produziert wie Niedersachsen oder Schleswig-Holstein.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das sind die Fakten!)

Das heißt, wir wären doch bescheuert, meine Damen und Herren, wenn wir uns auf Energiequellen zurückziehen würden, die nicht so gut in dieses Land passen wie andere Energiequellen – Energiequellen, die in diesem Land günstige Standortbedingungen haben. Deshalb bleibt es dabei: Wir werden in Baden-Württemberg den Mindestanteil von 20 % erreichen, aber wir werden uns auf die Energiequellen konzentrieren, von denen wir glauben, dass sie für dieses Land besonders wichtig sind. Das sind im Wesentlichen die Wasserkraft auf der einen Seite und die Biomasse auf der anderen Seite. Da haben wir die größten Steigerungsraten. Meine Damen und Herren, so ist es vernünftig; so ist es preisgünstig und ökologisch vernünftig. Deshalb werden wir das in der Zukunft genau so machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das heißt übrigens nicht, Herr Kollege Knapp, dass wir auf den Ausbau der Windenergie verzichten werden. Das stimmt überhaupt nicht. Wir haben in der Zwischenzeit nicht etwa 0,4 % – – Ich will einmal so anfangen: Aus all den Gründen, die ich genannt habe, ist es tatsächlich so, dass der Anteil der Windenergie an der Stromproduktion in Baden-Württemberg geringer ist als in anderen Bundesländern. Das habe ich Ihnen gesagt. Dafür gibt es gute Gründe. Aber es ist ja nicht so, dass wir gar nichts machen wollten.

Wir haben in der Zwischenzeit mit der Windenergie einen Anteil von 0,7 % an der Bruttostromerzeugung erreicht. Ich gebe zu, das ist deutlich weniger als in anderen Bundesländern. Wir haben jetzt eine Verdreifachung vor

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– nein, jetzt nicht –; wir werden also auf etwa 2 % kommen können.

Wie wollen wir das machen? Zunächst einmal bekennen wir uns dazu, dass es die Regionalverbände sind, die nach dem Landesplanungsgesetz dafür verantwortlich sind, gewissermaßen gebietsscharf die Vorranggebiete auszuwählen, in denen solche Windräder aufgestellt werden sollen. Das sind in der Zwischenzeit in Baden-Württemberg 400; deren Zahl hat sich in den letzten Jahren also verdoppelt. Wir wissen zudem aus den Planungen der Regionalverbände, dass diese 400 in den nächsten Jahren um weitere – –

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, jetzt nicht; nachher. Sie wollen mich nur aus dem Konzept bringen, Herr Untersteller.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Nein, überhaupt nicht!)

Ich unterstelle Ihnen, dass Sie mich herausbringen wollen. Darum heißen Sie „Untersteller“.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wenn Sie sattelfest wären, würde man Sie nicht herausbringen! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Herr Untersteller, nachher. Ich gebe Ihnen dann ein Signal. – Wo war ich jetzt gelandet?

(Abg. Johannes Stober SPD zu Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Stellen Sie die Zwischenfrage, dann fällt es ihm vielleicht wieder ein!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben jetzt 400 solcher Windanlagen in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wollen wir die auf 1 500 erhöhen?)

– Nein. Aufgrund des Landesplanungsgesetzes – Regionalverbände – ist es rechtlich möglich, dass diese 400 Windanlagen, die wir im Augenblick haben, um weitere 400 erweitert werden können. Die rechtliche Basis ist nach dem Landesplanungsgesetz und nach den Möglichkeiten, die die Regionalverbände haben, vorhanden. Das wollte ich sagen. Das heißt, es ist möglich, in den nächsten Jahren tatsächlich 800 Windanlagen in Baden-Württemberg zu installieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber nicht in meinem Wahlkreis!)

Dies würde gleichzeitig bedeuten, dass sich deren Gesamtleistung etwa in einer Größenordnung von 800 Megawatt darstellen würde.

Meine Damen und Herren, jetzt bin ich in hohem Maße daran interessiert – Herr Zimmermann, das ist die Antwort auf Ihren Zwischenruf –, dass der Anteil der Windenergie aus baden-württembergischen Anlagen an der Bruttostromerzeugung, der bei vielleicht 2 % liegen würde, auch noch erweitert werden kann. Nur, mein Ratschlag ist: Macht diese Erweiterung an den Stellen, wo es sich in besonderer Weise lohnt, Windenergie herzustellen. Das sind eben nicht die Höhen des Schwarzwalds, das ist nicht der Trauf der Schwäbischen Alb, sondern das ist offshore an der Küste, im Meer. Hier gibt es die besten Möglichkeiten – Sie haben darauf hingewiesen –, mit relativ geringem Aufwand viel mehr zu erreichen, als mit großem Aufwand im Schwarzwald oder am Albtrauf erreicht werden kann, meine Damen und Herren.

(Minister Ernst Pfister)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Es gibt auch den Mittelweg!)

Deshalb bin ich sehr froh, dass die EnBW entschieden hat, in den nächsten Jahren Mittel in der Größenordnung von 3,5 Milliarden € in die regenerative Energiegewinnung zu investieren. Ein großer Batzen dieses Engagements der EnBW im Bereich der regenerativen Energien wird in die Windkraft investiert. Wir können davon ausgehen – so sind die Planungen –, dass über das Engagement der EnBW in Offshoreanlagen zusätzlich rund 1 200 Megawatt an Windenergie erzeugt werden. Wenn man diese 1 200 Megawatt der Offshoreanlagen mit den 800 Megawatt von unseren Anlagen in Baden-Württemberg zusammennimmt, dann kommt man auf eine Größenordnung von 2 000 Megawatt. Das ist doppelt so viel wie die Energieerzeugung aus Windkraft in Rheinland-Pfalz – weil Sie das vorhin erwähnt hatten. Wir erreichen mit dieser Politik der Errichtung von Offshoreanlagen eine Leistung in der Größenordnung von Rheinland-Pfalz. Dadurch kann der Anteil der Windkraft auf vernünftige Art und Weise deutlich gesteigert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Paul Nemeth CDU)

Ich möchte noch – dann können Sie die Zwischenfrage gern stellen, Herr Untersteller – mit zwei Irrtümern aufräumen. Der erste Irrtum ist: Sie sagen, dass durch diese Vorgaben des Landesplanungsgesetzes, durch die Politik der Regionalverbände im Grunde die Windkraft boykottiert werde.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Nicht alle!)

Sie machen den Vorwurf, dass diese Anlagen in Gegenden stünden, in denen die Windhöffigkeit, also die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen, nicht gewährleistet sei.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Thomas Knapp SPD: Andersherum!)

Dagegen ist bereits geklagt worden; das wissen Sie. Das ist Gegenstand von vielen gerichtlichen Auseinandersetzungen. Alle gerichtlichen Urteile – zuletzt ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg – weisen deutlich darauf hin, dass alle Anlagen, die bisher in den Vorranggebieten errichtet worden sind, absolut wirtschaftlich arbeiten – das wurde vom Verwaltungsgerichtshof so festgestellt –, sodass der Vorwurf, wir würden grundsätzlich nur in schlechten Windlagen bauen, einfach absurd, einfach falsch ist. Sie sollten mit solchen Vorwürfen in Zukunft endlich aufhören, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Knapp SPD: Was sagen Sie, wenn ein Vorranggebiet in schlechten Windlagen liegt?)

Als zweiten Punkt will ich noch eine deutliche Aussage treffen, was die Vorranggebiete angeht. Sie haben, glaube ich, darauf hingewiesen, Herr Knapp. Es ist richtig: Das Landesplanungsgesetz, das Vorranggebiete und Ausschlussgebiete vorsieht, gibt es seit dem Jahr 2003. Das hat das Parlament hier damals so beschlossen. Die Verabschiedung war zu einem Zeitpunkt, zu dem etwa 25 % der heute bestehenden Anlagen bereits bestanden haben, bereits installiert waren. Die Anlagen liegen also logischerweise zu einem größeren Teil außerhalb der heutigen Vorranggebiete.

Jetzt ist natürlich die Frage: Was macht man mit diesen Anlagen, die ja zum Teil schon älter sind? Im Gesetz steht, dass es grundsätzlich nicht möglich ist, hier ein Repowering vorzunehmen. Das heißt jedoch nicht, dass dies generell nicht möglich wäre. Das kann man sich im Einzelfall genau anschauen. Ich sage zu, dass ich bei diesen Anlagen eine Einzelfallprüfung vornehmen werde, wenn es z. B. um Repowering geht. Wenn z. B. herauskommen sollte, dass bei einer solchen Anlage durch Repowering in Zukunft mit geringeren Lärmemissionen zu rechnen wäre – was ja technisch vorstellbar ist –, dann ist das ein Punkt, an dem man sagen kann: Okay, hier kann ein Repowering – natürlich auf Antrag usw. – tatsächlich möglich sein. Ich will also sagen: Im Einzelfall – so steht es auch im Gesetz; wir sind hier absolut gesetzestreu – kann man so etwas machen.

Meine Damen und Herren, aber die entscheidende Botschaft ist: Wir wollen erreichen, dass wir im Jahr 2020 einen Anteil von mindestens 20 % regenerative Energie haben, um unseren Strombedarf zu decken. Dazu muss die Windenergie einen Beitrag leisten. Durch Ausschöpfung der Möglichkeiten, die das Landesplanungsgesetz vorsieht, und durch Repowering ist es möglich, hier einen Beitrag zu leisten. Wenn die Windenergie allerdings einen großen Beitrag leisten soll, dann kann dies nur durch Offshoreanlagen gehen.

Deshalb, meine Damen und Herren, kann ich nur zu folgendem Schluss kommen: Das, was Baden-Württemberg heute macht, ist eine sehr verantwortungsbewusste Abwägung zwischen der dringenden Notwendigkeit, regenerative Energien zu erzeugen, und der Rücksichtnahme auf landschaftsbildnerische Aspekte und tourismuspolitische Notwendigkeiten, die hier eben auch eine Rolle spielen. Ich glaube, wir Baden-Württemberger sind intelligent genug, hier einen Mittelweg zu verfolgen. Das haben wir in der Vergangenheit getan, und das werden wir auch in Zukunft tun.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Minister, gestatten Sie noch die Nachfrage von Herrn Abg. Untersteller?

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Entschuldigung, ja.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Minister, ich habe zwei Fragen. Wenn, wie Sie ja behaupten, an dem Argument, dass in manchen Regionalverbänden Verhinderungspolitik mit der Art und Weise der Ausweisung von Vorranggebieten betrieben wird, nichts dran ist, können Sie mir dann bitte erklären, wie in das Papier Ihres Landesverbands folgende Formulierung Eingang finden konnte. Dort heißt es:

Hintergrund ist, dass die von den Regionalverbänden ausgewiesenen Vorranggebiete nicht immer nach dem Leitkriterium Windhöffigkeit ausgewiesen werden. Bei künf-

(Franz Untersteller)

tigen Planungen sollte jedoch die erforderliche Windhöffigkeit Voraussetzung für die Ausweisung von Vorranggebieten sein.

Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage: Was spricht dagegen, dass für bestehende Standorte, die außerhalb der Vorranggebiete liegen – in Baden-Württemberg sind das rund 140 Anlagen – und für die eine Genehmigung bereits erteilt wurde, zukünftig auf ein spezielles Genehmigungsverfahren verzichtet wird, wenn der Investor sagt, er wolle die Altanlage durch eine neuere, modernere, größere und leistungsfähigere Anlage ersetzen? Ich nenne das Beispiel Hornisgrinde, wo heute Anlagen mit einer Leistungsstärke von 350 kW stehen.

(Glocke der Präsidentin)

Hier sagt der Investor, er wolle 7 500 kW ermöglichen; das entspräche einer Verzwanzigfachung der Leistung. Was spricht dagegen, zukünftig für solche Anlagen ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren vorzusehen?

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Ihre zweite Frage habe ich bereits ausführlich beantwortet, indem ich gesagt habe: Wir sind absolut gesetzestreu. Wir halten uns an das, was im Landesplanungsgesetz steht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das heißt aber gar nichts!)

Da steht u. a. auch drin, dass eine Einzelfallentscheidung durchaus möglich ist. Ich sage zu, dass ich dies im Einzelfall auch prüfen werde.

Ihre andere Frage kann ich auch klar beantworten. Wenn Sie aus meiner Stellungnahme zum Antrag Ihrer Fraktion oder zu einem der beiden Anträge der Fraktion der SPD – ich weiß jetzt nicht mehr, welche Stellungnahme dies genau war – ebenfalls zitiert hätten, dann hätten Sie vortragen müssen, dass die Regionalverbände, die ja über das Landesplanungsgesetz die Weisung durch das Wirtschaftsministerium bekommen, die Gebiete auszuweisen, selbstverständlich auch in Zukunft die Möglichkeit haben, ihre Regionalpläne fortzuschreiben. Wenn in den einzelnen Regionen also die Einsicht bestehen sollte, dass mit der Wahl der Standorte möglicherweise der eine oder andere Fehler gemacht wurde, dann gibt es jederzeit die Möglichkeit, durch eine Fortschreibung der Regionalpläne entsprechende Korrekturen vorzunehmen.

Ich glaube, Ihre Fragen sind ganz eindeutig zu beantworten. Noch einmal: Baden-Württemberg hat es in der Vergangenheit geschafft, regenerative Energie wirklich nach vorn zu bringen. Wir werden darauf achten, dass diese Dinge miteinander in Einklang stehen. Ich will auch in meiner Zuständigkeit für den Tourismus auf Folgendes hinweisen: Ich glaube, es ist besser, wenn wir den Ausbau der Windenergie nicht gerade in den Spitzenlagen des Schwarzwalds vornehmen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! Das Landschaftsbild spielt auch eine Rolle!)

Denn dies wäre kontraproduktiv. Vielmehr sollten wir uns die Gebiete vornehmen, in denen mit wenig Aufwand ein großer Ertrag erzielt werden kann. Deshalb setze ich sehr auf diese Offshoregebiete und hoffe, dass die Energieversorger genau in diese Richtung marschieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp. Herr Knapp, Sie haben noch drei Minuten und zehn Sekunden Redezeit.

Abg. Thomas Knapp SPD: Ich weiß. – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, ob Sie gehört haben, dass ich vorhin aus Ihrer Rede vom vergangenen Montag zitiert habe.

Ich möchte es noch einmal in meinen Worten sagen – es mögen nicht hundertprozentig Ihre Worte sein. Sie haben in Ihrer Rede anlässlich der Verleihung des Umweltpreises B.A.U.M. – Preisträger sind u. a. Herr Dr. Klaus Töpfer und die Stadtwerke Schwäbisch Hall – zwei Aussagen getätigt. Zum einen haben Sie gesagt, dass man die Landesregierung zukünftig daran wird messen können, wie sie mit der Windkraft, wie sie mit den erneuerbaren Energien umgeht. Das war eine Aussage.

Die zweite Aussage – auch nicht wortwörtlich, aber sinngemäß – lautet: Die guten Standorte sind nun einmal auf den Bergen und an den Hängen, aber nicht im Tal. Sie werden sich dafür einsetzen bzw. man wird dafür sorgen, dass nicht an jedem Ort, aber doch an einzelnen Stellen – auch an den Berghängen, also auch auf den Gipfeln oder entlang der Bergrücken – konzentriert Windkraftnutzung entsteht. Sie haben dafür Beifall bekommen. Viele Umweltverbände waren da. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Man wird Sie an diesen Worten messen.

Wenn ich dann aber höre, was die Kollegen Nemeth und Dr. Rülke sowie der Wirtschaftsminister ausführen,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Alles beim Alten!)

frage ich mich, was man nachher einmal messen wird. Vielleicht ist Ihr Ministerpräsident manchmal etwas weiter als Sie.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 9,5 Milliarden € setzt EnBW ein!)

Dann wäre es gut, wenn Sie im nachfolgenden Gehorsam wenigstens zwei, drei, vier Tage später das machen würden, was er als Vorgabe gibt. Aber man kann nicht, wenn man vor Verbänden redet, etwas erzählen, während hier im Parlament und draußen in der Wirklichkeit genau das Gegenteil davon geschieht. Es wird blockiert, blockiert, blockiert, wo es nur möglich ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Gunter Kaufmann SPD: Jawohl!)

(Thomas Knapp)

Ich möchte vielleicht einmal unabhängig von der ganzen Debatte etwas sagen. Sie, Herr Kollege Nemeth, haben vorhin nicht zugelassen, dass ich eine Frage stelle.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sie fragen immer so lange! Wenn Sie sich knapp halten würden! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie er heißt!)

Sie können mir nicht beantworten, wie teuer Windenergie ist. Das wollte ich fragen. Sie können das nicht beantworten. Die Kilowattstunde kostet 8 bis 9 Cent, und es kommt nichts hinzu, keine Anlagenkosten, nichts.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben keine Ahnung! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nein! – Unruhe)

Inwiefern ist das denn teuer? Sie können nicht beantworten, welche Subventionen hineinfließen.

(Zurufe der Abg. Paul Nemeth und Karl Zimmermann CDU)

Ich will noch einmal zu einem ganz anderen Beispiel kommen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme dann zum Schluss. – Dieser Fall wird Sie, Kolleginnen und Kollegen, noch einholen. Dass wir im Klimawandel fünf nach zwölf haben, das wissen Sie, glaube ich, auch.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Für die SPD ist es fünf nach zwölf!)

Ich bin gespannt, wie Sie es bei der Ausweisung und bei der Genehmigung der neuen Regionalpläne angesichts der „Schwarz-Weiß-Regelung“ schaffen wollen, dann, wenn vielleicht die heutigen Vorranggebiete alle belegt sind, aus allem, was bislang Ausschlussgebiet war –

(Unruhe)

also dem, was heute schwarz ist –, auf einmal Vorranggebiete zu machen. Aufgrund der veränderten Randbedingungen könnte das durchaus einmal notwendig sein. Da bin ich einmal gespannt, wie Sie das schaffen. Denn das wird nicht so einfach in der Argumentation.

(Glocke der Präsidentin)

Das ist das, was wir schon immer gesagt haben.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Thomas Knapp SPD: Da war doch noch irgendwo eine Frage.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Ich ziehe meine Frage zurück! Aus Zeitgründen! – Unruhe)

– Alles klar.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Antwort wäre interessant gewesen! – Gegenruf des Abg. Paul Nemeth CDU: Die Frage noch mehr!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1840, ist durch die Aussprache erledigt.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wir bitten um Überweisung an den Ausschuss!)

– Den gesamten Antrag?

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ja! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Beide Anträge an den Ausschuss überweisen!)

– Beide SPD-Anträge werden zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Wie soll mit dem Antrag der Fraktion GRÜNE verfahren werden?

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Auch an den Ausschuss!)

– Er wird ebenfalls an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Produktsicherheit von Kinderspielzeug – Drucksache 14/1841

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Jahr 2006 sind Waren im Wert von 1 350 Milliarden € in die EU eingeführt worden. Das war doppelt so viel wie im Jahr 1999. Ein Jahr später, im Jahr 2007, wurden 53 % mehr gefährliche Produkte vom Markt genommen als noch 2006. Diese Zahl macht deutlich, meine Damen und Herren, dass ein wirksamer Verbraucherschutz innerhalb der EU notwendiger ist denn je.

Im letzten Jahr stand dabei die Sicherheit von Kinderspielzeugen im Fokus der öffentlichen Diskussion. Der Kinderspielzeughersteller Mattel hat im letzten Jahr weltweit über 25 Millionen Spielzeugartikel zurückgerufen. Bei stichprobenartigen Kontrollen durch die Behörden in Baden-Württemberg wurden allein im zweiten Halbjahr 2007 42 Einzelfälle dokumen-

tiert. Spielzeugautos mit Blei sind ein Beispiel. Ein anderes sind Kleinteile, die leicht zu verschlucken sind. Das waren die Beanstandungen. Darauf, meine Damen und Herren, müssen wir auch als Landesparlament reagieren. Wir müssen auf der Ebene des Landes reagieren, aber wir müssen auch die entsprechenden Institutionen über uns, sei es auf Bundes- oder auf europäischer Ebene, zu mehr Handeln anregen.

Besonders gefordert, meine Damen und Herren, ist natürlich die europäische Ebene. Diese Waren werden weltweit und damit auch europaweit gehandelt. Auf der europäischen Ebene haben wir mit RAPEX ein gutes, funktionierendes Schnellwarnsystem. Auch hier, meine Damen und Herren – das macht deutlich, vor welchem Problem wir stehen –, haben wir eine rapide Zunahme der Zahl der Warnungen. 2001, Herr Kollege Schmiedel, hatten wir noch 71 RAPEX-Warnungen. 2007 waren es bereits über 700. Fast die Hälfte dieser Warnungen, meine Damen und Herren, betrafen Waren aus China.

Die Diskussion über die Rückrufaktion von Mattel hat gezeigt, dass wir dringend eine Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie, die bereits 20 Jahre alt ist, brauchen. Das Europäische Parlament hat die Kommission aufgerufen, diese Spielzeugrichtlinie jetzt zu überarbeiten, und hat dabei u. a. folgende Forderungen aufgestellt:

Wir brauchen eine höhere Produktsicherheit. Wir brauchen ein Verbot von bestimmten, gefährlichen Chemikalien, beispielsweise von Blei, das in Kinderspielzeug nichts zu suchen hat. Wir brauchen aber auch Haftungsregelungen für Importeure.

Besonders umstritten ist, wie Sie alle in der öffentlichen Diskussion mitbekommen haben: Wird es zukünftig ein europaweites Siegel geben, neben unserem bisherigen GS-Siegel? Oder werden wir nur eine Regelung bekommen, wie wir sie bisher mit dem sogenannten CE-Kennzeichen haben? Dies wäre, meine Damen und Herren – da sind wir uns mit allen Verbraucherverbänden und Verbraucherinitiativen in Europa einig –, eine eindeutige Verbrauchertäuschung.

Die Kommission plant darüber hinaus – das ist der eigentliche Skandal –, dass Länder auf der nationalen Ebene keine GS- oder ähnliche Siegel mehr zulassen dürfen. So heißt es im Entwurf der EU-Kommission – es ist auch gerade für die SPD sehr wichtig, hier aktiv zu werden, denn der betreffende EU-Kommissar trägt ihr Parteibuch –:

> *Die Mitgliedsstaaten sehen davon ab, die Kennzeichnung der Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Richtlinie durch eigene Vorschriften zu regeln,*

– das wäre das System, das wir bisher hatten –

> *die eine Bezugnahme auf eine andere Konformitätskennzeichnung als die CE-Kennzeichnung vorsehen, oder heben solche Vorschriften auf.*

Was die EU-Kommission jetzt vorgelegt hat, wäre ein eindeutiger Rückschritt gegenüber dem, was wir haben. Das dürfen wir uns auch im Interesse unserer Kinder schlichtweg nicht gefallen lassen.

Hinzu kommt: Es soll auch keine obligatorischen Prüfungen durch Dritte mehr geben. Auch das ist ein Rückschritt. Außerdem soll es – im Gegensatz zu dem, was das EU-Parlament gefordert hat – kein Verbot von gefährlichen Substanzen geben. Blei und Quecksilber, meine Damen und Herren – ich muss das nochmals betonen –, haben in Kinderspielzeug absolut nichts zu suchen, ebenso wenig allergene Stoffe.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist alles schon geregelt!)

Deswegen sage ich: Wenn man aus diesem Skandal, den es im letzten Jahr gab, wie Verheugen die Konsequenz zieht, weniger Verbraucherschutz als vorher zu betreiben, dann ist das schlichtweg die völlig falsche Richtung, meine Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD)

– Offensichtlich liegt Ihnen von der SPD nicht der aktuelle Stand vor. Ich habe doch gerade vorgelesen, was der aktuelle Stand ist.

Herr Verheugen hat gesagt – da sind wir mit ihm ausnahmsweise einig –: „Wenn es um die Gesundheit der Kinder geht, darf es keine Kompromisse geben."

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wir haben in der letzten Woche mit seiner Büroleiterin geredet!)

Aber, meine Damen und Herren, der Entwurf ist ja nicht einmal ein Kompromiss; das ist schlichtweg ein Skandal. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier vollkommen auseinander. Denn das CE-Zeichen sagt weder etwas über die Qualität von Produkten noch etwas über die Standards, unter denen sie produziert werden, aus. Deswegen brauchen wir ein vergleichbares Zeichen auf EU-Ebene, wie wir es bisher schon in Deutschland hatten.

Allerdings, meine Damen und Herren, ist es zusätzlich zu dem, was wir bisher hatten, notwendig, dass dieses Zeichen immer wieder in regelmäßigen Abständen – Ein- oder Zweijahresturnus – überprüft wird. Denn das, was Mattel zurückgezogen hat, hat die Firma aufgrund betriebsinterner Prüfungen zurückgezogen. Sie musste dabei feststellen, dass beispielsweise der Lack von Kinderspielzeugen, die aus China geliefert wurden, nicht mehr dem entsprach, was Mattel ursprünglich in Auftrag gegeben hatte. Das heißt, die chinesischen Produzenten hatten eigenmächtig die Zusammensetzung dieses Lacks verändert.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Da nützt auch das GS-Zeichen nichts!)

Deshalb brauchen wir, wie ich gesagt habe, eine turnusmäßige Überprüfung. Denn nur diejenigen, die jährlich oder zweijährlich nachweisen, dass sie die Qualität auch weiterhin einhalten, sollen dann auch wirklich dieses Siegel bekommen.

Meine Damen und Herren, was mich sehr zuversichtlich stimmt, ist die Tatsache – und das kommt, wie wir aus der Alltagsarbeit in diesem Parlament wissen, höchst selten vor –: Die Landesregierung hat allen unseren wesentlichen Forderungen zugestimmt. Deswegen möchte ich Sie auffordern, unserem Antrag heute einstimmig zuzustimmen. Denn dadurch setzen wir ein klares Zeichen, dass dieses Landesparlament mehr Sicherheit für Kinderspielzeug haben will und damit

mehr Sicherheit für unsere Kinder. Denn wenn diese Landesregierung hier klar vom Erhalt des bisherigen Zeichens sowie von einer Verschärfung der Kontrollen im außereuropäischen Herkunftsland und an den EU-Grenzen spricht, dann sind das zwei richtige Schritte.

Außerdem unterstützen wir natürlich die Landesregierung dabei, dass sie in dieser Sache im Bundesrat aktiv wird, um über die Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die entsprechenden Vorschriften erlassen werden und dass die Richtlinie, wie sie der zuständige EU-Kommissar jetzt vorgelegt hat, nicht in Kraft tritt. Denn einen solchen Rückschritt können wir uns im Sinne des Verbraucherschutzes, insbesondere wenn es um so höchst sensible Dinge wie Kinderspielzeug geht, schlichtweg nicht leisten.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Traub für die Fraktion der CDU.

Abg. Karl Traub CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Spielwarenbranche ist wie kaum eine andere Branche durch die Globalisierung geprägt, und ein Großteil der weltweit hergestellten Spielzeuge – wir haben das vorhin schon gehört – wird heute in China produziert. Um den Herausforderungen einer zunehmend globalen Weltwirtschaft zu begegnen, haben sich die Staaten Europas zu einem Gemeinsamen Europäischen Markt zusammengeschlossen. Dieser wurde geschaffen, um in Europa den erreichten Wohlstand zu sichern. Dazu gehört untrennbar die Gewährleistung der Sicherheit von Produkten.

Die Verbraucher erwarten von den Herstellern, dass Produkte nicht nur hochwertig, sondern vor allem sicher sind. Die deutschen Hersteller erwarten vom Staat, dass er auf die strikte Einhaltung dieser Regeln durch alle Marktteilnehmer achtet. Das tut er auch. Das möchte ich für unsere Fraktion so feststellen, auch wenn vorhin teilweise etwas anderes behauptet worden ist.

Wir sollten jetzt aber bei diesem Thema keine Panikmache betreiben, denn unsere Kinderzimmer sind sicher. Gesundheitsschädliche Spielwaren sind in Baden-Württemberg nur in ganz geringem Umfang auf dem Markt.

Probleme gab es in den letzten zwölf Monaten nur in wenigen Einzelfällen mit überhöhten Gehalten an Weichmachern, mit Textilpuppen aus China wegen überhöhter Abgabe von Azofarbstoffen und mit einer Spielware, die aufgrund ihrer starken Quellbarkeit beim Verschlucken nicht den Sicherheitsanforderungen entsprochen hatte.

Ich nenne weiter Fasermalstifte mit krebserregendem Benzol als Lösungsmittel und Scherzzigaretten, die bei Inhalation zu Lungenschäden führen. Zudem wurden ein Holzpuzzle und ein Holzspielzeug wegen erhöhter Formaldehydabgabe als gesundheitsschädlich beanstandet.

2004 bis 2006 – auch hierzu ein kleiner Abriss – wurden neun Proben Spielzeug aus Weich-PVC als gesundheitsschädlich beanstandet. Diese Spielzeuge können beim Verschlucken von abreißbaren oder abbeißbaren Kleinteilen im Magen-Darm-Trakt aushärten, sodass spitze Ecken und Kanten entstehen, die Verletzungen verursachen können.

Zusätzlich wurde ein Kinderpuzzle aus Holz wegen erhöhter Formaldehydabgabe beanstandet. Weiterhin wurden ein Kinderring und ein Kinderkettenanhänger beanstandet, die zu einer Bleivergiftung hätten führen können.

Beanstandungen sind immer bedenklich, meine Damen und Herren. Diese dürfen nicht sein. Aber es beruhigt, dass bei uns entsprechende Fälle aufgedeckt wurden. Das zeigt, dass unsere heimischen Hersteller auch bei Spielzeugen hohe Qualität produzieren. Die beanstandeten Produkte kamen meistens aus China. Das zeigt aber auch, dass die Überwachung funktioniert. Wir werden sie optimieren, z. B. auch über das europäische Schnellwarnsystem RAPEX.

Die EU-Kommission wird von den zuständigen Behörden über getroffene Maßnahmen unterrichtet. Die zuständigen Behörden machen der Öffentlichkeit alle Informationen über Produkte, von denen Gefahren für die Sicherheit ausgehen, zugänglich. Hierzu sind auch in das Internet aktuell entsprechende Seiten eingestellt.

Zur Weiterentwicklung des Schnellwarnsystems RAPEX – auch zur Erhöhung der Effektivität des Systems – ist eine Projektgruppe eingesetzt worden, die sich mit all diesen Dingen befasst. Mängel ergeben sich vor allem aufgrund der unterschiedlichen Handhabung des Systems durch die EU-Mitgliedsstaaten.

Im Rahmen des bundesweiten Konzepts zur Marktüberwachung wurde die Zusammenarbeit zwischen den Marktüberwachungsbehörden in Deutschland verbessert, was in diesem Bereich zu einer Effizienzsteigerung geführt hat. Diese Maßnahmen wurden allerdings durch die insgesamt steigende Anzahl von Meldungen aus den Mitgliedsstaaten überlagert, weil sich diese nicht einig sind. Weiter zeigt sich, dass in der Praxis in einigen Mitgliedsstaaten das sicherheitstechnische Risiko sehr unterschiedlich eingestuft wird. Daher ist von der EU-Kommission eine Überarbeitung des Leitfadens für die Risikobewertung von Verbraucherprodukten in Auftrag gegeben worden. Es muss dafür gesorgt werden, dass bestimmte Freiräume für Interpretationen eingeschränkt werden.

Überwachung ist wichtig und notwendig, aber sie ist nur ein Teil des Ganzen. Wichtig ist vor allem eine transparente Kennzeichnung der Spielzeuge zur Einhaltung der Sicherheitsanforderungen. Wir haben das GS-Zeichen – „Geprüfte Sicherheit“ –, um die in einer besonderen Prüfung festgestellte Sicherheit des Spielzeugs deutlich machen zu können. Diese Informationen werden an die Verbraucherinnen und Verbraucher stets übermittelt. Verbraucher müssen aber auch selbst auf Qualität achten.

Wir müssen die EU davon überzeugen, dass sie von ihren Überlegungen, neben dieser CE-Kennzeichnung die Verwendung von anderen, nationalen Kennzeichnungen zu untersagen, absieht. Sie will das untersagen. Dagegen müssen wir uns wenden. Es darf keine Verschlechterung eintreten. Vielmehr müssen wir eine Verbesserung erreichen.

Meine Damen und Herren, zur Behandlung des vorliegenden Antrags: Wir setzen uns für Verbesserungen in der EU ein.

(Karl Traub)

Wir sind für Kontrollen dort, wo das Land zuständig ist. Wir möchten es damit aber nicht übertreiben. Der Bund hat Arbeitsgruppen eingesetzt. Die Landesregierung – an ihrer Spitze der zuständige Minister – setzt sich auch für mehr Kontrollen ein. Das, was Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, in Ihrem Antrag wollen, ist alles schon getan. Deshalb erübrigt sich der Antrag. Wir werden dem Beschlussteil des Antrags nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Monika Chef FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler für die Fraktion der SPD.

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine Feststellung – und zwar eine unerfreuliche aus Sicht der Verbraucher –, dass die Meldungen und Warnungen vor gefährlichen Kinderspielzeugen in den letzten Jahren immer häufiger aufgetreten sind. Eigentlich wird ja das Gegenteil erwartet. Der technische Fortschritt, die höheren Erwartungen, Ansprüche, Verbraucheraufklärung: Eigentlich könnte man davon ausgehen, dass die Zahl dieser Warnungen zurückgeht.

Diese Zunahme der Zahl der Warnungen spiegelt allerdings keinesfalls wider, dass Kinderspielzeug heute tatsächlich viel gefährlicher wäre als vor 30, 40 Jahren. Vielmehr sind die Anforderungen zu Recht gestiegen, die Erkenntnisse über die erforderlichen Unschädlichkeiten ebenso. Sie sind gewachsen. Ein Beispiel ist die Gefahr von Weichmachern. Man kennt sie. Nicht umsonst gibt es eine Verbraucherbroschüre der Verbraucherzentrale, die sich ausschließlich der Gefährlichkeit oder Ungefährlichkeit von Kinderspielzeug widmet.

Tatsächlich kommt das Spielzeug aus der ganzen Welt. Aber das stimmt nicht ganz. In Wirklichkeit kommen 80 % aller in Europa verkauften Spielzeuge aus China, Hongkong und Taiwan – 80 %, Tendenz immer noch steigend.

Wenn man sich einmal die RAPEX-Liste anschaut, stellt man fest, dass dort alle berühmten Handelsnamen Europas aufgeführt sind. Die Spielzeuge werden nicht aus China geliefert. Sie kommen aus Spanien, Zypern, Bulgarien, Deutschland, Litauen, England, Frankreich, Tschechien, Griechenland, Polen, Finnland und Italien. – Haben Sie so schnell mitschreiben können?

Das heißt, wir beziehen sie eben nicht aus den Ländern, bei denen wir vermuten, dass die Spielzeuge gefährlich sind. Vielmehr werden sie über Handelsorganisationen innerhalb Europas weitergeliefert. Außerdem ist zumindest bei einem Drittel oder einem Viertel der kritisierten Produkte das Herstellerland unbekannt. Das, lieber Kollege Walter, bedeutet, dass ein Teil dieser Produkte mehr oder weniger illegal – nämlich an der CE-Verordnung vorbei und an der GS-Verordnung sowieso vorbei – geliefert werden. Sie können das mit keiner Verordnung in den Griff bekommen – so präzise Sie die Verordnung auch machen –, wenn die Produkte überhaupt nicht geprüft werden.

(Beifall der Abg. Monika Chef FDP/DVP)

Das ist ein Problem, das wir zweifellos haben werden. Ich denke an Quietscheenten, Puppen, Maltüten, Kinderfahrräder, Baby-Beißzeug usw. Dementsprechend weist das Verbraucherschnellwarnsystem eben interessant steigende Zahlen aus. Das hat Kollege Walter ja schon gesagt. Es sind tatsächlich allein in der letzten Woche 13 und seit der Einführung des Warnsystems 1 350 Verstöße festgestellt worden.

Nein, das hängt nicht nur mit der Qualität in China zusammen, überhaupt nicht. Die renommierte Spielzeugherstellerfirma aus Amerika, Mattel, ist ebenfalls darunter, wenn auch im Verhältnis zu ihren Leistungen in geringem Maß. Aber es passiert auch anderen. Wir wissen ja, dass selbst schon Mercedes zurückgerufen wurden.

Diese Verordnung soll für Produktsicherheit sorgen. Aber oft fehlt eben der Hinweis auf das Herkunftsland. Der Grund heißt einfach „Verschleierung“ und damit Verunmöglichung einer Verfolgung der Herstellung.

Es trifft zu, dass die Zuständigkeit für den Verbraucherschutz auf dem Gebiet der Produktsicherheit auf zwei Ressorts verteilt ist. Das ist schade. Sie ist zum einen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Das ist ein Problem. Sie ist zum anderen selbst bei uns im Land noch einmal gesplittet. So ressortiert der Vollzug des Produktsicherheitsgesetzes beim Umweltministerium und die Zuständigkeit für das Lebensmittel- und Futtermittelrecht beim MLR. Das macht die Sache nicht einfacher. Zu diesen Problematiken schreiben Sie in Ihrer Stellungnahme leider nichts.

Die Prüfung von Spielzeugen ist eigentlich ganz toll geregelt. Wir haben die deutschen Spielzeugsicherheitsprüfungen nach dem GS-Zeichen. Das ist die älteste Prüfung, die es überhaupt gibt – eingeführt vor der CE-Norm der EU. Mit diesen Bestimmungen habe ich bei Maschinengeräten 15 Jahre lang gearbeitet. Selbst die ließen sich ordnungsgemäß anwenden, wenn man sich daran hält. Es ist kein Unterschied, ob ich ein Gerät extern zertifizieren lasse oder ob ich selbst als Zertifizierer dafür verantwortlich bin, dass das Gerät die Bestimmungen einhält. Sie müssen immer eingehalten werden. Und wer sie nicht einhält, betrügt: Der Externe betrügt, oder ich betrüge per Aufkleber, genauso wie wenn ich selbst die falsche Zertifizierung mache.

Insofern, meine Damen und Herren, haben wir eine Menge geregelt. Die Bedarfsgegenständeverordnung z. B. regelt Grenzwerte für Stoffe in Spielzeugen – krebserregende, allergieauslösende, gefährliche Flüssigkeiten, Flammschutzmittel usw. Wir haben diese Regelungen.

Zum Zweiten gilt es, die Vorgaben für den Gesundheitsschutz einzuhalten. Problematisch, lieber Kollege, sind der Betrug und das Nichteinhalten von Vorschriften. Immerhin schreibt die Landesregierung in ihrer Stellungnahme – ich zitiere –:

> *Als eine vorrangige Aufgabe sieht sie die Sicherstellung einer effizienten Marktüberwachung an.*

– Um den Schutz der Verbraucher sicherzustellen.

Damit komme ich zum Schluss. Beim Verbraucherschutz, beim Gerätesicherheitsgesetz und bei Kinderspielzeug eben-

falls gibt es natürlich das Problem der Überwachung – einerseits an den Grenzen und andererseits bei der Durchführung einer stichprobenartigen Überwachung. Darin liegt die Krux.

Der zweite Punkt: Bei der Verfolgung – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Abg. Alfred Winkler SPD: Danke. – Im Bericht der Landesregierung über die Konsequenzen bei festgestellten Verstößen steht überall: keine Konsequenzen, keine Verfolgung. Auf diese Art bekommen wir das Problem natürlich auch nicht in den Griff.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Chef für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Kinderspielzeug ist „Chef-Sache“!)

Abg. Monika Chef FDP/DVP: Schon immer gewesen! – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine werten Damen und Herren! Bei Ihrer Rede, sehr verehrter Herr Kollege Walter, ist mir ein Zitat von Bob Hope eingefallen – Sie haben nämlich ziemlich schwarzgemalt. Bob Hope hat gesagt:

Untergangspropheten, die vom Pessimismus

– ich habe einen Fundus an Zitaten dabei –

leben – und gar nicht schlecht –, empfinden jede Art von Zuversicht zwangsläufig als Existenzbedrohung.

Das aber nur kurz zur Einleitung.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Zitate, die einem gerade eingefallen sind, liest man doch nicht ab!)

Verbraucherschutz ist Politik für mündige Bürger. Selbstbewusste Verbraucher, die klug und informiert entscheiden, sind die besten Garanten für ein hohes Niveau im Verbraucherschutz. Das Verbraucherbild der FDP ist nicht das von hilflos dem Markt ausgelieferten Marionetten,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

sondern von eigenverantwortlichen Marktteilnehmern. Liberale Verbraucherpolitik zielt nicht darauf ab, die Menschen vor dem Markt zu schützen, sondern sie – ganz im Gegenteil –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Dem Markt auszuliefern!)

am Markt zu stärken. Deshalb gilt es, einen klaren ordnungspolitischen Kurs zu steuern, denn nur in einem Markt mit fairen und transparenten Bedingungen können Verbraucherinteressen gewahrt werden.

Gesetzliche Eingriffe sind unseres Erachtens nur dort erforderlich, wo ein funktionierender Markt nicht existiert.

(Unruhe)

– Wenn Sie mir zuhören würden, bekämen Sie sicherlich eine Antwort auf Ihre Frage.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das mache ich!)

Die Pläne zur Abschaffung des deutschen GS-Zeichens in Brüssel müssen deshalb bekämpft werden. Deshalb begrüßen wir den sogenannten neuen Ansatz, mit dem eine europaweite Harmonisierung der sicherheitstechnischen Anforderungen an Produkte verfolgt wird.

Die EU-Kommission strebt eine Novellierung der Spielzeugrichtlinie an und hat deshalb eine Arbeitsgruppe beauftragt. Unter dem Vorsitz unseres Ministers Peter Hauk strebt unser Land in der Verbraucherschutzministerkonferenz die Einführung von einer Art europäischem Konformitätszeichen für die Sicherheit von Spielzeug an, ähnlich dem deutschen GS-Zeichen. Wir, die FDP/DVP-Fraktion, unterstützen ihn in diesem Vorhaben ausdrücklich.

Das Geräte- und Produktsicherheitsgesetz auf der Grundlage der Richtlinien für die allgemeine Produktsicherheit ist, denke ich, ein wichtiger Schritt zum Schutz der Verbraucher vor unsicheren Produkten sowie zur nachhaltigen Unterstützung der nationalen Wettbewerber im Marktgeschehen und damit vor allem – ganz wichtig – auch zum Erhalt von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, mit der Bündelung der Überwachung bei den Regierungspräsidien und den unteren Verwaltungsbehörden haben wir in unserem Land eine schlanke, effiziente und vor allem auch effektive Marktüberwachung. Die FDP/DVP-Fraktion setzt deshalb weiterhin auf das Vertrauen in unsere Marktwirtschaft.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Denn eines dürfen wir nicht vergessen: Die große Zahl der Hersteller ist sich seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung weiterhin bewusst. Diejenigen schwarzen Schafe, die mit unsicheren Produkten denen unlautere Konkurrenz machen, die sich verantwortungsvoll verhalten und große Anstrengungen unternehmen, sichere Produkte auf den Markt zu bringen, sollen natürlich auch bestraft werden.

Aber nur ein aufgeklärter Verbraucher kann den Markt gezielt beeinflussen. Hier sind wir auf einem guten Weg, und mit unserem Landwirtschafts- und Verbraucherschutzminister haben wir einen guten Vertreter unserer Ziele.

Den Antrag der Grünen werden wir ablehnen, weil er völlig unnötig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nachdem ich mit einem Zitat begonnen habe – das hatte ich aber vorbereitet –, möchte ich auch mit einem Zitat enden, und zwar einem Zitat von Paul Anton.

(Monika Chef)

Jeder Mensch hat die Chance, mindestens einen Teil der Welt zu verbessern, nämlich sich selbst.

(Heiterkeit des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, es ist wichtig, dass dieser Antrag hier diskutiert wird.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir stimmen zu, aber eure schwarzen Freunde nicht!)

Denn es geht darum: Produktsicherheit ist von herausragender Bedeutung für jeden Verbraucher, und die Menschen sollten sich auf die Sicherheit der von ihnen erworbenen Produkte auch verlassen können. Das ist Teil des Verbraucherschutzes. Ich denke, ganz besonders beim Spielzeug ist dieser Anspruch gerechtfertigt. Schließlich soll Spielzeug den Kindern Freude machen – es steckt ja immer ein besonderes Motiv darin – und nicht Anlass zur Sorge geben. Deshalb hat das Land Baden-Württemberg mit seinen Überprüfungseinrichtungen auch von jeher ein besonderes Augenmerk auf die Spielzeuge und deren Überprüfung gelegt.

Zunächst einmal, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich die gute Nachricht anführen, die auch schon ein Stück weit herüberkam: Die Zahl der festgestellten Verstöße – bezogen auf die chemische Zusammensetzung, nicht auf die technische Seite – ist rückläufig. Bei den jährlich in den CVUAs, also den Chemischen und Veterinäruntersuchungsämtern, untersuchten 300 bis 500 Proben lag die Quote der Produkte, die man als gesundheitsschädlich bezeichnen kann, unter 1 %. Allerdings kommt es auch unterhalb dieser Schwelle der Gesundheitsgefährdung im Hinblick auf den vorsorgenden Verbraucherschutz zu Meldungen im RAPEX-System, und dass deren Zahl so „explodiert“ ist, Kollege Walter, hängt auch damit zusammen, dass in vergangenen Jahren die mittel- und osteuropäischen Staaten sehr fleißig gemeldet haben.

Für uns ist wichtig, welche Wahrnehmungen wir in Baden-Württemberg vor Ort haben. Bei den RAPEX-Meldungen geht es natürlich um Produktsicherheit, vor allem wegen der unzulässigen Weichmacher, wegen Höchstmengenüberschreitungen, und schließlich auch um Konservierungsstoffe, immer wieder aber auch um Formaldehyd, das wirklich nicht ins Lächerliche zu ziehen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den Jahren 2004 bis 2007 – das geht ja auch aus der Stellungnahme hervor – sanken die Beanstandungsquoten von 51 % auf 17 %, und das ist sicherlich ein Erfolg zielgerichteter Überwachungsmaßnahmen.

Es ist tatsächlich so, dass die Beanstandungsquote im Hinblick auf chinesische Produkte hier sehr hoch ist. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass China der Hauptlieferant ist, und das hängt, Frau Chef, sicher auch damit zusammen, dass die chinesischen Hersteller eben sehr, sehr billig – dieses Wort würde ich jetzt einmal verwenden – anbieten und dass unsere Händler, die früher produziert haben, diese Produkte dann eben bestellen und hier im europäischen Markt absetzen.

Im Jahr 2004 wurde ein Memorandum of Understanding zwischen der EU-Kommission und der zuständigen Überwachungsbehörde in China vereinbart. Nach dem Anstieg der Zahl der Meldungen über chinesische Waren im Jahr 2007 – das war sicherlich auch die Motivation für den Antrag – wurden von chinesischer Seite auch zunehmend Maßnahmen ergriffen. Es gab Ausfuhrstopps, weil China gespürt hat: Wenn man nichts tut, ist man als Lieferant weg vom Fenster. Dennoch ist der Rückgang des Anteils der Meldungen über Produkte mit Herkunft China noch nicht so erkennbar, wie man das annehmen könnte. Dies zeigt, dass wir trotz der Bemühungen in diesen Partnerländern nach wie vor gewappnet sein müssen.

Die zuständigen Lebensmittelüberwachungsbehörden führen deswegen Stichproben durch. Wir verfolgen, wie Sie wissen, auch bei anderen Lebensmittelüberwachungen vor allen Dingen das Konzept der risikoorientierten Probenahme. Das heißt, dass wir hier ganz gezielt Proben vom Markt genommen haben, die aufgrund ihrer Beschaffenheit ein chemisches Risiko beinhalten können – wie gesagt, Schwermetalle oder Weichmacher.

Stellt sich aufgrund dieser Untersuchungen dann heraus, dass die Produkte nicht sicher sind, können die zuständigen Behörden – das haben sie auch in reichlichem Maß getan – zunächst einmal vor nicht sicheren Produkten warnen, sie können sie aber auch zurückrufen oder gar vom Markt nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Waren- und Handelsströme machen an nationalstaatlichen Grenzen natürlich keinen Halt, und das Handelsgeschehen wird immer komplexer. Deswegen meine ich, dass wir den Verbraucher schon ganz konsequent schützen müssen. Natürlich muss man ihn informieren, aber er hat in einer sozialen Marktwirtschaft, in der er der schwächere Part ist, durchaus den Anspruch, dass wir ihn vorausschauend schützen.

Für die Überwachung bedeutet dies, dass sich das Instrumentarium auch immer wieder neuen Gegebenheiten anpassen muss, auch wenn neue Stoffe verarbeitet werden. Im Rahmen des bundesweiten Konzepts zur Marktüberwachung wurde die Zusammenarbeit der Marktüberwachungsbehörden als Folge dieser Erfahrung im letzten Jahr wesentlich verbessert. Man hat Sorge dafür getragen, dass es zu einer Effizienzsteigerung kommt.

Es geht im Weiteren auch darum, dass wir das Schnellwarnsystem RAPEX auch weiterentwickeln und es effektiver machen. Deswegen gibt es diese Projektgruppe auf Länderarbeitsebene. Die Mängel ergeben sich vor allem durch die unterschiedliche Handhabung des Systems.

Wichtig ist – das ist auch eine Konsequenz dieses Geschehens –, dass wir Kontrollen an den Außengrenzen der EU vornehmen. Wie wir in der Stellungnahme auch erwähnt haben, werden wir uns dafür einsetzen, die Einfuhrkontrollen an den EU-

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Außengrenzen qualitativ und quantitativ zu verbessern. Lieber Kollege Winkler, wie erfolgreich es sein wird, im Land selbst zu kontrollieren, ist, denke ich, eher eine Sache, die sich zwischen den Handelspartnern abspielen muss, wenn Aufträge gegeben wurden.

Die Bundesregierung und die Länder haben sich, wie Kollege Traub schon gesagt hat, in einer Arbeitsgruppe zusammengefunden, und sie prüfen, inwieweit Anlass für weitere Verbesserungen der Marktüberwachung gegeben ist. Geprüft werden muss, wie die laufenden Beratungen zur EU-Spielzeugrichtlinie hier einbezogen werden können. Da müssen wir uns durchaus einbringen, wie der erste Entwurf gezeigt hat.

Es geht darum, dass die Liste der gefährlichen Stoffe erweitert werden muss, und zwar auf 83 Einzelstoffe. Bislang waren es nur sieben Einzelstoffe. Das heißt, dass hier schon allein an der Zahl eine gewisse Striktheit zu sehen ist. Es geht vor allem darum, dass krebserregende Stoffe verboten sind. Es geht um Schwermetalle, und es geht auch, weil wir in der Bevölkerung zunehmend ein Problem mit Allergien haben, um allergene Stoffe, die auf jeden Fall als gefährlich zu titulieren sind. Weiterhin geht es darum, die bisher festgelegten Grenzwerte an den Stand der Technik anzupassen. Es geht auch immer wieder darum, neue Stoffe zu identifizieren, die man vorher noch gar nicht gekannt hat, gerade auch in China. Deswegen bedarf es Regelungen zur Marktüberwachung.

Sehr geehrte Damen und Herren, bereits im letzten September fand unter Beteiligung Baden-Württembergs eine Anhörung im Bundeswirtschaftsministerium statt, die vor allem Fragen der Sicherheit von Spielzeugen zum Inhalt hatte und in der bereits die kommenden Änderungen der EU-Spielzeugrichtlinie besprochen wurden. Das Land wird sich aktiv – das versprechen wir Ihnen – in Brüssel und auch über den Bundesrat an den Beratungen zur Novellierung der EU-Richtlinie beteiligen, um auf ein sehr hohes Schutzniveau für den Verbraucher, vor allem für Kinder und Jugendliche, hinzuwirken.

Wir sind auch der Meinung, dass wir durch das GS-Zeichen durchaus ein hohes Schutzniveau in unserem Land hatten und haben. Das GS-Zeichen ist ein bewährtes nationales Zeichen, das auf Freiwilligkeit beruht. Es bietet die Gewähr, dass so gekennzeichnete Produkte den Rechtsvorschriften im Hinblick auf Sicherheit und Gesundheit wirklich entsprechen. Über das GS-Zeichen kann der Hersteller sein Produkt freiwillig durch eine unabhängige Stelle prüfen lassen. Das, denke ich, verdient großes Vertrauen. Das muss der Standard sein.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Die EU-Ebene wird das deutsche GS-Zeichen bei der Diskussion infrage stellen. Wir werden es energisch verteidigen. Die Landesregierung unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, sich bei der EU-Kommission für den Erhalt des GS-Zeichens einzusetzen, solange es nicht ein europaweit gültiges, freiwilliges, anspruchsvolles Prüfzeichen gibt. Es muss gesagt werden, dass das CE-Zeichen der EU in seiner derzeitigen Form in keiner Weise einen Informationswert für den Verbraucher hat. Wenn Brüssel ein EU-einheitliches Kennzeichen will, dann muss es den hohen Sicherheitsanforderungen, wie wir sie hier in Deutschland haben, genügen. Das ist unser Anspruch. Diesen Anspruch nehmen wir auch von der Verbraucherschutzkonferenz mit.

(Beifall bei der CDU)

Zum Abschluss möchte ich noch etwas ansprechen, was nicht direkt mit diesem Thema zusammenhängt: Vielleicht muss der Verbraucher, wenn er Spielzeug kauft, auch darauf hingewiesen werden, dass es nicht die Menge des Spielzeugs ist, die sein Kind glücklich macht, sondern die Qualität

(Abg. Karl Traub CDU: So ist es! Der muss auch selbst aufpassen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

und das Spielen mit dem Kind.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jawohl!)

Denn es wird sehr viel Unsinniges gekauft, was dem Kind eigentlich den Überblick nimmt es innerlich nicht weiterbringt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben früher nur ein Spielzeug gehabt!)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter für eine Minute und 30 Sekunden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der erzählt jetzt über sein Spielzeug!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich bei der Staatssekretärin für ihre Rede bedanken. Sie laufen jetzt natürlich Gefahr, bei der FDP/DVP als Weltuntergangsprophetin oder sonst etwas zu gelten. Aber ich denke, das halten Sie aus.

Die Rede der Staatssekretärin zeigt, meine Damen und Herren: Das Ministerium hat sich im Gegensatz zu den beiden Fraktionen, die die Regierungskoalition bilden, mit dem Thema auseinandergesetzt.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Es wird deutlich, dass sich das Ministerium und die Grünen in dieser Frage völlig einig sind. Mich stimmt es nachdenklich und traurig, wenn eine Abgeordnete einer Landtagsfraktion wie der FDP/DVP, wenn es um die Sicherheit von Kinderspielzeug geht, eine solche Rede hält. Dazu fällt mir auch ein Zitat ein. Es stammt nicht von Bob Hope. Mir fällt hierzu eine Aussage von Hanns Joachim Friedrichs ein. Er hat einmal gesagt: „Wir können das Niveau nicht beliebig senken.“ Er hat sich natürlich auch nie mit Reden von Abgeordneten der FDP/DVP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit Ihren offensichtlich auch nicht!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir müssen noch über den Antrag Drucksache 14/1841 befinden. Abschnitt I beinhaltet einen Berichtsantrag und kann durch die Aussprache für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Welches Verfahren wünscht die Fraktion GRÜNE zum Abschnitt II?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir geben ihn an den Ausschuss!)

– Überweisung zur weiteren Beratung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft. Es ist so beschlossen. Danke schön.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/2705

Die Fraktionen sind übereingekommen, keine Aussprache zu führen, und die Regierung verzichtet auf die Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf zur Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 11 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – Bundesratsinitiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger/-innen – Drucksache 14/2046

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben beschlossen, auf eine Aussprache zu verzichten und den Antrag zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 12 der Tagesordnung erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 5. Juni, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:15 Uhr

Anlage 1

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuss	ordentliches Mitglied	Föll	Bopp
Finanzausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Palmer	Bopp
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Palmer	Bopp
Umweltausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Palmer	Bopp
Sozialausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Palmer	Bopp
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Dr. Palmer	Bopp
Europaausschuss	ordentliches Mitglied	Mack Dr. Palmer	Bopp Stratthaus
	stellvertretendes Mitglied		Mack
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Palmer	Bopp

04. 06. 2008

Stefan Mappus und Fraktion

Anlage 2

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen

Gremium/Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Präsidium	stellvertretendes Mitglied	Bregenzer	
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied	Bregenzer	Fohler
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Bregenzer	Rivoir
Umweltausschuss	stellvertretendes Mitglied	Bregenzer	Rivoir
Sozialausschuss	stellvertretendes Mitglied	Bregenzer	Fohler
Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Bregenzer	Fohler
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	ordentliches Mitglied	Bregenzer	Fohler
Europaausschuss	ordentliches Mitglied	Rust	Fohler

04. 06. 2008

Claus Schmiedel und Fraktion

Anlage 3

Vorschlag

der Fraktion der FDP/DVP

Umbesetzung im Finanzausschuss

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Finanzausschuss	stellvertretendes Mitglied	Kleinmann	Dr. Bullinger

04. 06. 2008

Dr. Ulrich Noll und Fraktion